



55. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 9. Februar 2012

Mitteilungen des Präsidenten5605

1 Warum blockiert die Landesregierung den Trinkwasserschutz an der Ruhr?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/39575605

Josef Hovenjürgen (CDU)5605
Kai Abrusatz (FDP)5606
Margret Gottschlich (SPD)5608
Hans Christian Markert (GRÜNE)5609
Rüdiger Sagel (LINKE)5610
Minister Johannes Remmel5611
Rainer Deppe (CDU)5613
André Stinka (SPD)5615
Dr. Stefan Romberg (FDP)5616
Hans Christian Markert (GRÜNE)5617
Hamide Akbayir (LINKE)5618
Minister Johannes Remmel5618
Rainer Deppe (CDU)5619
André Stinka (SPD)5620
Minister Johannes Remmel5621

2 Unser Land braucht Entwicklung – Anforderungen an die Novelle der Landesplanung

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/39015621

Hendrik Wüst (CDU)5621
Thomas Eiskirch (SPD)5623
Wibke Brems (GRÜNE)5624
Armin Laschet (CDU)
(zur GeschO)5625
Marc Herter (SPD)
(zur GeschO)5625
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)
(zur GeschO)5626

Bärbel Beuermann (LINKE)
(zur GeschO) 5626
Armin Laschet (CDU)
(zur GeschO) 5627
Sigrid Beer (GRÜNE)
(zur GeschO) 5628
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
(zur GeschO) 5628
Holger Ellerbrock (FDP) 5629
Michael Aggelidis (LINKE) 5630
Minister Ralf Jäger 5631
Josef Hovenjürgen (CDU) 5633
Wibke Brems (GRÜNE) 5635
Bärbel Beuermann (LINKE) 5635
Minister Johannes Remmel 5636

Ergebnis 5637

3 Schlecker Insolvenz nicht auf die Beschäftigten abwälzen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3896 5637

Wolfgang Zimmermann (LINKE) 5637
Peter Preuß (CDU) 5638
Dietmar Bell (SPD) 5639
Martina Maaßen (GRÜNE) 5640
Dr. Stefan Romberg (FDP) 5641
Minister Guntram Schneider 5641

Ergebnis 5642

4 Tod im Gurt abwenden – Fixierungen von pflegebedürftigen Menschen vermeiden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3899 5642

Dr. Stefan Romberg (FDP)	5642
Hubert Kleff (CDU)	5644
Elisabeth Veldhues (SPD)	5645
Arif Ünal (GRÜNE)	5646
Wolfgang Zimmermann (LINKE)	5647
Ministerin Barbara Steffens	5648

Ergebnis5651

5 Erneuerbare Energien möglich machen – Nordrhein-Westfalen braucht neue Pumpspeicherkraftwerke

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/39025651

Rainer Deppe (CDU)	5651
André Stinka (SPD)	5652
Wibke Brems (GRÜNE)	5654
Dietmar Brockes (FDP)	5655
Michael Aggelidis (LINKE)	5656
Minister Johannes Remmel	5657
Hubertus Fehring (CDU)	5658
Kai Abruszat (FDP)	5659
Minister Johannes Remmel	5660

Ergebnis5660

6 Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3906

erste Lesung5661

Cornelia Ruhkemper (SPD)	5661
Norwich Rüße (GRÜNE)	5662
Monika Brunert-Jetter (CDU)	5663
Kai Abruszat (FDP)	5664

Hamide Akbayir (LINKE)	5665
Minister Johannes Remmel	5665

Ergebnis..... 5666

7 Eurokrise. Schuldenkrise. Vertrauenskrise. Aufklärung und Förderung des europäischen Gedankens

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3904 5666

Werner Jostmeier (CDU)	5666
Markus Töns (SPD)	5668
Stefan Engstfeld (GRÜNE)	5670
Dr. Ingo Wolf (FDP)	5672
Bärbel Beuermann (LINKE)	5673
Minister Guntram Schneider	5674
Astrid Birkhahn (CDU)	5676
Rüdiger Sagel (LINKE)	5677
Werner Jostmeier (CDU)	5678

Ergebnis..... 5678

Nächste Sitzung..... 5678

Entschuldigt waren:

Minister Dr. Angelica Schwall-Düren
Minister Harry Kurt Voigtsberger
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans

Dr. Stefan Berger (CDU)
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)
Maria Westerhorstmann (CDU)

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)
Rainer Schmeltzer (SPD)

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE)
Özlem Alev Demirel (LINKE)

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 55. Sitzung des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne – seien Sie herzlich willkommen – sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sieben Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

1 Warum blockiert die Landesregierung den Trinkwasserschutz an der Ruhr?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3957

Die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP haben mit Schreiben vom 6. Februar 2012 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Hovenjürgen das Wort.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Warum blockiert die Landesregierung den Trinkwasserschutz an der Ruhr? – Das Programm „Reine Ruhr“ wurde von der damaligen Landesregierung durch den seinerzeitigen Minister Uhlenberg auf den Weg gebracht. Die Darstellung des Istzustandes, die Erarbeitung eines Überwachungskonzeptes, die Erweiterung des Anlagenkatasters, die Vermeidung von Verunreinigungen an der Quelle, zusätzliche Reinigungsstufen bei den Kläranlagen, zusätzliche Maßnahmen bei der Trinkwasseraufbereitung sowie Information und Beratung waren die wichtigsten Komponenten bei der Umsetzung dieses Programms.

Im März 2010 erklärte Minister Uhlenberg im Rahmen einer Pressekonferenz öffentlich – ich zitiere wörtlich –:

Bei der Trinkwasseraufbereitung werden derzeit von verschiedenen Wasserversorgungsunternehmen Ertüchtigungen ihrer Anlagen vorgenommen oder vorbereitet. Gemeinsam mit der Wassergewinnung Essen habe ich mit dem ersten Spatenstich eine

umfassende Modernisierung des Wasserwerkes Essen-Überruhr gestartet. Die Wasserwerke Westfalen planen aktuell eine umfassende Verbesserung ihrer Anlage in Echthausen. Allein in Essen werden von den Stadtwerken Essen und der Gelsenwasser AG rund 55 Millionen € investiert.

Somit bleibt festzuhalten, dass Minister Uhlenberg schon im März 2010 erklärt hat, dass die Wasserversorgungsunternehmen in Kooperation mit der damaligen Landesregierung zu Investitionen zur Ertüchtigung der Anlagen bereit waren und diese auch vornehmen würden.

Im Übrigen sind Sie, Herr Minister Rammel, auf das Programm „Reine Ruhr“ selbst eingestiegen und haben in den letzten Tagen einen Ergebnisbericht vorgelegt, übrigens mit einem Beleg dafür, wie intensiv die alte Landesregierung an dieser Thematik gearbeitet hat.

Umso unverständlicher bleibt Ihr bisheriges Agieren in dieser Frage. Ich darf Herrn Minister Rammel aus seiner Oppositionszeit als empörungspolitischen Sprecher seiner Fraktion aus dem Plenarprotokoll vom 13. September, Seite 4069, zitieren. Herr Rammel wörtlich:

„Wir haben doch ein verändertes Landeswassergesetz. Das gibt Ihnen doch die Option, per Rechtsverordnung festzulegen, welche Technik in Nordrhein-Westfalen anzuwenden ist. Sie haben von dieser Rechtsoption bis heute keinen Gebrauch gemacht.“

Diese Aussage von Ihnen, jetziger Minister Rammel, steht der Tatsache gegenüber, dass Ihr Amtsvorgänger mit Datum vom 1. April 2010 die Bezirksregierungen Arnsberg und Düsseldorf aufgefordert hat, eine Verbändeanhörung zum Erlass einer Ertüchtigungsanordnung an die dort tätigen Wasserwerke durchzuführen.

Mit Datum vom 18. Oktober des Jahres 2010 wurden die Stellungnahmen seitens der Bezirksregierung Arnsberg weitergereicht. Ferner wurde mitgeteilt, dass sechs von sieben Wasserwerksbetreibern keine Klageabsicht geäußert hätten.

Mit Datum vom 2. November ist die Ertüchtigungsanordnung dann durch den Regierungspräsidenten unterzeichnet worden. Mit Datum vom 12. November allerdings wurde durch Ihr Haus, Herr Minister Rammel, die Bezirksregierung aufgefordert, diese Anordnung bis auf Weiteres nicht zu verschicken.

Ich darf erneut den damaligen Oppositionspolitiker Johannes Rammel aus der Plenardebatte vom 24. August 2007, Plenarprotokoll 14/68, mit den Worten zitieren:

„Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit über einem Jahr hat die Landesregierung, hat der Umweltminister Zeit gehabt, angemessen und umfassend auf die PFT-

Verseuchung in Wasser, Böden und Trinkwasser zu reagieren.

Meine Damen und Herren, nach gut einem Jahr ist es Zeit für eine Bilanz. Ich nehme es vorweg: Das Fazit dieser Bilanz ist für die Landesregierung verheerend. In dem größten Umweltskandal der letzten zehn Jahren hat die Landesregierung, hat der zuständige Minister versagt.“

Diese Feststellung, Herr Minister Remmel, richtet sich heute ausdrücklich gegen Sie selbst.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie haben über ein Jahr – mittlerweile sind es 16 Monate – durch Untätigkeit gegläntzt. Die vorhin schon vorgetragene Aufforderung, eine Rechtsverordnung zu erlassen, setzen Sie jetzt ironischerweise dem Hinweis aus, dass dies doch ein Verordnungsfaschismus sei – und das angesichts Ihrer Verordnungswut beim Klimagesetz und angesichts der Rechtsverordnungen, die Sie auf den Weg haben bringen wollen oder zurzeit auf den Weg bringen. Dort haben Sie keine Hemmungen, weitere Rechtsverordnungen in die Welt zu setzen.

Herr Minister Remmel, Sie sind ein Ankündigungsminister. Sie sind ein Heiße-Luft-Erzeuger. Sie sind ein Minister, der durch Worte und nicht durch Taten glänzt.

Es gibt ein geflügeltes Wort in den Ministerien: Entweder das Haus übernimmt seinen Minister, oder der Minister übernimmt das Haus. – Ich stelle fest: Sie sind von Ihrem Haus übernommen worden. Sie sind nicht in der Lage, sich in einem Streit zwischen den Ebenen in Ihrem Hause durchzusetzen. Sie sind nicht in der Lage zu entscheiden. Darunter leiden die Menschen, und darunter leiden letztendlich auch die Unternehmen, die investieren wollen, weil es zu keiner klaren Rechts- und Handlungsanweisung aus Ihrem Hause kommt.

Möglicherweise waren Ihre damaligen Ausfälle gegen den seinerzeitigen Minister Uhlenberg nur politische Hysterie und politischem Kalkül geschuldet. Sie haben sogar vor Formulierungen wie der, der Möhnesee sei eine Kloake, nicht zurückgeschreckt, Sie haben gefragt, ob die Menschen im Ruhrgebiet in Bezug auf ihr Trinkwasser ausreichend vor gesundheitlichen Gefahren geschützt wären etc. Ich könnte hier eine Reihe weiterer Zitate anführen, die die Art und Weise deutlich machen, in der Sie damals agiert haben.

Wenn man heute Ihre Beschwichtigungen bzw. Ihr Nichthandeln zur Kenntnis nimmt, muss man sich definitiv die Frage stellen, ob Sie der richtige Mann am richtigen Ort sind. Wir sind der festen Überzeugung, dass Sie der falsche Mann am falschen Ort sind.

(Beifall von der CDU und von Ralf Witzel [FDP])

Sie haben es bis heute nicht geschafft, dem Maßstab, den Sie an andere angelegt haben, selbst gerecht zu werden, und Sie richten sich damit selbst. Das macht Ihre Unglaubwürdigkeit, das macht Ihre Handlungsunfähigkeit aus.

Deshalb noch einmal, Herr Minister Remmel: Entweder Sie sind jetzt in der Lage, Ihren Worten Taten folgen zu lassen, oder Sie erklären, dass Sie den damaligen Umweltminister Eckhard Uhlenberg zu Unrecht in dieser Art und Weise angegangen haben. Dann wäre eine Entschuldigung angemessen. Wenn Sie aber zu Recht agiert haben, dann erklären Sie bitte dem Hohen Haus, warum es hier zu einer Untätigkeit über 16 Monate gekommen ist.

Das, was Sie bisher an Erklärungsversuchen geliefert haben, ist in keiner Weise ausreichend, um das, was Sie heute an Nichthandeln an den Tag legen, mit dem in Einklang zu bringen, was Sie damals von der damaligen Landesregierung gefordert haben. Dass dies auch in der Öffentlichkeit so gesehen wird, darf ich mit einigen Überschriften aus den letzten Tagen belegen: „Westfalenpost“: Ausgerechnet Remmel zögert. – „taz“: Verseuchtes Trinkwasser. – „Ruhr Nachrichten“: Remmel in der Kritik. – „Westfalenpost“: Blockade beim Schutz des Trinkwassers. – „Westfalenpost“: Erbärmliches Argument fürs Nichthandeln. Sauberes Wasser kostet. – „Westfalenpost“: Klartext. – „NRZ“: Herr Minister Remmel hat Angst vor der eigenen Courage.

Genau das ist der Sachverhalt, vor dem wir heute stehen. Herr Minister, ein offenes Wort Ihrerseits ist erforderlich, und ich glaube, eine Entschuldigung an Ihren Amtsvorgänger ist angebracht.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hovenjürgen. – Für die FDP spricht Herr Kollege Abrusatz.

Kai Abrusatz (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! „Sehr geehrter Herr Minister Remmel, herzlich willkommen in der Realität!“, bin ich geneigt, zu Beginn meiner Ausführungen zu sagen. Herzlich willkommen im Regierungsalltag!

Dieser Vorgang, zu dem es heute diese Aktuelle Stunde gibt, hat natürlich eine umweltpolitische Dimension, auf die ich gleich noch eingehe, aber es geht in dieser Angelegenheit auch und gerade um politische Verantwortung und um politischen Stil. Sie lassen sich immer gerne als Gralshüter des Umweltschutzes und als Lordsiegelbewahrer eines vorsorgenden Verbraucherschutzes feiern. In der Trinkwasserfrage an der Ruhr nehmen Ihnen die Menschen das jetzt nicht mehr ab.

Während Sie zum Beispiel bei der Dichtheitsprüfung halsstarrig an überkommenen Forderungen festhalten und die Menschen mit Auflagen überziehen,

bleiben Sie lange untätig, wenn es um das geht, was uns allen gleichermaßen wichtig ist, nämlich der Schutz des Trinkwassers. Das finde ich schon erstaunlich.

Während Sie bei den Fragen der Luftreinhaltung im Ruhrgebiet allen Ernstes glauben, mit flächendeckenden Umweltzonen Probleme zu lösen, kann ich Ihre Regierungsarbeit im Hinblick auf das Trinkwasser an der Ruhr nicht mehr nachvollziehen.

(Beifall von der FDP)

Verschieben, verschleiern, vernebeln, verunklaren – das sind die Vokabeln, die man mit Ihrem Regierungshandeln in dieser Frage in Verbindung bringen muss.

Ganz anders dagegen unser ehemaliger SPD-Landtagskollege, der derzeitige Regierungspräsident Gerd Bollermann. Bereits 2010 hat er Ihnen einen Anordnungsentwurf zur Ertüchtigung der Wasserwerke an der mittleren Ruhr vorgelegt. Mehrfach hat er angemahnt, es müsse etwas passieren. Zuletzt war in der „WAZ“ am 4. Februar 2012 zu lesen:

„Jeder Tag ist ein verlorener Tag ... Die abstrakte Gefahr kann jederzeit in eine konkrete Gefahrenlage umschlagen.“

Es ist schon bemerkenswert, wie lange Sie entgegen den Interessen der Menschen diese Ertüchtigungsanordnungen zurückgehalten und so auch die Autorität des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten in der Region untergraben haben. Das ist kein guter Stil!

(Beifall von der FDP)

Das Schöne an dieser Aktuellen Stunde heute ist natürlich auch, dass man sich bei dieser Thematik nur Ihre ganzen Verlautbarungen aus der letzten Wahlperiode anschauen muss; der Kollege Hovenjürgen hat das ja schon getan.

Als Oppositionspolitiker haben Sie den Erlass von Sanierungsverfügungen eingefordert – und machen es jetzt selbst nicht.

Als Oppositionspolitiker haben Sie dringend notwendige Nachrüstungen in weiten Teilen der Trinkwassergewinnung gefordert und als lange überfällig bezeichnet. – Als Minister handeln Sie nicht.

Als Oppositionspolitiker haben Sie gefordert, Quellen von Verseuchungen systematisch zu klären, die Einleitung von Giften zu stoppen und den neuesten Stand der Technik anzuwenden. – Als Minister tun Sie das nicht.

Als Oppositionspolitiker haben Sie zu diesem Thema reihenweise Anträge und Aktuelle Stunden beantragt und Forderungen gestellt, insbesondere konkrete Investitionspläne von Wasserwerken zur Nachrüstung verlangt. Sie haben Ihrem Amtsvorgänger vorgeworfen, auf windelweiche freiwillige

Vereinbarungen zu setzen. – Als Minister tun Sie nichts.

Als Oppositionspolitiker haben Sie 2008 Ihren Amtsvorgänger noch des Verheimlichens, Vertuschens und Beschwichtigens bezichtigt. – Jetzt als Minister tun Sie nichts.

Und noch im Frühjahr 2010 forderten Sie als Oppositionspolitiker, endlich das Wasserrecht zum Schutz von Mensch und Umwelt anzuwenden und mit verbindlichen wasserrechtlichen Bescheiden durchzusetzen. Zugleich forderten Sie – das fand ich besonders prägnant –, dass durch ein öffentlich-gläsernes Abwasserrohr endlich Transparenz hergestellt wird. – Als Minister tun Sie nichts.

(Beifall von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]:
War das nicht in Ihrer Regierungszeit?)

Sie merken schon: Man kann aus dem schier unerschöpflichen Reservoir der Rammel'schen Oppositionsrhetorik schöpfen. Aber das Traurige dabei ist: Ein Politiker, der sich zu Oppositionszeiten als besserer Umweltminister geriert, der dann auch Umweltminister wird, jedoch nichts tut, der schürt vor allen Dingen Politikverdrossenheit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Aber auch in der aktuellen Situation gibt es noch zwei tolle Zitate, die ich Ihnen vorhalten möchte. Sie haben im Umweltausschuss am 14. Dezember 2011 gesagt – ich zitiere –: „Wasser und Grundwasser gehören zu unseren wichtigsten Ressourcen.“ Im Januar sagten Sie im Plenum – ich zitiere –: Das Vorsorgeprinzip ist gerade beim Wasser der entscheidende Punkt, weil das Wasser das wichtigste Gut unseres Lebens ist.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] und von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich fordere Sie auf: Stehen Sie endlich zu Ihrem Wort und ergreifen Sie endlich Initiative! Denn es drängt sich hier der Eindruck auf, dass Sie die Sache noch länger hätten treiben lassen, wenn es in den letzten Tagen nicht diese öffentliche Berichterstattung gegeben hätte. Sie sind ein Getriebener der Berichterstattung!

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Anfang der Woche haben Sie bekanntgegeben, das Trinkwasser aus der Ruhr sei sicher. Die Expertenkommission zum Programm „Reine Ruhr“ spricht dagegen aktuell davon, dass die Belastung der Fließgewässer auch trinkwasserrelevant sei.

Herr Minister Rammel, Sie dürfen sich bei dem Anspruch, den Sie als Oppositionspolitiker formuliert haben, auch nicht hinter juristischen Fragestellungen verschanzen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, wenn Sie den Eindruck erwecken, deshalb nichts tun zu müssen, weil nicht alle Wasserwerksbetreiber vorab einen schriftlichen Klageverzicht gegen einen Anordnungsentswurf des Regierungspräsidenten Bollermann erklärt haben. Abgesehen davon, dass Sie auch sonst nicht verlegen sind, wenn es darum geht, Ihre Ansichten durchzudrücken, kann es doch nicht das Grundprinzip der öffentlichen Verwaltung sein, nur dann eingreifend tätig zu werden, wenn alle Beteiligten sich damit einverstanden erklären. Das ist wirklich ein Stück aus dem Regierungstollhaus, Herr Minister Remmel.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen.

Vielleicht hilft Ihnen, Herr Minister, ein Wort bzw. ein Zitat – heute wurde schon von vielen Zitaten gesprochen – von Molière, der einmal zu Recht gesagt hat: Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Herzlichen Glückwunsch! Haben Sie nicht fünf Jahre regiert?)

Übernehmen Sie endlich Verantwortung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger! Sorgen Sie endlich dafür, dass das Regierungshandeln von Seriosität und nicht nur von reinen Ankündigungen geprägt ist! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Abrusatz. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Gottschlich.

Margret Gottschlich (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat, Herr Abrusatz, in einem Punkt muss ich Ihnen recht geben: Diese Aktuelle Stunde hat wirklich dazu geführt, dass wir noch mal in die alten Protokolle geguckt haben, dass wir uns die alten Anträge noch mal angesehen haben. Dabei haben wir festgestellt, dass der größte Skandal in den letzten Jahren, nämlich die PFT-Verseuchung der Ruhr, zu Ihrer Regierungszeit stattgefunden hat. Und was haben Sie getan? Wir mussten Sie zur Aufklärung erst treiben! Das ist die Wahrheit in dieser Frage.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Meine Damen und Herren, sauberes Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und für jeden Menschen unverzichtbar. Die Menschen haben ein Recht auf sauberes Trinkwasser. Ich sage eindeutig: Wasser ist kein übliches Handelsgut, sondern vielmehr ein Erbe, das geschützt, verteidigt und als solches behandelt werden muss. Wasser ist das Lebensmittel Nummer eins. Es braucht einen be-

sonderen Schutz. Deshalb gehört auch die Bereitstellung von Trinkwasser und die Beseitigung von Abwasser zur Daseinsvorsorge.

Umso wichtiger ist es, dass die Wasserversorgung nicht zum Tummelplatz für kurzfristiges Gewinnstreben wird. Trotz hoher Siedlungsdichte und der industriell geprägten Wirtschaft verfügen die 18 Millionen Menschen in NRW sowohl über eine sichere Trinkwasserversorgung als auch über eine gesicherte Abwasserentsorgung. Dabei müssen weiterhin hohe Standards gelten und diese konsequent auf die neuen Herausforderungen ausgerichtet werden.

Dazu gehören beispielsweise die Herausforderungen des demografischen Wandels und die Veränderungen durch den Klimawandel. Der Anfall von Regenwasser und Hochwasser wird sicher weiter verändern. Experten prognostizieren langfristig häufigere Starkregenereignisse, aber auch längere Trockenperioden. Unsere Infrastruktur muss diesen neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Ressource Wasser ist aber auch die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes: ohne Wasser keine Landwirtschaft, ohne ausreichendes Kühlwasser keine Kraftwerke, ohne Produktionswasser keine industrielle Entwicklung, ohne die Nutzung der Wasserstraßen ist der Logistikstandort NRW gefährdet, denn nur Flüsse und Kanäle bieten noch Steigerungspotenzial für wachsende Verkehre.

Wasser ist aber auch Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Menschen. Nicht zuletzt dienen die NRW-Gewässer vielen Bürgern als Naherholungsgebiete.

Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage: Beim Themenfeld „Wasser“ begegnen sich Ökonomie, Ökologie und Verbraucherschutz auf so engem Raum wie in kaum einem anderen Bereich. Gerade diese vielfältigen Nutzungen setzen aber ein schlüssiges Gesamtkonzept voraus.

Wir haben der schwarz-gelben Landesregierung in der letzten Wahlperiode verschiedene Vorschläge gemacht, die aber immer nach der Formel „Kennen wir nicht, brauchen wir nicht“ abgelehnt wurden. Die „Privat vor Staat“-Strategie der letzten Jahre Ihrer Regierung hat wertvolle Zeit gekostet. Das Programm „Reine Ruhr“ startete erst in der zweiten Jahreshälfte 2008 und war überfälliges Ergebnis der Kritik und der Forderung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Gerade hinsichtlich der Transparenz hat die schwarz-gelbe Landesregierung vieles vermissen lassen. Bei der Bearbeitung des PFT-Skandals zeichneten sich CDU und FDP immer dadurch aus, dass man sie stets zur Information zwingen musste. Eine offene und aktive Informationspolitik sieht anders aus.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Trinkwasseraufbereitung und Abwasserbehandlung sind eng miteinander verbunden. Einträge auf ein Mindestmaß zu begrenzen setzt eine enge Kooperation aller Beteiligten voraus. Unser Ziel wird es sein, auf die strikte Einhaltung des Verursacherprinzips zu achten. Dazu gehört neben einer lückenlosen Überwachung auch eine Ertüchtigung von Wasserwerken und Kläranlagen. Damit keine Missverständnisse entstehen: Das Trinkwasser aus der Ruhr ist sicher.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ist dreckig!)

Hier geht es darum, zukünftige Risiken für die Menschen im Einzugsbereich der Ruhr auszuschließen. Neben Industriechemikalien sind besonders die Arzneimittelrückstände einer immer älter werdenden Gesellschaft höchst problematisch. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Aussage von Minister Remmel, die technische Nachrüstung der Trinkwasseraufbereitungsanlagen nicht bis zum Jahr 2017 hinauszuzögern, sondern sie möglichst schnell umzusetzen. Das sind wir den Menschen hier in Nordrhein-Westfalen schuldig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Gottschlich. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Abgeordneter Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hovenjürgen, lieber Kollege Abrusatz, wer den Mund zu voll nimmt – so heißt es in einer Volksweisheit –, kann nicht das letzte Wort haben. Wissen Sie, was mich gerade bei diesem PFT-lastigen Thema heute Morgen an schlechte Politik erinnert und was für mich Insignien einer schlechten Politik sind? – Heute in zwei oder drei Zeitungen irgendwelche konstruierten Meldungen zu lancieren und dann umgehend hier im Parlament eine Aktuelle Stunde zu beantragen mit dem Tenor: „Die Presse hat ja neulich darüber berichtet, dass ...!“.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Da kennen Sie sich aus, Herr Kollege!)

– Ich habe schon den Eindruck, dass Sie das Thema nicht wirklich ernst nehmen. Bemerkenswert ist auch, dass Sie es schaffen, in fünf dünnen Sätzen

(Zuruf von der FDP)

– die Aufregung muss ja groß sein beim Thema „PFT“, offensichtlich haben Sie ein schlechtes Gewissen – gleich mehrere Ungeheuerlichkeiten zu produzieren.

Ich zitiere dann mal: Bis zum Jahr 2010 wurde viel getan, seit 2010 wird nichts getan. – Und Sie werfen

der rot-grünen Landesregierung bei diesem Thema Tatenlosigkeit und Unterlassung vor –

(Zuruf von der CDU: Genau!)

wohlgemerkt Sie aus den Reihen von CDU und FDP, die gerade beim Thema „Dichtheitsprüfung, Funktionsprüfung“ und damit auch beim Thema „Trinkwasserschutz“ so gnadenlos populistisch und unzuverlässig agiert haben!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zurufe von der CDU)

Kennen Sie eigentlich den griechischen Philosophen Thales von Milet? – Für ihn bildet das Wasser den Urstoff und Urgrund für alle Erscheinungen in der Welt. In der Tat ist Wasser unser wichtigstes Lebensmittel. Wir nehmen den sich daraus ableitenden Vorsorgegrundsatz – entgegen den Behauptungen Ihrer durchsichtigen Mini-Kampagne – sehr ernst. Sie hingegen scheinen sich Thales von Milet in anderer Hinsicht zum Vorbild genommen zu haben. Der ist nämlich bekanntlich – wie Platon erzählt – beim Sternengucken in einen Brunnen gefallen. In solch einem Brunnen sind Sie während Ihres Versagens beim PFT-Skandal ja auch schon gelandet.

Aber gut, nutzen wir stattdessen doch die Gelegenheit, um hier über die Fakten zu reden, das heißt über das Programm „Reine Ruhr“. In der Tat gibt es bezüglich der Gewässer- und Trinkwasserqualität neue Herausforderungen, auf die wir reagieren – auch und vor allem an der Ruhr. Das sind in erster Linie organische Spurenstoffe und mikrobiologische Erreger, unter anderem aus zunehmenden Medikamenteneinträgen.

Wir brauchen das Ruhr-Wasser aber als Trinkwasserressource. Darum wurde dieses Programm inklusive einer wissenschaftlichen Kommission auf den Weg gebracht: unter Beteiligung von Hochschulen, Umweltverbänden, Wasserverbänden, Wasserversorgungsunternehmen, Industrieunternehmen, Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern, Apothekerinnen und Apothekern sowie Genehmigungs- und Überwachungsbehörden.

Lassen Sie mich kurz die zentralen Elemente des Aktionsprogramms erwähnen. Es wird erstens der Istzustand sorgfältig evaluiert, zweitens ein neues Überwachungskonzept erarbeitet und drittens das Anlagenkataster erweitert.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass dabei das Prinzip der Vermeidung an der Quelle verfolgt wird und – wie bereits mit dem Ruhrverband vereinbart – Modellversuche für zusätzliche Reinigungsstufen bei Kläranlagen gestartet werden.

Weitere zusätzliche Maßnahmen wie etwa die Definition von Mindeststandards bei der Trinkwasseraufbereitung sowie verstärkte Information und Beratung sind vorgesehen.

Für uns als Grüne haben die soziale Sensibilität einerseits und das Verursacherprinzip andererseits dabei auch einen ganz besonderen Stellenwert. Es geht einmal mehr um den fairen Ausgleich von Nutz- und Schutzinteressen.

Wir könnten miteinander sicherlich noch eine Stunde lang Details austauschen, um Ihr – ich zitiere noch einmal – „seit 2010 wird nichts getan“ ad absurdum zu führen.

Seit Monaten haben Sie von CDU und FDP in der Atompolitik nur eine Platte abgespielt: Wir würden Ängste schüren. – Aber was soll das, was Sie heute hier mit dieser Aktuellen Stunde tun, anderes sein? Dass Sie hier vortragen, beim Trinkwasser sei Tatenlosigkeit an der Tagesordnung, ist doch nichts anderes, als Ängste zu schüren. Dabei wollten Sie mit Blick auf die Ruhr – contra legem – allen Ernstes das Jahr 2017 als Handlungsfrist festlegen. Was Sie hier also tun, ist ein billiger Versuch, von der eigenen Tatenlosigkeit in der Vergangenheit abzulenken.

Lassen Sie uns lieber zur Sachlichkeit zurückkommen! Das wäre angesichts des wichtigen Schutzgutes Trinkwasser angemessen, das wäre bürgerfreundlich, und das wäre im Grunde genommen auch der Situation dieses Parlamentes als eines Parlamentes, das auf gute Zusammenarbeit angewiesen ist, angemessen; denn beim Trinkwasserschutz sollten wir die Bürgerinnen und Bürger nicht in Unsicherheit wiegen, sondern wir sollten beherzt gemeinsam handeln, lieber Josef Hovenjürgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Abgeordneter Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein unerträgliches Schauspiel, was wir heute Morgen von den vier anderen Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen erleben.

(Beifall von der LINKEN)

Denn je nach Rolle, die Sie einnehmen, einmal Opposition, einmal Regierung, ist doch festzustellen, dass Sie das Problem jahrelang nicht gelöst haben. In der Ruhr fließt sechs Jahre nach der Affäre um die Vergiftung durch vermutlich krebserregende perfluorierte Tenside – PFT – immer noch ein kompletter Chemikaliencocktail, der auch im Ruhrerfiltrat enthalten ist. Sie haben jahrelang versäumt, diese Probleme zu lösen. Jetzt weisen Sie sich gegenseitig die Schuld dafür zu, wer da nichts getan hat.

Ich sage eines sehr deutlich: Schon im Jahre 2008 habe ich, nachdem ich bei der Linken war, einen Antrag auf einen Untersuchungsausschuss gestellt,

damit das grundlegend aufgeklärt wird. Was haben Sie gemacht? Alle vier Fraktionen haben das gemeinsam abgelehnt, diese Probleme zu untersuchen und eine Lösung herbeizuführen. Sie haben immer nur heiße Luft produziert und sind nicht ein einziges Problem angegangen und haben es gelöst.

Herr Laschet, da können Sie ruhig mit dem Finger auf die andern zeigen. Das tun hier alle. Alle zeigen immer mit dem Finger auf die anderen,

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

aber ein Finger zeigt immer wieder auf Sie zurück. Das ist doch das tatsächliche Problem, das wir hier vorfinden.

Im Grunde läuft hier ein unsägliches Schauspiel ab. Auch die Grünen, die jetzt den Umweltminister stellen, sind kein Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Auch sie versuchen, sich reinzuwaschen. Wir haben erlebt, dass im Jahr 2008 Parteifreunde bei den Grünen ausgetreten sind wegen des Skandals im Hochsauerlandkreis, weil sie die Nase von der grünen Partei voll hatten. Denn Sie wollten auch einen Untersuchungsausschuss, der auf dem Landesparteitag der Grünen abgelehnt worden ist. So viel dazu.

(Beifall von der LINKEN)

Auf der anderen Seite verweisen die Grünen immer wieder auf die SPD. Ich zitiere Bärbel Höhn, die Bundestagsabgeordnete geworden ist, nachdem sie bei uns Umweltministerin war. Sie sagte am 19. September 2006 auf die Frage: „Warum nicht?“ Folgendes:

„Weil die Wasserlobby an der Ruhr sehr mächtig ist. Der Wasserverband ist zum Teil in kommunaler Hand, also politisch rot oder schwarz. Die Wasserlobby hat daher beste Verbindungen zur SPD und CDU.“

Das macht sehr deutlich, was hier für ein Spiel läuft. Die Grünen und Bärbel Höhn, immer noch als Abgeordnete im Bundestag, zeigen hier: Die Wasserlobby der SPD deckt, dass immer noch keine tatsächliche Trinkwasserreinheit passiert. Das gilt auf der anderen Seite genauso für die CDU. Das ist die Realität, die wir hier vorfinden. Es ist auch ein koalitionsinterner Konflikt, der im Augenblickgetragen wird, und jeder weist auf den jeweils anderen, der angeblich an der Sache schuld sein soll.

Das ist doch die Realität. Sie haben die Probleme nicht gelöst. Offensichtlich wollen Sie sie gar nicht lösen, weil das Spielen auf Zeit weitergeht. Es läuft nun zwischen Herrn Bollermann und Herrn Remmel, also zwischen neuen Akteuren, damals noch in der Opposition, jetzt in der Regierung. Und was machen sie? Sie lösen die Probleme weiterhin nicht. Es wird weiterhin verschoben, und die Menschen haben nach wie vor das Problem, Trinkwasser zu

haben, das nicht so sauber und rein ist, wie es sein sollte.

Die Aufrüstung an der mittleren Ruhr hätte längst laufen können, wenn man es politisch tatsächlich durchsetzen wollte. Aber es passiert nicht, weil bei den Wasserwerken die SPD-Lobby da ist. Dieselbe Situation ist bei den Schwarzen. Sie sind doch die Anteilseigner von Gelsenwasser, zum Beispiel in Bochum, in Dortmund. Sie wollen das doch nicht. Die Lobbyisten sitzen hier und dort in den Reihen. Die Grünen sind am Schreien und machen nichts. Herr Remmel kann sich auch nicht durchsetzen. Das ist die Realität. Das erleben wir in dieser Angelegenheit. Es ist ein unerträgliches Schauspiel, ein Rollenspiel, und Sie weisen sich gegenseitig die Verantwortung für die Probleme zu, ohne ein einziges zu lösen. Die eigentlich Betroffenen sind die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, die weiterhin dreckiges Trinkwasser erhalten.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist die Realität. Lösen Sie endlich Probleme! Hören Sie auf, sich gegenseitig die Schuld zuzuweisen! Packen Sie an, und sorgen Sie endlich für reines Trinkwasser!

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Mehr sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem ich heute Morgen von der Opposition verbal Prügel bezogen habe, mag es Sie vielleicht wundern, dass ich mit dem Verlauf der Debatte im Übrigen

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

– ja, Herr Kollege Palmen – nicht unzufrieden bin, auch nicht mit der Beantragung der Aktuellen Stunde. Ich möchte einen besonderen Aspekt herausstellen, der – davon bin ich überzeugt – das Handeln der Landesregierung und der entsprechenden Behörden zukünftig stärken wird. Denn das ist eine neue Qualität, die Sie in Ihrem Antrag formulieren und die eben beide Redner der Oppositionsfraktionen unterstrichen haben: dass wir uns einig sind, dass zum Schutz des Trinkwassers die notwendigen Ertüchtigungen erfolgen müssen. Das ist hier im Parlament eine neue Qualität. Das ist fraktionsübergreifend.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich freue mich, Herr Hovenjürgen und Herr Abrusatz, dass Sie das heute ausdrücklich erklärt haben. Das stärkt die Position der Landesregierung; das stärkt die Position derjenigen, die eine Ertüchtigung

der Wasserwerke an der mittleren Ruhr für notwendig und zwingend halten. Vor allen Dingen muss sie zeitlich sehr schnell umgesetzt werden. Es freut mich, dass wir zu dieser gemeinsamen Positionierung kommen. Ich bin davon überzeugt, dass uns das bei der Durchsetzung der notwendigen Ertüchtigungsmaßnahmen hilft.

Ich würde mich auch freuen, wenn Sie dabei etwas konkreter mitgehen könnten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Bisher haben wir von Ihnen leider nichts Konkretes!)

Ich habe Anfang der Woche dem Parlament die Neuauflage, Überarbeitung und Erweiterung des Berichts „Reine Ruhr“ vorgelegt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Von Ihrem Vorgänger in Auftrag gegeben!)

– Ich habe kein Problem damit, dass ich auch auf den Schultern meines Vorgängers stehe. Auch dazu werde ich gleich noch das Notwendige sagen. Das ist überhaupt keine Frage.

Am Ende dieses Berichts wird ein Fazit gezogen. Mich würde schon interessieren, ob Sie bei diesem Fazit mitgehen. Das ist entscheidend für die zukünftigen Maßnahmen, die zu treffen sind, und für den zeitlichen Ablauf, der jetzt zu erfolgen hat. Sind Sie mit mir der Meinung – das würde mich schon interessieren, Herr Hovenjürgen und Herr Abrusatz –, dass wir hier einen Stand der Technik festlegen, der in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens gilt und der dann auch hier aus Vorsorgegründen zu gelten hat, und dass wir abgeleitet aus dem Wasserhaushaltsgesetz des Bundes und dem Landeswassergesetz eine Notwendigkeit der Trinkwasserversorger, der Wasserwerke haben, unverzüglich zu handeln, wenn diese Erkenntnis vorliegt?

Das würde mich in der Tat interessieren, weil es auch für die rechtliche Durchsetzbarkeit dieser Anforderung entscheidend ist. Ich interpretiere Ihren Auftritt hier heute so, dass Sie dieser Meinung sind, und ich werde das auch als Rückenwind begreifen.

Weiterhin führen Sie aus, seit 2010 sei nichts passiert.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ja, ist es ja auch nicht!)

– Ich möchte, Herr Sagel, auch Ihren Blick

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Vorher aber auch nicht! – Gegenruf von Ministerin Sylvia Löhrmann: Mandatsklauer!)

auf das lenken, was im Bericht „Reine Ruhr“ ausgeführt ist.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Papier ist geduldig! – Gegenruf von Hans-Willi Körfges [SPD]: Wir auch!)

Wir haben – und das muss man in der Konsequenz sagen, glaube ich – den Blick erweitert. Wir sprechen heute nicht nur über PFT, sondern wir sprechen über einen breiten Cocktail von Chemikalien, die auf verschiedenen Wegen ins Gewässer eingetragen werden. Das ist eine neue fachliche Qualität, die insbesondere in Nordrhein-Westfalen entwickelt worden ist und die wir mit diesem Bericht unterstrichen und untermauert haben.

Die Problematik des Eintrags von Mikroschadstoffen ist uns bekannt. Natürlich müssen bereits an der Quelle, also bei den Kläranlagen, hohe Hürden aufgebaut werden, damit diese Schadstoffe möglichst gar nicht eingetragen werden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber die Leute trinken den Dreck!)

Das gilt selbstverständlich auch für die Trinkwasserversorgung. Aber wir werden nicht alle Einträge verhindern können. Denn Medikamente werden von einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft genommen, und deshalb brauchen wir die notwendigen technischen Maßnahmen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ja, aber wann denn?)

Das wird mit dem Bericht deutlich.

Wir haben darüber hinaus mit dem Bericht ein eigenes Bewertungssystem, ein eigenes Monitoring-System für Nordrhein-Westfalen vorgelegt. An dem Bericht wird auch sehr deutlich, an welchen Stellen wir schon aktiv handeln und entsprechende Pilotprojekte unterstützen, wenn es darum geht, eine vierte Reinigungsstufe in Nordrhein-Westfalen umzusetzen. Ich meine das Pilotprojekt in Schwerte. Aber auch an vielen anderen Stellen in Nordrhein-Westfalen passiert etwas. All das wird mit diesem Bericht deutlich, und insofern weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, dass seit 2010 nichts passiert sei.

Wir erweitern den Blick auch in Richtung mikrobielle Verunreinigung, also hinsichtlich Viren. Auch das geht aus dem Bericht hervor.

Wir führen ein umfassendes Qualitätsmanagement ein. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren – Herr Abrusatz und Herr Hovenjürgen, hier liegen Sie falsch –, wir haben ein öffentlich einsehbares Indirekteinleiterkataster. Sie können die Daten im Internet nachvollziehen. Wir haben das gläserne Abwasserrohr, worüber wir lange mit Ihnen gestritten haben und das Sie bisher nicht kommentiert haben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Was ist denn in dreckigen Abwasserrohren und dreckigen Gläsern? Dreckiges Wasser!)

Darum haben wir lange gekämpft, und jetzt haben wir es seit August 2008. Ich bitte Sie, auch das entsprechend zu würdigen.

Ich will aber auch sagen – und da richtet sich der Vorwurf in Ihre Richtung –, dass wir uns an einem entscheidenden Punkt Ihre Unterstützung gewünscht hätten. Dann hätten wir manches Problem, über das wir heute diskutieren, erst gar nicht. Es geht um die Oberflächengewässerverordnung des Bundes. Ich habe nachdrücklich darum geworben – ich kann das auch gerne dokumentieren –, und zwar gerade bei dem Parteivorsitzenden der CDU in Nordrhein-Westfalen. Ich habe mich an Herrn Röttgen persönlich gewandt, weil es ein spezifisches Problem in Nordrhein-Westfalen ist.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Die Schreiben hätten wir gerne!)

– Können wir Ihnen gerne übermitteln. – Weil es ein spezifisches Problem von Nordrhein-Westfalen ist, dass wir hier 60 % des Trinkwassers aus Oberflächengewässern gewinnen, wäre es an der Zeit gewesen, dies auch in der Oberflächengewässerverordnung entsprechend mit Grenzwerten zu honorieren. Darum haben wir gekämpft im Jahre 2011 – leider wurden wir nur durch Baden-Württemberg unterstützt –, und da, sehr geehrter Herr Hovenjürgen, sehr geehrter Herr Abrusatz, hätten wir uns gewünscht, Sie hätten an unserer Seite gestanden und vor allem der Bundesumweltminister hätte als nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender nordrhein-westfälische Interessen vertreten. Hier sind wir schmachlich alleingelassen worden.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Oh, oh, oh! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Und wer ist da hinter Ihnen?)

Und nun zum Vorwurf in Richtung Vergangenheit, ich hätte die damalige Regierung scharf attackiert.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber nicht zugebissen!)

Ja, wir haben uns damals sehr intensiv gestritten. Wenn es um Vergangenheitsbewältigung geht, will ich auch dazu das eine oder andere verlieren. Aber der Hauptstreit in der Vergangenheit ging darum, wie und auf welche Weise die Ruhr belastet wird. Resultiert die PFT-Belastung der Ruhr aus einer kriminellen Machenschaft? Ja, das haben wir gemeinsam festgestellt. Aber gibt es darüber hinaus noch weitere industrielle Eintragungen beispielsweise aus Kläranlagen? Darüber ist der Streit geführt worden, und Gott sei Dank ist die Politik durch diesen Streit konstruktiv weiterentwickelt worden.

Ich habe überhaupt kein Problem damit, jetzt aus der Perspektive des Amtsinhabers auch mit einer gewissen Demut auf manche Prozesse im Regierungshandeln zu blicken. Und ich habe auch kein Problem damit – ich breche mir keinen Zacken aus der Krone –, dem Respekt zu zollen, was mein Vorgänger geleistet und aufgebaut hat.

(Manfred Palmen [CDU]: Dann jetzt sofort eine Entschuldigung!)

– Es geht nicht um Entschuldigungen. Es geht darum, was wir auch in einem Streit, der heftig war, gemeinsam auf den Weg gebracht haben, und darauf müssen wir aufbauen. Da sind wir bei der aktuellen Lage. Die ist in der Tat ein wenig kompliziert ist, wobei ich Ihren Vorwurf nicht so ganz verstehe. Einerseits werfen Sie mir in Ihren Pressemitteilungen, die Sie veröffentlichen, vor, ich sei der verordnungswütige Taliban.

(Josef Rickfelder [CDU]: Na, na, na!)

Andererseits sagen Sie, ich würde zu wenig verordnen. Worum geht es eigentlich in dieser ...

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Man muss das Richtige verordnen!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, es tut mir leid, aber ich muss Sie auf Ihre Redezeit verweisen. Sie haben noch eine zweite Runde.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich habe noch einen zweiten Beitrag, und dann würde ich gerne darauf eingehen, ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Ich tue es ungern, aber ...

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: ... weil es ja auch so interessant ist.

(Heiterkeit)

Ich würde gerne darauf eingehen – und davon bin ich überzeugt –, dass wir mit dem Verweis auf das Wasserhaushaltsgesetz und der Rückendeckung des Parlaments, die ich heute spüre, zu einer schnellen Umsetzung der notwendigen Maßnahmen kommen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wann denn? Wann denn?)

Alles Weitere folgt in meinem zweiten Wortbeitrag.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Rimmel. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die „Westfalenpost“ schrieb am Samstag in der Überschrift: Ein erbärmliches Argument fürs Nichthandeln.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Rüdiger Sagel [LINKE])

Herr Rimmel, dazu haben Sie heute überhaupt nichts gesagt.

(Minister Johannes Rimmel: Zweite Runde!)

– Ja, zweite Runde.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das trifft für Sie und Ihren ehemaligen Minister, der hinter Ihnen sitzt, aber genauso zu!)

Jetzt erzählen Sie, was Sie alles machen wollen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben nichts gemacht!)

und berichten dann noch, vor Herrn Uhlenberg hätten Sie Respekt; man habe die Dinge gemeinsam auf den Weg gebracht. Wir können ja noch einmal die Protokolle durchsehen. Ich habe da von Gemeinsamkeit nicht viel gefunden. Es ist natürlich schön, wenn man als Minister jetzt sagt: Lassen Sie uns das doch gemeinsam machen. – Wir nehmen das gerne auf. Zu Ihrer Oppositionszeit gab es das Wort „gemeinsam“ in Ihrem Wortschatz aber gar nicht, glaube ich.

Dass Sie jetzt wieder den alten Reflex rausholen und auf Herrn Röttgen verweisen, ist eigentlich normal.

(Minister Johannes Rimmel: Es ist doch so! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist doch nicht verwunderlich!)

Ich hatte mich schon gewundert, dass dieser Name in der Presse seit dem Wochenende, seit das dort behandelt wird, gar nicht auftauchte. Aber es musste natürlich sein. Jetzt wissen wir wieder mal: Herr Röttgen ist schuld.

Herr Rimmel und auch die Redner der Regierungsfractionen haben aber kein Wort dazu gesagt, dass seit November 2010 bereits die unterschriebenen Anordnungen an die Wasserwerke auf dem Tisch liegen,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

dass Regierungspräsident Bollermann sie Ihnen vorgelegt hat und dass Sie sie seitdem aufgehoben haben. Der Regierungspräsident will handeln, und der Umweltminister sagt Nein. Das ist doch die Frage, um die es heute geht.

Seit 2010 könnten die Anlagen projektiert, geplant und gebaut werden.

(Beifall von Dr. Gerd Hachen [CDU] und Josef Hovenjürgen [CDU])

Jeder von uns weiß, dass das einen langen Zeitraum dauert. Und Ihr Haus, Herr Rimmel, hält die notwendigen Investitionen in die Sicherheit des Trinkwassers auf. Da braucht man doch nicht darüber zu reden, welche Schadstoffe und Gefahren es da alle gibt. Sie müssen handeln. Sie müssen dafür sorgen, dass die Wasserwerke endlich in der Lage sind, diese Investitionen auch zu tätigen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Herr Remmel, Ihr beharrliches Nichtstun grenzt für mich und für die Öffentlichkeit mittlerweile an Arbeitsverweigerung.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist genauso wie bei Frau Höhn, der wir den PFT-Skandal doch zu verdanken haben. Schließlich war es in der Regierungszeit von Frau Höhn und unter ihrer Verantwortung, als diese Firma ist Ostwestfalen ihr Unwesen getrieben hat.

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Unverschämtheit!)

Jetzt ist das alles offenbar nicht mehr wahr bzw. jetzt sagen Sie, Sie hätten Respekt vor Herrn Uhlenberg. Herr Uhlenberg musste Ihren Mist, den Sie und Frau Höhn angerichtet haben, doch beiseiteräumen.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Er hat auch nichts gemacht!)

Wenn er das nicht gemacht hätte, wären wir heute nicht so weit, wie wir sind.

Herr Remmel, es geht doch auch darum, wie Sie mit der Öffentlichkeit umgehen. Seit 2010 ist dieser Vorgang in der Welt. Es wundert mich natürlich, dass der Regierungspräsident sich ein Jahr Zeit lässt und dann im November 2011 mal im Ministerium nachfragt bzw. in einem Brief schreibt: Was ist denn jetzt? So kann es doch nicht weitergehen! – Man müsste auch einmal nachfragen, wie dringend das bei der Bezirksregierung gesehen wurde. Aber das können Sie ja in Ihrem Behördenstrang klären.

Der Regierungspräsident schlägt also vor, zu handeln, und der grüne Minister sagt: Wir machen nichts. – Und dann erklären Sie jetzt, die Zeit sei Ihnen zu lang; fünf Jahre seien zu lang. Drei Jahre wollen Sie erreichen. Herr Remmel, ein Jahr haben Sie schon verloren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir sind also bei maximal vier Jahren. Die Frage ist, ob Sie das in drei Jahren erreichen. Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg. Ich glaube es nicht. Bei dem Tempo, das Sie bisher vorgelegt haben, werden Sie es auf jeden Fall nicht schaffen. Das ist doch klar.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben in fünf Jahren auch nichts zuwege gebracht!)

Dann sagen Sie, es gebe keine Weisung, Investitionen nicht zu tätigen – „WAZ“, 7. Februar 2012. Tatsache ist aber: Seit 2010, seit der grüne Umweltminister im Amt ist, ist gar nichts passiert.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Seit 2005 ist nichts passiert!)

– Es ist sehr wohl etwas passiert. Das hat Herr Remmel ja eben noch gesagt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ja, weiter Dreck in die Ruhr! Das stimmt!)

Sie schreiben: Die derzeitigen bakteriologischen Überwachungsverfahren sind nicht geeignet, sichere Aussagen über Trinkwasserverunreinigungen mit Viren und Parasiten zu treffen. – Sie wissen das. Aber Sie unternehmen nichts, Herr Remmel. Keinen einzigen Schritt sind wir weitergekommen.

Am Freitag letzter Woche sind dann die Fakten ans Tageslicht gekommen. Statt die Bevölkerung aufzuklären und zu sagen, wie es weitergeht, machen Sie drei Dinge.

Erstens. Sie beschwichtigen – die Kollegin von der SPD hat es ja eben wiederholt –: Das Trinkwasser ist in Ordnung; niemand muss sich Sorgen machen; es geht um Gefahren, die in der weiten Zukunft liegen. – Da frage ich mich. Warum dann diese Eile? Warum sprechen Sie von drei Jahren? Entweder ist die Gefahr real, oder sie ist virtuell. Ich habe den Eindruck, dass Sie sich in den letzten Tagen offenbar zum ersten Mal richtig damit beschäftigt haben.

Zweitens. Sie machen ein neues Feld auf und erzählen der Öffentlichkeit, Sie würden auf jeden Fall die Preisgestaltung von Gelsenwasser streng kontrollieren. „Preiskontrolle für Wasser“ ist die große Überschrift. Die Preisbildung müsse nachvollziehbar sein. Herr Remmel, das sind doch Selbstverständlichkeiten. Sie lenken von Problemen ab. Es geht um sicheres Trinkwasser. Sie meinen, jetzt müsse man über Abschreibungsfristen und Gebührenkalkulation reden. Machen Sie Ihre Hausaufgaben, und werfen Sie keine Nebelkerzen!

Drittens. Sie erklären, Sie würden jetzt mit den Bezirksregierungen, den Wasserwerken und den Kommunen sprechen. Jetzt, wo Sie aufgefliegen sind und klar wird, dass Sie nichts getan haben, kommen Sie mit dem bahnrechenden Vorschlag: Wir reden mal mit den Verantwortlichen. – Ich frage: Was haben Sie denn seit 2010 gemacht? Sie sind seit Juli 2010 im Amt. Und in dieser Woche kommen Sie auf die Idee, man könne ja mal miteinander sprechen. – So kann man keine Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen machen.

(Beifall von der CDU)

Das ist auch kein Einzelfall. Ich möchte noch einen Vorfall ansprechen, auf den Sie überhaupt noch nicht reagiert haben, nämlich die PFT-Funde in Köln. Wenn das zu unserer Regierungszeit passiert wäre, hätte es wahrscheinlich schon Sondersendungen beim WDR, bei Ihrem Haussender, gegeben.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Oh! Das haben wir ja lange nicht gehört!)

Aber da gibt es überhaupt keine Reaktion.

Dann werden Sie in der Presse zitiert, Sie hätten einen Bericht der Bezirksregierung angefordert. Wie

niedlich, Herr Remmel! Wenn Herr Uhlenberg gesagt hätte: „Da ist etwas gefunden worden; wir fragen mal die Bezirksregierung, was los ist“ – was hätten Sie dann veranstaltet? Und jetzt wird alles bagatellisiert. Man sagt, alles sei halb so schlimm. Es passiert nichts. 5 Millionen Menschen entlang der Ruhr wollen wissen, was mit ihrem Trinkwasser ist, und Sie geben keine Antwort.

Dann wäre es doch gut, wenn Sie einmal auf das eingehen würden – es wundert mich, dass Sie heute hier gar nichts dazu gesagt haben –, was Ihre Helfershelfer in den Medien verbreiten. In der „taz“ oder in anderen Publikationen heißt es nämlich, es handele sich hier um eine SPD-Connection. Boller-mann – Sierau – Gelsenwasser, so titeln die Medien im Internet. Es seien die von der SPD geführten Wasserwerke, die verhinderten, dass der Umweltminister tätig werde.

Es wird, glaube ich, einmal Zeit, dass Sie und die Kollegen der SPD dazu Stellung nehmen. Ich wusste nicht, dass das SPD-Wasserwerke sind. Ich dachte, das seien Wasserwerke für die Bevölkerung im Ruhrgebiet. Sie sagen aber kein einziges Wort dazu, dass diese Unterstellungen im Raum sind. Ich habe den Eindruck, da ist einiges dran. Sie haben einen Riesenkonflikt untereinander. Aber Sie haben ja vielleicht gleich noch Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Deppe. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich die Vorredner, besonders Herrn Hovenjürgen, Herrn Deppe und Herrn Abruszat, gehört habe, muss ich mich fragen: In welche Richtung wollen Sie eigentlich?

Auf der einen Seite werfen Sie immer wieder Nebelkerzen in die Welt und sagen: Wir müssen jetzt etwas tun. – Bei Herrn Hovenjürgens Rede frage ich mich, wo die Botschaft war. Inhaltlich haben Sie zum Wasser keinen einzigen Satz gesagt. Das einzige, was Sie gesagt haben, war, es müsse eine Entschuldigung her. Wo war denn die Botschaft beim Blick zurück? Dazu ist überhaupt nichts gekommen.

Herr Abruszat, wenn Sie mit der Zusammenarbeit und dem vermeintlichen Keil zwischen SPD und Grünen kommen wollen, will ich für die Bezirksregierung und für das Umweltministerium deutlich machen, dass gerade bei dem Thema Umweltzone, das Sie angesprochen haben, die FDP ganz ruhig sein sollte. Wir wissen alle, wie in der letzten Wahlperiode die Umweltzone in Nordrhein-Westfalen auf

Drängen der FDP zu einem Flickenteppich wurde und auf dem Rücken der Gesundheit der Bürger in Nordrhein-Westfalen immer wieder Ausnahmetatbestände geschaffen wurden. Es waren SPD und Grüne, die eine einheitliche Umweltzone wollten. Von daher sollten Sie bei dem Thema ganz vorsichtig sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und das war damals ganz deutlich eine Zusammenarbeit zwischen Bezirksregierung und dem Umweltministerium. Vor dem Hintergrund wäre ich also ganz vorsichtig.

Ich muss mich heute schon sehr wundern, dass wir das Thema Trinkwasserschutz in einer derartigen Form behandeln. Trinkwasserschutz und Grundwasserschutz hatten wir in den letzten Wochen und Monaten immer wieder als Themen im Plenum. Es geht darum, dass Millionen Menschen davon abhängig sind und dass Nordrhein-Westfalen diesbezüglich eine besondere Position einnimmt, weil wir aus Uferfiltrat Wasser für Millionen von Menschen gewinnen müssen. Das erfordert eine intensive und solide Diskussion und keine strategischen Spielchen, wie wir sie heute hier erleben und die auch Motivation des Antrages sind. So inhaltslos, wie die Rede von Herrn Hovenjürgen war, ist auch der Antrag für diese Aktuelle Stunde.

Es wird so getan, als würde man sich um die Sorgen und Nöte der Menschen, die im Bereich Wasserversorgung tätig sind, kümmern. Im Grunde geht es aber gar nicht darum, sondern nur darum, zu gucken: Wo gibt es Konflikte zwischen Grün und Rot? Wo gibt es „rote Wasserwerke“? Das ist für mich auch eine ganz interessante Erfahrung. Jeder, der sich auf dem Gebiet auskennt, weiß, wie die Beteiligungsstrukturen dort aussehen.

Herr Sagel, an Sie gerichtet, weil Sie sagen, Sie hätten damals einen Untersuchungsausschuss beantragt: Während wir mit Gummistiefeln bei den Klärwerken waren, mit den Leuten gesprochen haben und vor Ort waren,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich habe auch mit den Leuten gesprochen! Sie haben alles kaschiert!)

beantragen Sie einen Untersuchungsausschuss. Wir sehen uns an, wie es eigentlich vor Ort aussieht. Es ist ganz wichtig, dass man mit den Leuten spricht und fragt, wo etwas im Argen liegt.

Ich habe vorhin das Thema „solide Arbeit“ angesprochen. Diese ist gerade im Bereich Grundwasserschutz ganz wichtig. Wenn es um solide Arbeit geht, Herr Deppe – wo ist der Antrag für den Ausschuss, sodass wir uns mit dem Thema beschäftigen können? Ich erinnere mich noch gut daran, weil ich dem Ausschuss auch in der letzten Wahlperiode angehört habe, wie wir das Thema PFT in Debat-

ten, die hart waren, aber deutlich solider als hier, erörtert haben.

Bei der Novelle des Landeswassergesetzes im Jahre 2007 kann ich mich an keine Impulse in Richtung demografische Entwicklung und in Richtung chemische Belastung erinnern, die von Ihrer Seite gekommen wären.

Wir sollten es mit diesen Beschuldigungen und Effekthaschereien sein lassen, weil gerade die Debatte um Grundwasserschutz vor dem Hintergrund hoher Belastungen Seriosität erfordert.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Gerade darum geht es!)

Wir sollten erkennen, dass dieser Bericht „Reine Ruhr“ in der Tat auf Probleme hinweist, die ganz entscheidend und wichtig in der Zukunft sind.

Herr Deppe hat ja zu den Investitionen etwas ausgeführt. Herr Deppe, ich hätte Sie einmal erleben wollen, wenn wir die Wasserwerke verpflichtet hätten, in Investitionen zu gehen, weil sich neue Herausforderungen stellen, es aber keine Planungssicherheit gegeben hätte. Dann hätten wir hierzu eine Aktuelle Stunde nach dem Motto gehabt: Die Regierung prescht vor, der Wasserpreis wird erhöht, und der Bürger bezahlt es wieder.

Das geht heute nicht. Das haben Sie nie verstanden. Heute ist die Akzeptanz in der Bevölkerung nämlich eine ganz entscheidende Frage, weil wir den Menschen deutlich sagen müssen, dass es nicht ganz kostenfrei geht, wenn sie eine bessere und eine sichere Qualität haben wollen. Diese Tatsachen stecken dahinter. Diese Planungssicherheit zu schaffen, gekoppelt mit Akzeptanz, ist die Aufgabe dieser Landesregierung, nachdem Sie jahrelang auf diesem Gebiet nichts gemacht haben.

Wir müssen, wenn wir auf die Einträge schauen, anerkennen, dass es im Bereich der Spurenstoffe, der Industrieprozesse, der Chemikalien und der Arzneimittel Änderungen gegeben hat. Sie alle kennen doch den Bericht der großen Wasserversorger. Sie wissen doch, dass wir eine demografische Entwicklung haben.

Herr Abruszat, ich bin auf Ihren Mut gespannt, wenn wir uns die Trinkwasserbelastung anschauen und wir der Wirtschaft sagen, dass Einträge erst gar nicht entstehen sollen. Ich bin gespannt, ob und wie Sie sich dann für den Schutz des Grundwassers einsetzen.

Herr Deppe, Sie wissen aus der leider unseligen Dichtheitsdebatte, dass die Bürger sehr wohl daran interessiert sind zu erfahren, wo die Abfallstoffe aus den Intensivmastanlagen hinkommen. Wir werden eine Debatte um den Grundwasserschutz haben. Dieser sollten wir uns stellen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Seriosität. Ich rege an, dass wir uns alle in einer Wasserkonferenz, wie auch immer sie gestaltet sein mag, mit dem Thema auseinandersetzen und klären, welche Herausforderungen auf uns zukommen und welche Investitionen zu tätigen sind. Dann befinden wir uns auf einem seriösen Pfad. Mit dem vorgelegten Blatt Papier, das leider auch viel Wasser gekostet hat, sind wir es leider nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe ganz aufmerksam diese Debatte in der letzten Stunde verfolgt. Es gab viel Streit untereinander, viel rückwärts gerichtetes Gerede. Es wurden über Jahre zurück Schuldzuweisungen gemacht. Zum Teil war das schon etwas grotesk. Ich habe mit Bärbel Höhn in diesem Parlament häufig genug gestritten. Aber ihr vorzuwerfen, dass sie das PFT auf die Felder gebracht hat, ist, glaube ich, zu viel. Eine solche Debatte tut dem Parlament nicht gut, weil die Bürger interessiert, dass weitere Probleme mit dem Trinkwasser der Ruhr bestehen. Das sagt dieser Bericht relativ deutlich.

Wenn man sieht, was alles untersucht wird, was darin herumschwimmt, dann sind das zum Teil Dinge, die schwierig auszusprechen sind: Arzneimittel, Röntgenkontrastmittel, PFT, Herbizide, Glyphosat, Zink-Organic. Das sind alles Stoffe, bei denen der Normalbürger schon Schwierigkeiten hat, sie auszusprechen, die ihm aber auch Angst machen – sicherlich teilweise auch berechtigt.

Die Frage ist doch: Wie kann dieses Parlament, wie kann diese Landesregierung dieses Problem lösen?

Es kann natürlich auch nicht sein, dass das Ruhrgebiet schlechteres Wasser hat als der Rest von Nordrhein-Westfalen. Es ist ja bekannt, dass die Lebenserwartung von Menschen im Ruhrgebiet derzeit geringer ist als die von Menschen außerhalb des Ruhrgebiets.

Und unter diesem Gesichtspunkt finde ich dieses Thema viel zu wichtig, als sich jetzt zu streiten und gegeneinander zu arbeiten. Besser ist es, Lösungen zu suchen und ganz konkret zu klären, was die Landesregierung schaffen will, was sie geschafft hat, wie der Zeitrahmen aussieht und was die konkreten Ziele sind. Denn die Bürger interessiert, wie dieses Problem zu reduzieren ist.

Leider hat man aber den Eindruck, dass die Orientierung an einem Ziel schon innerhalb der Verwaltung nicht so gut klappt. Man liest, dass die Landes-

regierung mit der Bezirksregierung Arnsberg im Konflikt liegt.

Das ist auch nicht der erste Konflikt zwischen Landesregierung und Bezirksregierung Arnsberg. Ich denke zum Beispiel an die Erdgasbohrungen, ans Fracking. Und wie sich der Wirtschaftsminister zur Bezirksregierung Arnsberg ausgelassen hat, scheint das ein Dauerkonflikt zu sein, der sicher nicht hilft, Probleme zu lösen, wenn Unstimmigkeiten bestehen.

Da ist meines Erachtens die Landesregierung in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Kommunikation auch zu den untergeordneten Behörden vernünftig funktioniert und nicht gegeneinander gearbeitet wird.

Wenn man jetzt den Bericht genau liest, dann handelt es sich bei den Stoffen um einen Arzneimittelcocktail in Konzentrationen, die den allgemeinen Vorsorgewert überschreiten, den ich so keinem Patienten verschreiben möchte: Diclofenac, Ibuprofen, Carbamazepin, Metoprolol, Sotalol, Sulfamethoxazol. Das sind Dinge, die schwierig auszusprechen sind. Der erste Teil sind Schmerz- und Entzündungsmittel. Carbamazepin ist ein Antiepileptikum, das gegen Krämpfe wirkt, Metoprolol ein Blutdruckmittel, ein Betablocker, Sotalol ein Antiarrhythmikum, und das letzte ist ein Arzneimittel aus dem Bereich der Antibiotika.

Wenn die so hoch konzentriert immer noch im Ruhrwasser zu finden sind, benötigen wir entsprechende Lösungsansätze. Die habe ich heute bisher noch nicht gehört, obwohl die Werte lange bekannt sind: Sie stammen aus dem Beobachtungszeitraum 2008 bis 2009.

Mich interessiert heute: Seit wann sind dem Umweltminister diese Werte bekannt? Was hat der Umweltminister bis zum heutigen Zeitpunkt ganz konkret gemacht? Wie sieht der Zeitplan aus, in dem konkrete Ziele festgeschrieben werden sollen, und wann sollen sie erreicht werden? Das hilft, das Problem zu lösen. Das interessiert die Menschen in Nordrhein-Westfalen und insbesondere die Bürger im Ruhrgebiet. – Danke schön.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Kollege Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So gegen Ende dieser Aktuellen Stunde scheinen sich die Gemüter zu beruhigen. Bei Herrn Dr. Romberg war das schon deutlich zu spüren: tiefe Einblicke in medizinisches Fachwissen. Es ist ja gut, dass wir solche cleveren Kollegen unter uns haben.

Aber es zeigt sich hier, dass sich immer mehr durchsetzt, dass beim Thema „Trinkwasserschutz“ die gegenseitige Schuldzuweisung, eine Aufarbeitung von Geschichte nicht weiterführt.

Ich hatte vorhin gesagt: Die Vorstellung der Vorgängerlandesregierung, die von den heute antragstellenden Fraktionen getragen wurde, ging entgegen dem Gesetz davon aus, dass man 2017 würde handeln müssen. Der Minister hat das auch noch einmal ausgeführt. Bundesrecht und Landesrecht besagen: Wenn wir Erkenntnisse haben – Herr Dr. Romberg hat das in wirklich sehr anschaulicher Weise gerade noch einmal vorgetragen –, die den erhöhten Handlungsbedarf belegen, dann muss unverzüglich gehandelt werden. Und wenn unverzüglich gehandelt werden soll, dann bin ich jetzt guter Hoffnung, dass wir es schaffen, das schnell gemeinsam auf den Weg zu bringen.

Ich meine, dass wir dafür auch weder eine weitere Befassung noch weitere Beschlüsse hier im Plenum brauchen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Lieber nicht!)

– Herr Brockes, wir sind doch jetzt so nah beieinander! – Ich denke, der Minister hat jetzt den Rückenwind, statt 2017 tatsächlich 2015 in die Verordnung aufzunehmen, und das werden Sie dann ja auch mittragen.

Ich wünsche mir, dass zukünftig nicht Presseberichte dazu führen, dass wir so wichtige Themen miteinander besprechen, sondern dass wir uns dazu gemeinsam bekennen. Denn diese Regierung arbeitet ja de facto mit wechselnden Mehrheiten. Deswegen sollten wir uns vielleicht ein wenig mehr an den Skandinavien orientieren. Denn wenn wir im Parlament sach- und bürgerorientierter arbeiten und rational agierten, hätten wir auch eine Chance, verloren gegangenes Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen.

Nachdem wir am Ende der Aktuellen Stunde, was ja selten genug ist, so viel Gemeinsamkeit haben – ich hoffe, dass sich Herr Sagel dieser Gemeinsamkeit noch anschließen wird –, gehe ich davon aus, dass wir die Ruhr unverzüglich in einen guten Zustand versetzen können. Der Minister hat hier insoweit eine breite parlamentarische Stärkung erfahren.

Mir bleibt nur, dafür zu danken, dass Sie dieses Thema für heute vorgeschlagen haben und wir dadurch die Gelegenheit hatten, diesen breiten Konsens nach außen zu tragen und zu sagen: Ja, wohl, wir packen an – unverzüglich, wie das Gesetz es vorschreibt, nicht erst 2017, sondern so schnell wie möglich, spätestens bis 2015! So habe ich die Debatte verstanden, und das finde ich aus umweltpolitischer Sicht sehr gut. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. Entgegen Ihrer Erwartung, dass wir schon am Ende der Aktuellen Stunde sind, gibt es natürlich noch Wortmeldungen, die wir jetzt auch zulassen. – Als Nächste hat für die Fraktion Die Linke Frau Kollegin Akbayir das Wort.

Hamide Akbayir (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fakten sind bekannt und hier auch schon mehrfach benannt oder betont worden. Ich möchte sie hier auch nicht wiederholen.

Doch immer noch steht die Frage im Raum: Wer bezahlt die dringend notwendige Aufrüstung der Wasserwerke? Wann wird endlich damit begonnen?

Es sind konkrete Maßnahmen gefordert. Daher muss unser Augenmerk darauf gerichtet sein, welche Konsequenzen daraus gezogen werden, und zwar dringend.

Meine Damen und Herren, Wasserwirtschaft ist eine öffentliche Aufgabe, die dazu dient, allen Bürgerinnen und Bürgern das nötige Wasser, vor allem Trinkwasser für den Haushalt, zur Verfügung zu stellen, egal, wie sie finanziell ausgestattet sind. Wir alle wissen: Wasser gehört zur Daseinsvorsorge und muss daher jedem sauber aufbereitet zugänglich sein, ohne eine Gesundheitsgefährdung darzustellen. Also: Gesundheitsschutz muss dabei den absoluten Vorrang haben.

(Beifall von der LINKEN)

Grenzwerte müssen so festgelegt werden, dass sie auch die Empfindlichsten schützen, nämlich Säuglinge, Kleinkinder und ältere Menschen. Dringend ist auch auf entsprechende Grenzwerte für direkte wie auch indirekte Abwassereinleitungen hinzuwirken. Hier kann die Landesregierung zum Beispiel entsprechende Bundesratsinitiativen starten.

Meine Damen und Herren, dass täglich bis zu 250 g giftige Chemikalien in der Ruhr landen und dann aus dem Uferfiltrat Trinkwasser gewonnen wird, ist nicht länger hinzunehmen.

(Beifall von der LINKEN)

Für Industrieabwässer gibt es Ionenaustauscher. Sie sollten überall dort vorgeschrieben werden, wo dies möglich ist, nicht nur als freiwillige Leistung, sondern als zwingend. Auch weitere und neuere Techniken, wie zum Beispiel die Reinigung des Uferfiltrates mit der sogenannten Ozonierung und anschließenden Filterung durch Aktivkohle, müssen sofort geprüft, und, wenn möglich, eingesetzt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Das wären schon einmal die guten Möglichkeiten, die umzusetzen wären, und zwar schnellstmöglich.

Darüber hinaus gilt: Klärwerke müssen Grenzwerte für die Abwassereinleitungen bekommen und einhalten, die eine Gefährdung des Trinkwassers ausschließen. Die Wasserwerke müssen schnellstens technisch so aufgerüstet werden, dass sie die giftigen und andere schädliche Stoffe entfernen können.

Es gilt, insgesamt sowohl die Emissionen als auch die Immissionen zu reduzieren. Sie sind so niedrig anzusetzen, dass durch den Gebrauch des Trinkwassers keine Gefährdung der Gesundheit mehr eintreten kann.

(Beifall von der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Reinheit von Trinkwasser darf nicht am Geld scheitern und auch nicht am Kompetenzgerangel unterschiedlicher Behörden.

(Beifall von der LINKEN)

Denn die Bürgerinnen und Bürger verlassen sich darauf, dass ihnen schadstofffreies Trinkwasser verkauft wird, an dem sie sich nicht vergiften. Denn Wasser ist lebenswichtig für alle Lebewesen, übrigens auch für uns Abgeordnete. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Rimmel.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Schönen Dank für die Möglichkeit, jetzt in einem zweiten Beitrag den etwas längeren Anlauf des ersten Beitrags wieder aufzunehmen und an der Stelle weiterzumachen, Herr Deppe und Herr Hovenjürgen. Denn es ist mir schon wichtig, dass wir die gemeinsamen Grundlagen hier noch einmal festhalten:

Bericht „Reine Ruhr“, fachliche Feststellung – Herr Dr. Romberg, danke für Ihren sachlichen Beitrag – der hohen Belastung und die Feststellung: Zentral für die Umsetzung und Durchsetzung der notwendigen Ertüchtigung ist § 48 Landeswassergesetz.

Das ist auch genau der Grund, warum ich seinerzeit auf der genannten Grundlage so entschieden habe, wie ich entschieden habe. Die Verantwortung übernehme ich selbstverständlich. Es gibt darüber überhaupt gar keinen Streit mit der Bezirksregierung in Arnsberg, sondern es gibt eine andere Rechtsauffassung bezüglich der Herleitung.

Aber ich möchte es hier noch einmal darlegen, weil behauptet wird, ich würde Investitionen blockieren. Ich habe nichts dergleichen angewiesen. Investitionen können stattfinden – und zwar von denen, die

für die Trinkwasseraufbereitung verantwortlich sind; selbstverständlich.

Und Investitionen finden auch statt. In Essen werden über 50 Millionen € in einen Standard investiert – 2013 wird diese Investition abgeschlossen sein –, der am Rhein selbstverständlich ist, der in Mülheim selbstverständlich ist. Im Übrigen ist in der Vergangenheit auch im Regierungsbezirk Arnsberg investiert worden. Die Hochsauerlandwasser GmbH hat in eine entsprechende Ertüchtigung investiert.

Also: Wer investieren will, wer davon überzeugt ist, dass investiert werden muss, hätte investieren können und könnte investieren. Das ist gar keine Frage.

Aber wenn man sich dann, wie in dieser Anordnung erbeten, dahinter versteckt, dass es offensichtlich kartellrechtliche Gründe gäbe, die einen daran hinderten, zu investieren, dann sind wir weg vom Landeswassergesetz; dann sind wir weg von der Notwendigkeit, den Stand der Technik einzuhalten, wenn Schadstoffe vorhanden sind und wenn Vorsorgegründe dies verlangen, dann sind wir weg von der eigentlichen wasserrechtlichen Begründung. Das hätte, weil eben nicht alle einverstanden waren, aus meiner Sicht zur Folge gehabt, dass wir uns in einen langen Rechtsstreit verwickelt hätten.

Sinn und Zweck, diese weitere Schleife mit einer Neuauflage des Berichtes „Reine Ruhr“ zu drehen, war, eine erweiterte, solide fachliche Grundlage zu haben, auf der dann auch der § 48 des Wasserhaushaltsgesetzes vollzogen werden kann. Wenn das der Grundsatz ist, den alle hier teilen, dann bin ich guter Hoffnung, dass wir das auch mit den Wasserwerken einvernehmlich zeitlich sehr viel schneller realisieren können.

Ich habe gestern mit dem Regierungspräsidenten auf der Grundlage des Berichtes „Reine Ruhr“ gesprochen. Wir waren uns einig, auf dieser Basis jetzt in die Gespräche mit den Wasserversorgern einzutreten, zeitnah eine Investitionsplanung vorzulegen und diese Gespräche bis zum Mai dieses Jahres abzuschließen, um dann auch tatsächlich zu Investitionen zu kommen.

Ich bin also zuversichtlich, dass auf dieser Grundlage – § 48 Landeswassergesetz in Verbindung mit dem Wasserhaushaltsgesetz des Bundes – das Erfordernis vorhanden ist, die Wasseraufbereitung zügig zu ertüchtigen. Die Verantwortung dafür liegt bei den Wasserversorgern.

Ich hoffe, dass Sie, Herr Hovenjürgen und Herr Deppe, wenn denn dann vielleicht Mitte des Jahres angeordnet werden muss, die gleiche Auffassung vertreten wie heute. Ich wäre Ihnen jedenfalls sehr verbunden und wünsche mir, dass auch die heutige Debatte davon getragen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Die nächste Wortmeldung kommt von der CDU. Herr Deppe, bitte.

Rainer Deppe (CDU): Meine Damen und Herren! Wir haben eben von einer Menge an Themen gehört, die alle dafür herhalten müssen, zu zeigen, dass das hier angeblich eine Schaubatte ist. Da war von Feinstaub die Rede, und Atom wurde bemüht. Herr Stinka sprach von „Intensivmast“. Sie müssen erst einmal erklären, wo im Ruhrgebiet das Grundwasser durch „Intensivmast“ betroffen ist.

Seit November 2010 – das ist doch die Tatsache, über die wir hier diskutieren – hat die Bezirksregierung fertige Anordnungen an die Wasserwerke auf dem Tisch, die bis heute nicht unterschrieben und nicht an die Betroffenen herausgegangen sind.

(Minister Johannes Remmel: Weil sie rechtswidrig sind!)

– Herr Remmel, Sie rufen mir zu: Weil sie rechtswidrig sind. – Jetzt unterstelle ich einmal, dass bei der Bezirksregierung auch durchaus Rechtskundige sitzen und die und Herr Bollermann die Dinge auch nicht leichtfertig betreiben. Man hätte das, glaube ich, in der Zwischenzeit ausräumen können.

(Minister Johannes Remmel: Deshalb haben wir den Bericht gemacht!)

– Sie erklären hier: Vielleicht ist die Opposition mit dabei. – Ich will das gar nicht ausschließen. Herr Remmel, ich habe Ihnen aber schon einmal gesagt: Wenn Sie wollen, dass wir bestimmte Dinge mitmachen, muss man vorher darüber reden.

(Minister Johannes Remmel: Aber dafür muss man die Grundlagen haben!)

– Dafür muss man die Grundlagen haben. Seit 2010 hätten Sie Zeit gehabt.

Ein Beleg für meine These, dass das Thema überhaupt erst jetzt durch die Veröffentlichungen aufgegriffen wurde, ist Ihr Arbeitsprogramm, das Sie am 18.01. im Ausschuss vorgelegt haben.

(Minister Johannes Remmel: Da steht das drin!)

– Da steht „Umsetzung Programm ‚Reine Ruhr‘“. Das ist ein kleiner Absatz, der sehr allgemein gehalten ist. Jeder von uns hätte das – gar kein Problem – unterschreiben können. Keine einzige konkrete Maßnahme ist da erwähnt, sondern es ist davon die Rede, dass eine ganze Palette von Maßnahmen erforderlich sei, um das Programm zu verwirklichen.

Vielleicht ist es gut, dass es – wer auch immer das gemacht hat – in der Öffentlichkeit war. Wir waren es nicht. Wir sind – das gilt auch für die Bezirksregierung – nicht bei Gelsenwasser involviert; andere sind es. Herr Bollermann gehört auch nicht unserer Fraktion an. Wir sind auch nicht über das Ministeri-

um involviert. Also muss es irgendwo aus Ihrer Ecke gekommen sein.

Die „taz“ hat auch heute wieder die Melodie gespielt: Die SPD-regierten Städte und die SPD-regierten Wasserwerke wollen nichts machen, und der grüne Umweltminister ist leider nicht handlungsfähig. – Dazu haben Sie gar nichts gesagt. Das wollen Sie wahrscheinlich auch nicht. Wahrscheinlich aber sind das die tatsächlichen Gründe.

Auf jeden Fall wird das, was passiert, der Problematik nicht gerecht.

Wenn Ihr Regierungspräsident im November 2011 schreibt „Jeder Tag ist ein verlorener Tag“, kann ich nur sagen: Recht hat er. Herr Rimmel, seit 577 Tagen sind Sie im Amt. Jetzt will ich Ihnen die ersten 100 Tage nachlassen. Das gestehen wir jedem zu. Seither aber haben Sie mindestens 477 verlorene Tage zu verantworten: 477 verlorene Tage für den Trinkwasserschutz in Nordrhein-Westfalen! Nach 477 Tagen sagen Sie, passend zur Jahreszeit: An manchen Stellen ist das Eis dicker, an anderen dünner.

Herr Minister, noch einmal: In welcher Wahrnehmung der Realität leben Sie eigentlich? Ich sage Ihnen: Das Eis ist schon gebrochen, und vor lauter Eigenpropaganda merken Sie das überhaupt nicht.

Sie haben den Eindruck erweckt, wenn Sie erst einmal Umweltminister wären, würden Sie die Wasserwerke schon zwingen. In dieser Woche titelte die „Westfälische Rundschau“, dass die Unternehmen ihre Anlagen weiter verbessern möchten. Sie würden auf grünes Licht vom Minister warten. – Herr Rimmel, dann schalten Sie doch endlich auf Grün. Jetzt haben Sie wieder gesagt: In Zukunft und irgendwann einmal. – Die Leute warten darauf, dass etwas passiert.

Es geht auch nicht um Machtspielchen.

(Minister Johannes Rimmel: Selbstverständlich kann jeder das machen!)

Sie sagen, die Werke könnten ja, aber ich ordne nicht an. „Anordnungs-masochismus“ haben Sie gesagt. Es geht darum, dass sich 5 Millionen Menschen an der Ruhr darauf verlassen wollen, dass das Wasser aus ihrem Kran in Ordnung ist. Den Menschen ist doch völlig egal – für das Trinkwasser ist es übrigens auch völlig unerheblich –, ob die Wasserwerke die Aufbereitung nach dem Stand der Technik freiwillig machen oder ob Sie diese anordnen. Die Menschen wollen sauberes und sicheres Trinkwasser haben. – Völlig zu Recht! Sie spielen Mikado und sagen: Wer sich zuerst bewegt, hat schon verloren.

(Beifall von der CDU)

Da ist doch Ihre Glaubwürdigkeit gefragt.

Wenn Sie sich in der letzten Wahlperiode im Landtag als der empörungspolitische Sprecher der Grü-

nen präsentiert haben, dann müssen Sie doch jetzt einmal begreifen: Sie sind Minister. Im Grunde sind Sie Ihrer alten Rolle treu geblieben:

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Rainer Deppe (CDU): Jeden Tag gibt es eine neue Empörung, jeden Tag eine neue Ankündigung. Wann aber haben Sie endlich einmal vor, das wichtige Problem zu lösen? Da steht an erster Stelle sauberes Trinkwasser.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Rainer Deppe (CDU): Ich muss Ihnen sagen, Herr Rimmel: Aus dem „empörungspolitischen Sprecher“ ist leider – das haben wir gerade hier gehört – der „empörte Ankündigungsminister“ geworden. Darüber aber kann sich die Bevölkerung auch nur noch empören. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Herr Kollege Stinka hat sich noch einmal für die SPD-Fraktion gemeldet. Der Minister möchte den Dialog dann vielleicht auch über das Mikrofon fortsetzen.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist noch einmal deutlich geworden, Herr Deppe, Herr Hovenjürgen, Herr Abrusatz: Verschwörungstheorien helfen uns hier nicht weiter. Es gibt ja immer noch Leute, auch in der Gesellschaft, die nicht glauben, dass jemals jemand auf dem Mond war.

Uns hilft der Hinweis von Dr. Romberg weiter, der in die richtige Richtung gewiesen hat. Wenn man ihm genau zugehört hat, hat er genau die Problemfälle aufgelistet, bei denen Sie bei mir ja noch Zweifel hatten. Aber Herrn Romberg als Arzt wird wahrscheinlich mehr geglaubt.

Schauen Sie sich doch an, welche neuen Herausforderungen wir im Wasserschutz haben, und schauen wir uns gemeinsam an, was wir in der Grundwasseraufbereitung haben! Erinnern Sie sich an meine Worte, als ich ausgeführt habe, dass wir das Bundesland sind, das aus Uferfiltrat Wassergewinnung betreibt! Das unterscheidet uns in Nordrhein-Westfalen von vielen anderen Bundesländern. Deswegen noch einmal ganz klar der Hinweis, dass wir „nachhaltig“ denken müssen.

Herr Deppe, ich habe vorhin die neuen Herausforderungen, die Herr Romberg auch angesprochen hat, genannt. Wir haben in der Diskussion auch hitzige Debatten über die Frage erlebt, wo denn – ich

bleibe dabei – die vorhandenen Abfälle aus der Landwirtschaft bleiben. Ich möchte den Menschen deutlich machen, dass sich ein Industrie- und Agrarland, ein Land, das weiterhin diese beiden Säulen der Wirtschaft hat, auch überlegen muss, in welche Richtung die Grundwasserbewirtschaftung gehen wird.

Deswegen noch einmal mein Hinweis: Wir sollten diese Aktuelle Stunde nicht mit Nebelkerzen oder Verschwörungstheorien begleiten, sondern uns auf den Weg machen und deutlich sagen, wie wir mit Grundwasser in Nordrhein-Westfalen umgehen.

Ich als Sozialdemokrat aus dem Münsterland bin sicherlich ganz unbeeinflusst von irgendwelchen Genossen aus den Ballungszentren. Ich besitze auch keine Anteile an irgendwelchen Wasserwerken. Wir reden darüber, dass der Schutz des Wassers in Nordrhein-Westfalen ganz entscheidend gesichert werden muss.

Es ist also keine Verschwörung, sondern wir sollten schauen, welches die neuen Herausforderungen sind. Denn wenn wir uns mit dem Thema „Wasser und Wasserwirtschaft“ in Nordrhein-Westfalen beschäftigen, können wir ja auch vieles vorweisen.

Einige Mitglieder des Umweltausschusses werden sich noch an die Fahrt nach China erinnern, an der auch Mitglieder der CDU, die in Wasserverbänden tätig sind, teilgenommen haben, um ihr Know-how und ihr Wissen in China an den Mann und die Frau zu bringen, weil dort Probleme herrschen. Deshalb haben wir auch ein wirtschaftspolitisches Interesse daran, dass unser hohe Standard erhalten bleibt. Ich bitte, die Reise noch einmal Revue passieren zu lassen, Herr Deppe, und mit den Kollegen zu sprechen. Dann werden wir auch gemeinsam einen Weg finden, diese Frage in anderer Form zu diskutieren, als es in der Aktuelle Stunde heute Morgen der Fall war. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die Landesregierung noch einmal Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte die Gelegenheit nutzen, Herrn Deppes Frage zu beantworten.

Gerade bearbeitet der Arbeitskreis aus Bezirksregierung und Mitarbeitern meines Hauses die Frage der aktuellen PFT-Funde in Köln. Auch hier ist es so, dass die Daten und die Erkenntnisse auf ein umfassendes Monitoringprogramm zurückgehen, das wir veranlasst haben. Erste Hinweise hat es Ende Januar gegeben. Das Programm besteht darin,

dass entlang der Leitparameter PFOA und PFOS insgesamt 13 Einzelstoffe untersucht werden.

Erste Hinweise belegen, dass im Grundwasser des Stadtteils Porz-Grenel Gehalte von 0,1 bis unter 0,3 und damit am Rande der für das Trinkwasser geltenden gesundheitlichen Orientierungswerte liegend lokal zu finden gewesen sind.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: ... Verharmlosung!)

Die Hauptausrichtung der vermuteten PFT-Fahne verläuft im Wesentlichen außerhalb der ausgewiesenen Grundwasserschutzzonen zwischen Westhoven und Zündorf – Randbereiche der Wasserschutzgebiete mit den Einzugsbereichen Wasserwerk Westhoven bzw. Wasserwerk Rösrath-Leidenhausen. Die genaue Lage der Grundwasserfahne wird zurzeit ermittelt. Von Belastungen für das Trinkwasser, die oberhalb von Grenzwerten liegen, gehen wir momentan nicht aus.

Aufgrund der aktuellen Erkenntnisse liegt es nahe, einen Zusammenhang zwischen lokal vorhandenen Feuerlöschteichen und dem Eindringen in das Grundwasser festzustellen. Wir müssen das aufgreifen, weil es von solchen Feuerlöschteichen sehr viele im Lande gibt. Insofern ist das erneut Anlass, dies systematisch zu untersuchen.

Bereits in der dritten Januarwoche hat es Gespräche zwischen der Stadt Köln und Vertretern der Standortverwaltung am Flughafen gegeben, um diesen Sachverhalt auch zukünftig in den Griff zu bekommen.

Sobald weitere Erkenntnisse vorliegen, werden sie sofort bekannt gegeben. Das, was ich jetzt verlesen habe, ist ganz aktuell und wird auch entsprechend presseöffentlich verwandt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am **Ende der Aktuellen Stunde**, und ich schließe Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

2 Unser Land braucht Entwicklung – Anforderungen an die Novelle der Landesplanung

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3901

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Kollegen Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Wir haben heute den 9. Februar. Die

Zeit der Neujahrsempfänge geht langsam zu Ende. Der guten Vorsätze sind genug gefasst. Jetzt müssen Taten folgen.

Zum Beispiel in Bezug auf die Ankündigung im Koalitionsvertrag, aus LEPro und LEP eine zusammengefasste gesetzliche Grundlage für die Landesplanung in Nordrhein-Westfalen zu machen. Auch wenn die zuständigen Kabinettsmitglieder, Frau Kraft und Frau Schwall-Düren, gerade nicht anwesend sind, ist doch wohl genug Power vorhanden, wenn die Zuständigkeit schon in der Staatskanzlei liegt. Daran kann es also nicht mangeln.

Laut Aussage der Fachabteilung im Wirtschaftsausschuss soll auch Anfang dieses Jahres ein Kabinettsbeschluss erfolgen. Aber bis heute gibt es nicht einmal Eckpunkte oder Ähnliches.

Vielleicht werden gerade Claims abgesteckt; denn in den letzten Wochen mehren sich öffentliche Äußerungen zu dem Thema. Die Ministerpräsidentin bekennt sich regelmäßig zum Industriestandort und auch zur Energiewende. Das ist gut und richtig. Aber auch Herr Remmel äußert sich: Er will keine neuen Straßen, keine neuen Baugebiete und keine neuen Gewerbeflächen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nachweisen!)

Das klingt wahrscheinlich nicht nur bei mir wie ein Widerspruch. Unabhängig davon stellt sich ganz objektiv die Frage, wo Industriepolitik stattfindet, wo Industrieansiedlungen, wo Energiewende und wo Gewerbe- und Arbeitsplatzausbau stattfinden sollen. Wenn das, wie Herr Remmel sagt, überall auf alten Flächen stattfinden soll und nicht auf neuen, wird es schwierig.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das sind zwei Paar Schuhe!)

Es reicht nicht zu sagen, die Energiewende wird in Berlin gemacht. Dort wird sie mit einer neuen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, mit einer Verordnung zum Netzausbau, mit Bedarfsplänen und Netzausbauplänen gemacht. Das alles ist zusammen mit einer ständigen Überarbeitung des EEG in Arbeit. Da wird es gemacht. Auch in den Kommunen wird gehandelt. Alle stehen in den Startlöchern für noch mehr und weitere regenerative Energien in Nordrhein-Westfalen.

Aber zwischen Bund und Kommunen, also im Land, kommt bisher nichts. Gibt es vielleicht den Konflikt, der aus den Worten von Frau Kraft und Herrn Remmel herauszulesen ist? Dann klären Sie ihn schnell. Solche Konflikte zu klären ist ureigene Aufgabe von Planungsrecht und Landesplanung. Solche Konflikte gegeneinander abzuwägen ist Aufgabe der Landesplanung. Und das ist jetzt Ihre Aufgabe bei diesem Thema.

Klären Sie, ob es neue Flächen für Gewerbe und Industrie geben darf oder nicht. Wir sagen Ja. Wenn

eine Wieder- und Neunutzung von Brachflächen nicht möglich ist, dann sollen eben auch neue Flächen verwendet werden: sparsam, intelligent und nicht verschwenderisch, wie es vielleicht in früheren Zeiten auch einmal der Fall war. Das sollte keiner leugnen. Aber es sollte grundsätzlich möglich sein.

Ich glaube Ihnen, dass Sie eine Energiewende wollen. Daran habe ich keinen Zweifel. Aber dann müssen Sie auch sagen, wo die Energiewende sichtbar, wo sie möglich werden soll. Der Windkraft-erlass allein reicht dafür nicht. Auch planungsrechtlich müssen die Grundlagen dafür geschaffen werden. Klären Sie, wo an Autobahnen und Bahnstrecken Windkraft erzeugt werden kann. Klären Sie, wo Netzausbau betrieben werden soll. Ohne Netzausbau wird es keine Energiewende geben. Die Landesregierung muss sagen, an welchen Stellen das gehen soll. Man kann nicht überall vor Ort nur sagen, wo es gerade nicht stattfinden darf.

Packen Sie auch das Ausgleichs- und Flächenproblem an. Wir haben in einigen Teilen des Landes eine massive Flächenkonkurrenz. Als Münsterländer bin ich davon in besonderer Weise tangiert. Ich weiß, das ist nicht überall im Land der Fall. Bei uns ist das so. In meinem Kreis gibt es mittlerweile an einer Stelle Jahrespachtpreise von 1.600 € pro Hektar. Das kann niemand richtig finden. Das ist keine gesunde Entwicklung, höchstens für den Verpächter. Für das Allgemeinwohl ist es das sicher nicht. Es kann nicht richtig sein, dass wir auf dem Acker Energieerzeugung betreiben und Futter zukaufen. Das mag energiepolitisch vertretbar sein, Verbraucherschutzpolitisch kann uns das beiden nicht gefallen, Herr Remmel.

In einer solchen Situation muss auch geklärt werden, ob und in welchem Umfang die bisherige Ausgleichsflächenpolitik fortgesetzt werden kann. Wenn Sie dieses Thema anpacken, können Sie nicht nur für den ländlichen Raum große Verdienste erwerben. Klären Sie auch Ihr Verhältnis zur heimischen Braunkohle. Wollen Sie noch, dass im rheinischen Revier im Rahmen der bestehenden Genehmigungen abgebaut wird oder nicht? Wir wollen das und stehen dafür gerne zur Verfügung. Wenn ich die letzte Große Anfrage betrachte, zweifle ich daran – zumindest was einen Teil der Regierung angeht.

Bei den ganzen Fragen geht es um nicht weniger als um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Es geht um die Zukunftsfähigkeit von 18 Millionen Menschen. Das fällt einem nicht in den Schoß. Jeder weiß: Stillstand ist Rückschritt. Wir müssen an dem Thema arbeiten. Sie müssen an dem Thema arbeiten. Sie sind als Regierung gewählt, um all diese Konflikte abzuwägen. Ich würde mich freuen, wenn Sie nicht nur den guten Vorsatz hätten, der im Koalitionsvertrag steht, sondern diesem nun auch Taten folgen lassen würden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU legt einen Antrag vor, in dem die Forderung deutlich werden soll: Jetzt macht doch weiter am neuen LEP. Wann kommt er endlich?

Wenn ich heute auf Krawall gebürstet wäre, Kollege Wüst, würde ich sagen: Das ist ein Blick in die eigene Vergangenheit. Fünf Jahre lang haben Schwarz und Gelb kein Ergebnis abgeliefert. Damals hatten sie in ihren Koalitionsvertrag geschrieben: Wir legen LEPro und LEP zusammen.

Jetzt kommen Sie und sagen: Ihr müsst aber. – Ich kann Sie beruhigen, wir müssen nicht nur, sondern wir werden sogar. Insofern bin ich heute nicht auf Krawall gebürstet, Kollege Wüst. Ich verstehe Ihren Antrag als die höfliche Bitte darum, eingeladen zu werden, um diesen Prozess mitzudiskutieren und zu gestalten. Diese Einladung wollen wir gerne aussprechen, weil das bei einem solch wichtigen Thema notwendig ist.

(Günter Garbrecht [SPD]: Weil wir die Koalition der Einladung sind!)

Es ist deswegen notwendig, weil wir über Problemlagen beim Landesentwicklungsplan sprechen, die nicht für heute und für morgen Regelungen benötigen. Wir reden über einen langen Zeitablauf, in dem es aus meiner Sicht weiterhin stabile rot-grüne Mehrheiten in Nordrhein-Westfalen geben wird. Aber man weiß ja nie. Insofern macht es natürlich Sinn, Dinge möglichst breit zu diskutieren und gemeinsam auf den Weg zu bringen, bei denen man glaubt, in allen Regionen des Landes auch mit den unterschiedlichen politischen Farben eine Grundlage zu haben, um gemeinsam eine regionale Entwicklung zu planen. Insofern lade ich Sie noch einmal herzlich ein, dies mitzudiskutieren.

Viele der richtigerweise zu diskutierenden Punkte haben Sie in Ihrem Antrag aufgeführt. Es gibt wirklich große Herausforderungen. Es gibt den Umbau einer zentralen und CO₂-intensiven Energiewirtschaft auf eine vorwiegend dezentrale, sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung. Es gibt die Herausforderung der Anpassung der Siedlungsstruktur an einen Rückgang der Bevölkerungszahl. Es gibt die Herausforderung des Klimawandels und der Anpassung an den Klimawandel. Und es gibt die Herausforderung der Sicherung von Rohstoffen in unserem Land bei gleichzeitig möglichst sparsamer Flächeninanspruchnahme.

Ich bin sicher: Der Landesplan wird Ziele und Grundsätze zur Abwägung enthalten, die in der Regionalplanung und in der kommunalen Bauleitplanung praxisgerecht zu berücksichtigen sein werden.

Also noch einmal: Ihr Antrag enthält durchaus viele richtige Punkte. Er enthält auch ein paar Spitzen. Das mag nun einmal so sein. Ich habe aber das Gefühl, dass wir darüber miteinander werden reden können.

Am Ende geht es in den weiteren Beratungen in diesem Hause auch nicht darum, Ihren Antrag zu diskutieren, sondern ich bin mir sicher, dass die Landesregierung einen LEP vorlegen wird, über den wir miteinander inhaltlich diskutieren können und werden.

Herr Kollege Wüst, lassen Sie mich noch einen Satz zu Ihnen sagen: Sie haben vorhin das Thema „Flächenproblematik“ angesprochen. Auch wir als Sozialdemokraten engagieren uns für die Ansiedlung von Betrieben in Nordrhein-Westfalen und für die Erweiterungsmöglichkeiten von Betrieben. Wir kämpfen dafür, dass Betriebe, die sich bei uns angesiedelt haben, ihre Flächen entwickeln können.

Unternehmen und deren wirtschaftliche Leistungskraft und Beschäftigung dürfen nicht dadurch gefährdet werden, dass Unternehmen, die Flächen benötigen, diese nicht erhalten. Die Frage stellt sich: Wie können sie Flächen erhalten? – Für die SPD ist klar: Betriebe und Standorte sollen in Nordrhein-Westfalen die Expansionsmöglichkeiten, die Planungs- und Investitionssicherheit vorfinden, die sie benötigen, um wirtschaftlich zu wachsen, Beschäftigung zu sichern und zu schaffen.

Herr Kollege Wüst hat es zwar nicht ganz so ausführlich gesagt, aber zweifelsohne ist die Frage der demografischen Entwicklung nicht die zuerst handlungsleitende Frage sein kann, sondern sich Flächenbedarf natürlich an wirtschaftlichem Erfolg, an der Veränderung von Produktionssystemen etc. orientiert.

Mich wundert, dass sämtliche Antragsteller während dieser Debatte überhaupt kein Interesse daran haben, selbiger zu folgen, und es noch nicht einmal bemerken, wenn man sie darauf anspricht.

(Abgeordnete der CDU führen Zwiesgespräche.)

– Wir können auch noch ein bisschen warten!

(Armin Laschet [CDU]: Wo sind denn die zuständigen Minister? Wo ist die Staatskanzlei?)

Sie wollten eine Einladung haben. Die spreche ich aus, aber Sie hören noch nicht einmal zu, wenn man Sie einlädt. Das macht die Ernsthaftigkeit Ihres Unterfangens deutlich. Trotzdem will ich Ihnen etwas zum Thema „Flächenverbrauch“ sagen:

Der Kollege Wüst hat schon deutlich gemacht, dass man nicht einfach neue Flächen verbrauchen kann, nur weil man das gerne möchte, sondern man muss sich sehr wohl anschauen, welche Alternativen es gibt.

Natürlich muss man sich vergewissern, ob es Brachflächen gibt, die aufbereitet werden können. Gibt es die Möglichkeit des Flächentauschs? All das ist absolut notwendig. Dafür brauchen die Beteiligten eine geeignete Methodik der Bedarfsanalyse. Die Kommunen brauchen ein leistungsfähiges Monitoring, das die Reserveflächen erfasst. Außerdem brauchen die Kommunen die Möglichkeit, ein kommunales Flächenressourcenmanagement dafür nicht nur aufzubauen und vorzuhalten, sondern auch entsprechend umzusetzen.

All das muss klar sein. Vorher müssen der Bedarf und die alternativen Möglichkeiten abgewogen sein. Das bedeutet auch, dass die Umwidmung bisheriger Freiflächen zu GIB-Flächen zwar die Ultima Ratio sein muss, aber auch sein kann, wenn die anderen Prüfungsmechanismen nicht zu dem Ergebnis führen, dass es sinnstiftende Alternativen vor Ort gibt. Sie darf deswegen nicht ausgeschlossen werden. Das gilt gerade dort, wo einzelne Betriebe dringend der Erweiterung bedürfen.

Also noch einmal: Es geht um eine enge Kaskade der Prüfung landschaftsschonender Alternativen. Aber wenn es die nach entsprechend harter Prüfung nicht gibt, muss auch Freiflächenverbrauch möglich sein.

Das sind die Punkte, die ich heute festhalten möchte. Herr Kollege Wüst, Herr Kollege Lienenkämper, Sie sind herzlich eingeladen, mit uns über einen neuen LEP zu reden. Wir werden das Versprechen, das die schwarz-gelbe Landesregierung fünf Jahre lang nicht eingelöst hat, nämlich einen entsprechenden Plan vorzulegen, erfüllen. Wir werden den LEP vorlegen.

Ich freue mich auf eine inhaltliche, vielleicht gar nicht so kontroverse, dafür aber am Wohl des Landes und die weitere Zukunft ausgerichtete Diskussion. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, der Antrag der CDU ist in doppelter Hinsicht eigentlich schon veraltet. Schaut man sich den Antrag an, findet man dort, dass das LEPro Ende dieses Jahres ausläuft. Aber eigentlich ist es schon letztes Jahr ausgelaufen. Anscheinend ist der Antrag im letzten Jahr geschrieben, in diesem Jahr dann doch noch eben eingebracht worden.

Der Antrag ist noch in anderer Hinsicht veraltet, weil für mich die Vorstellungen des Antrags für eine zeitgemäße Landesplanung größtenteils aus dem letz-

ten Jahrhundert stammen. Dafür möchte ich gerne ein paar Beispiele bringen:

Zunächst einmal zur Flächeninanspruchnahme! Die CDU schreibt, dass es um neue Industrie- und Gewerbeflächen geht. Die Unmengen an Brachflächen werden überhaupt nur in einem Nebensatz erwähnt. Demgegenüber sollen dafür aber auf gar keinen Fall landwirtschaftliche Produktionsflächen in Anspruch genommen werden.

Was bedeutet es, wenn Sie beides wollen? – Das bedeutet, dass die Natur hinten herunterfällt, dass Sie Gewerbe- und Industriebpolitik auf Kosten der Umwelt machen wollen. Wenn Sie das wollen, sollten Sie das hier auch sagen. Seien Sie an dieser Stelle bitte ehrlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass man den Flächenverbrauch reduzieren sollte, davon hat die CDU anscheinend noch nicht viel gehört. Dem Antrag merkt man davon jedenfalls nichts an. Die Stichworte der CDU sind „Großprojekte“, „neue Flächen“. Wir stehen aber zur Nachhaltigkeitsstrategie der aktuellen Bundesregierung, die sagt, dass wir in Deutschland bis 2020 die Flächeninanspruchnahme auf 30 ha pro Tag reduzieren müssen. Das bedeutet, dass wir in Nordrhein-Westfalen bis 2020 auf 5 ha pro Tag kommen müssen. Aktuell haben wir pro Tag 15 ha Flächeninanspruchnahme. Gleichzeitig haben wir in Nordrhein-Westfalen große Brachflächen. Das vergisst die CDU anscheinend. Beide Aspekte sind die großen Herausforderungen an den neuen Landesentwicklungsplan. Das ist zeitgemäße Landesplanung, aber nicht Ihre Träumerei von Großprojekten auf der grünen Wiese.

Beim Thema „Energiewende“ wächst die Hoffnung, dass wir ein bisschen näher zusammenkommen. Die Herausforderungen der Energiewende benennen Sie ganz richtig: Ausbau der erneuerbaren Energien und die Akzeptanz der Bürger. Die Akzeptanz der Bürger/innen scheinen Sie dann allerdings immer wieder hinten herunterfallen zu lassen. Wenn es aber um die Herausforderungen bei Speichern, intelligenten Netzen und dem Netzausbau geht, haben Sie alles richtige Ansätze.

Aber die CDU ist dann auf dem bundespolitischen Auge wieder blind. Die Voraussetzungen für intelligente Netze und variable Stromtarife werden auf Bundesebene getroffen. Erdkabelprojekte zur besseren Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern sind sehr, sehr wichtig. Auch das ist eine Bundesgeschichte.

Sicherlich kann man darüber diskutieren, ob Ausgleichsflächen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien gerade beim Repowering von Windenergieanlagen überdacht werden sollten. Aber all das betrifft Regelungen im Bundesrecht. An diesen und vielen anderen Stellen muss ihre Bundesregierung bei der Energiewende nachbessern.

Sie gehen ferner auf den Netzausbau ein. Richtig ist, dass die Landesplanung Voraussetzungen dafür schaffen muss, dass der Netzausbau in ausreichendem Maße erfolgen kann. Aber die Forderung, die Sie in diesem Antrag erheben, nämlich konkrete Trassen zu benennen, die eine Breite von 40 m und einen Trassenkorridor von 500 m haben – das macht im Maßstab des LEP 0,2 mm bzw. 2,5 mm aus –, erscheint mir nicht gerade sinnvoll. Sie erkennen damit, dass bei der Netzplanung nicht nur die räumliche Planung, sondern vor allen Dingen auch die technische Planung wichtig ist, die in den nächsten Jahren massiv forciert werden muss. So konkret, wie Sie das fordern, hört sich das allerdings eher nach Planwirtschaft als nach sinnvoller Planung an.

Zu guter Letzt finde ich es entlarvend, was die CDU als natürliche Lebensgrundlagen der Menschen beschreibt. Sie fangen in Ihrem Antrag ganz richtig an – ich zitiere –:

„Zeitgemäße Landes- und Regionalplanung sichern die Lebensgrundlagen der Menschen ...“

Bei den Forderungen Ihres Antrags lassen Sie dann aber die Katze aus dem Sack und sagen, was für Sie diese Lebensgrundlagen sind, und zwar – ich zitiere –:

„... die Produktion von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen ...“

Es ist nicht die Sicherung des Lebensraums in Zeiten des Klimawandels. Es ist nicht der Schutz des Menschen und der Umwelt vor Gefahren. Natürlich ist die Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen wichtig. Aber wir leben ja nicht nur von Essen. Für ein gutes Leben brauchen wir saubere Luft, eine intakte Umwelt, sauberes Wasser, Erholungsräume, Flora, Fauna und vieles mehr.

Für uns bedeutet zeitgemäße Landesplanung, folgende Herausforderungen anzunehmen: die Sicherung von Wasserschutzgebieten, die Aufnahme von unvermeidlichen Auswirkungen des Klimawandels, wie beispielsweise bei Überschwemmungsgebieten, in den Landesentwicklungsplan, die Zurverfügungstellung von Räumen für den Kampf gegen den Klimawandel im Hinblick auf die erneuerbaren Energien, etwa bei dem Spezialthema Windenergie im Wald, bei Speichermöglichkeiten, aber eben auch, wie gerade gesagt, bei der Verringerung des Flächenverbrauchs. Wir brauchen mehr Raum für diese Dinge.

Zu guter Letzt – Herr Eiskirch hat das eben schon angesprochen –: Sie kritisieren den Zeitplan für unseren Landesentwicklungsplan. Ich möchte Sie deshalb einmal darauf hinweisen, was auf Seite 56 des alten schwarz-gelben Koalitionsvertrags zu lesen war – ich zitiere –:

„Der Dualismus von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan wird aufgehoben.“

Dafür hatten Sie fünf Jahre in der Regierung Zeit, und nichts ist geschehen. Wir haben nach anderthalb Jahren noch keinen Beschluss, und daraus wollen Sie uns einen Strick drehen. Ich sage Ihnen: Lieber ein wenig in Zeitverzug mit einem wirklich zeitgemäßen Landesentwicklungsplan als fünf Jahre vollkommen planlos sein, wie Sie es waren.

Trotzdem freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss und zum Landesentwicklungsplan. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU] meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Jetzt Kollege Laschet zur Geschäftsordnung.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren einen wichtigen Punkt der Landespolitik, nämlich die Landesplanung, und erleben zum wiederholten Male, dass weder die zuständige Ministerin in der Staatskanzlei noch die Ministerpräsidentin Interesse und Lust haben, diese Debatte zu verfolgen. Ich beantrage für die CDU-Fraktion, die Ministerpräsidentin in das Plenum zu rufen,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Sie haben doch die ganze Zeit nur gequatscht! – Weitere lebhaftes Zurufe)

damit sie bei Themen, für die sie die Zuständigkeit übernommen hat, hier anwesend ist.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Thomas Eiskirch [SPD]: Sie quatschen die ganze Zeit! – Minister Ralf Jäger: Keine zehn Leute waren da! Das ist unglaublich! – Weitere lebhaftes Zurufe – Unruhe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Herr Kollege Herter für die SPD-Fraktion.

Marc Herter (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Laschet, Ihr Antrag ist schon ein bisschen befremdlich, wenn man angesichts der Vorbereitung im Ältestenrat – auf andere Vorbereitungen gehe ich jetzt nicht ein – genau weiß, dass die zuständige Fachministerin die nötigen Hinweise gegeben hat. Wenn man sich dann anschaut, wie Herr Eiskirch redet und der zuständige Fachsprecher auf der anderen Seite es für notwendig ...

(Zurufe von der CDU: Zur Geschäftsordnung!)

– Entschuldigung, ich darf doch wohl begründen. –
Ist das nicht zulässig, Frau Präsidentin?

(Zurufe von der CDU – Minister Guntram
Schneider: Redefreiheit! – Fortgesetzt Un-
ruhe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege
Herter spricht zur Geschäftsordnung und wird sich
auch, was Inhalt und Dauer angeht, an den Rah-
men einer Geschäftsordnungsdebatte halten. – Bitte
schön.

Marc Herter (SPD): Ich danke Ihnen, Frau Präsi-
dentin. – Jetzt darf ich vielleicht mein entschei-
den des Argument nennen: Der zuständige Fachspre-
cher der CDU hielt die Debatte hier für so wichtig,
dass er die gesamte Redezeit beider Koalitionsfrak-
tionen darauf verwendet hat, sich angeregt mit sei-
nen Kolleginnen und Kollegen zu unterhalten.

(Minister Ralf Jäger: Den wenigen, die da
waren!)

Meine Damen und Herren von der CDU und Herr
Laschet, der Sie gerade diesen Geschäftsord-
nungsantrag gestellt haben, wenn Sie ein ernsthaf-
tes Interesse an der Debatte hätten, hätten Sie das
deutlich gemacht. Das haben Sie aber nicht. Des-
halb: formale Gegenrede. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Für die Frakti-
on Bündnis 90/Die Grünen Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsi-
dentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf von der CDU: Zeitspiel!)

– Jede Fraktion darf sich zu einem Geschäftsord-
nungsantrag äußern.

Der Kollege Laschet war, soweit ich das mitbe-
kommen habe, vielleicht anderthalb bis zwei Minu-
ten während der Debatte anwesend. Die Kollegin-
nen und Kollegen von der CDU-Fraktion, die diesen
Antrag gestellt haben, hielten es, obwohl sie körper-
lich anwesend waren, nicht für nötig, der Debatte zu
folgen. Herr Eiskirch hat mehrfach Kollegen von
Ihnen angesprochen. Sie haben es nicht einmal für
nötig gehalten, in dieser Debatte zuzuhören. Wenn
wir das weiterspielen wollen, Herr Kollege Laschet:
Die Anwesenheit der CDU-Fraktion am gestrigen
Nachmittag

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

war auch entsprechend. Wenn Sie jetzt diesen An-
trag stellen, haben Sie nur einen einzigen Grund:
Sie haben inhaltlich nichts auf der Pfanne. Sie wol-
len ein Stück Klamauk ins Parlament hineinbringen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn Sie ernsthaft die Auseinandersetzung hätten
suchen wollen, dann hätten wir das sehr wohl ma-
chen können.

Deswegen werden wir diesen Geschäftsordnungs-
antrag als grüne Fraktion auch ablehnen müssen.
Ich kann Sie nur auffordern, wieder zum geordneten
Parlamentsbetrieb zurückzukommen, vielleicht für
ein bisschen mehr Disziplin in den eigenen Reihen
zu sorgen und hier nicht zu suggerieren, als wenn
die Landesregierung nicht ernsthaft an dem Thema
arbeiten würde. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. –
Weiterhin hat sich für die Fraktion Die Linke Frau
Beuermann zur Geschäftsordnung gemeldet.

Bärbel Beuermann (LINKE): Liebe Kolleginnen
und Kollegen! Lieber Herr Laschet, ich bin schon
sehr erstaunt, wie eine inhaltliche Debatte durch ei-
nen GO-Antrag hier instrumentalisiert werden soll.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und
von den GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, dass es nicht an der fachlichen
Qualität der Inhalte liegt, dass diese Debatte jetzt
hier durch einen GO-Antrag in die Länge gezogen
werden soll. Für die linke Fraktion erkläre ich, dass
wir Ihrem GO-Antrag nicht folgen werden.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und
von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU:
Oh!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank,
Frau Kollegin Beuermann. – Weitere Redebeiträge
im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte liegen
mir nicht vor, sodass wir gemäß § 61 der Ge-
schäftsordnung – Anwesenheit der Mitglieder der
Landesregierung – gleich zu einer Abstimmung
kommen. Ich lese Ihnen gerne § 61 – Anwesenheit
der Mitglieder der Landesregierung – vor. Absatz 1
lautet:

„Der Landtag und seine Ausschüsse können die
Anwesenheit jedes Mitgliedes der Landesregie-
rung verlangen.“

Das ist eben erfolgt. Absatz 2 lautet:

„Jedes Mitglied des Landtages kann die Anwe-
senheit von Mitgliedern der Landesregierung an
den Beratungen des Landtages beantragen.“

– Das ist gegeben. –

„Vor der Abstimmung über diesen Antrag“

– die wir gleich durchführen –

„ist die Beratung nur zur eröffnen, wenn eine Fraktion oder ein Viertel der Mitglieder des Landtages es verlangen.“

Im Rahmen der Meldungen zur Geschäftsordnungsdebatte ist das verlangt worden. Die Debatte hat stattgefunden.

Ich würde gerne noch einmal konkretisieren, dass Herr Laschet beantragt hat, die Ministerpräsidentin und Frau Ministerin Schwall-Düren zu zitieren.

Den Fraktionen liegt seit geraumer Zeit die Entschuldigungsliste für den heutigen Tag vor.

(Zurufe von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Herr Laschet, haben Sie geschlafen? Lebhaftes Zurufe)

Danach ist den Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern bekannt, dass Frau Ministerin Schwall-Düren heute ganztägig Termine in Berlin als Bevollmächtigte beim Bund ...

(Anhaltend Zurufe)

– Ich würde gerne weiter ausführen. – Den Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern und damit den Fraktionen ist seit geraumer Zeit bekannt, dass Frau Ministerin Angelica Schwall-Düren heute ganztägig Termine in Berlin in ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigte beim Bund wahrnimmt und dass sie durch Herrn Minister Schneider vertreten wird.

Aus der Redeliste, die ebenfalls den Fraktionen zur Verfügung steht und die – für die Kolleginnen und Kollegen, die das im Laufe dieser Legislaturperiode noch nicht bemerkt haben sollten – auch hinter mir immer ausliegt, wird deutlich, dass Herr Minister Jäger für die Landesregierung reden wird.

Darüber hinaus kann ich Ihnen der Vollständigkeit halber, weil wir gleich die inhaltliche Debatte fortsetzen werden, mitteilen, dass sich Herr Minister Rammel ebenfalls gemeldet hat. – Herr Kollege.

(Anhaltend Unruhe)

– Jetzt hat Herr Kollege Laschet das Wort.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in meinem Wortbeitrag deutlich gemacht: Die Zuständigkeit für die Landesplanung haben Sie entgegen allem Sachverstand herausgeholt aus der bisherigen Zuständigkeit beim Wirtschaftsminister hinein in die Staatskanzlei gegeben.

Weder die Ministerpräsidentin noch die Ministerin aus der Staatskanzlei, die dafür in Vertretung der Ministerpräsidentin zuständig wäre, waren heute hier. Deshalb haben wir beantragt, dass bei diesem wichtigen Thema

(Unruhe und Zurufe von der SPD)

– keine Aufregung! – die Frau Ministerpräsidentin oder die zuständige Ministerin hier ...

(Thomas Eiskirch [SPD]: Sie haben Ihre Fraktion nicht im Griff! – Weitere Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

– Ich weiß nicht, warum Sie das unruhig macht. Vielleicht ärgert Sie auch, dass die Landesplanung nicht mehr richtig wahrgenommen wird. Jedenfalls ist das kein Grund zur Aufregung.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Wenn man das mit seinem ...

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es erleichtert allen die weitere Fortführung dieser Sitzung, wenn Sie den Kollegen Laschet ausreden lassen. Ich habe eben § 61 zitiert. Darin steht das Wort „Beratung“. Wir sind in der Beratung vor der Abstimmung. Das heißt nicht, dass wir ausschließlich in einer Geschäftsordnungsdebatte sind. Deshalb hat Herr Laschet jetzt das Wort.

Armin Laschet (CDU): Wenn man im Organisationserlass das Thema an sich zieht – es gibt ja nicht allzu viele Themen, die man direkt an sich zieht –, dann, finde ich, sollte man auch anwesend sein.

(Beifall von der CDU)

Die Frau Ministerpräsidentin ist jetzt anwesend, sodass sich unser Begehren erledigt hat.

(Heiterkeit – Zurufe von der SPD: Helau! – Demonstrativer Beifall von der SPD – Zuruf von Marc Herter [SPD])

– Nein, lieber Kollege Herter!

(Zuruf von der SPD: Tää! Tää! – Fortgesetzt Unruhe)

– Nein, wir freuen uns, dass die Frau, die die Landesplanung so ernst nimmt, jetzt auch im Saal ist. Es ist doch schon einmal ein Erfolg für eine Opposition, dass die, die das will, auch da ist.

(Beifall von der CDU)

Eine letzte Bemerkung, lieber Herr Kollege Herter: Dieses Schauspiel

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Schauspiel? – Zuruf von Marc Herter [SPD] – Anhaltend Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

– wenn Sie mich kurz anhören –, dass die Frau Ministerin Schwall-Düren aufgrund einer aus unserer Sicht falschen Organisationsordnung bei fast keiner Plenarsitzung hier anwesend ist, weil sie in ihrer Zuständigkeit als Bevollmächtigte beim Bund

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo ist die CDU, wenn es um Abstimmungen geht?)

mittwochs und donnerstags prinzipiell bei wichtigen Bundesratssitzungen in Berlin sein will – deshalb ist sie selten im Ausschuss, selten im Plenum –, werden wir nicht akzeptieren. Das wurde in der alten Landesregierung klüger gemacht. Und wir erwarten, dass der zuständige Minister anwesend ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Kollege Laschet. Ich vermute, dass sich Ihr Redebeitrag noch im Spannungsfeld des § 61 Abs. 2 befunden hat, glaube aber, dass die letzten Sätze doch geeignet sind, im Ältestenrat aufgearbeitet und vertieft zu werden, zumal das Parlament sicherlich nicht unmittelbar in den Zuständigkeitsbereich und die Organisationshoheit der Landesregierung eingreifen darf und kann.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nichtsdestotrotz will ich noch mal betonen: In § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung geht es um eine Beratung, nicht nur um eine Geschäftsordnungsdebatte, sondern um eine Beratung über den in Rede stehenden Gegenstand des Geschäftsordnungsantrages. – Deshalb hat Frau Kollegin Beer jetzt das Wort und danach die Frau Ministerpräsidentin.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten das hier mit der notwendigen Ruhe und Gelassenheit miteinander besprechen und dann entscheiden. Ich halte den vorgebrachten Geschäftsordnungsantrag in der Sache für erledigt und auch sonst für nicht zielführend.

Erstens. Herr Kollege Laschet, Sie sind nicht mehr in der Landesregierung, deswegen obliegt Ihnen nicht die Geschäftsverteilung.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zweitens. Ich darf daran erinnern, dass der frühere Ministerpräsident Rüttgers die Zuständigkeit für Kultur in die Staatskanzlei verlegt hat und dazu hier niemals persönlich Stellung genommen hat, es sei denn im Rahmen von Regierungserklärungen oder Ähnlichem.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Drittens geht es um die Absprachen im Parlament. Wir haben die gute Sitte – darüber hatten wir bisher keinen Zwist –, dass zunächst in der Runde der Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer die Abwesenheit angekündigt wird, dass das der erste Raum ist, darüber zu reden, falls eine Fraktion dazu Bedarf an Beratung mit Vertretern der Landesregierung hat. Darüber hinaus hat

dies aber auch im Ältestenrat vorgelegen und wurde dort bestätigt. Sie wussten also über eine geraume Zeit, wie die Lage heute sein würde.

Hier jetzt diesen Geschäftsordnungsantrag zu stellen ist eine reine Klamaukangelegenheit und nicht zielführend für die Arbeit miteinander.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Ich bitte um konsequente Ablehnung, damit wir zur sachlichen Debatte zurückkehren und das Thema weiter vorantreiben können.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Beer. – Frau Ministerpräsidentin.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Laschet, zuständig für die Landesplanung ist die Ministerpräsidentin. Die Ministerpräsidentin ist heute hier im Haus. Sie war auch vorhin hier, Sie konnten mich gesehen haben, ich war auch eben hier im Plenarsaal. Es ist nicht unüblich, dass wir alle am Rande des Plenums Gespräche führen. Ich habe mich länger in einem Gespräch befunden und bin deshalb nicht rechtzeitig zum Beginn der Debatte zurückgekehrt, aber ich bin durchaus in der Lage, einer solchen Debatte auch von meinem Büro und von anderen Räumlichkeiten des Landtags aus zu folgen. Insofern finde ich diesen Geschäftsordnungsantrag – mit Verlaub – nicht ganz der Realität entsprechend.

Wenn ich jetzt gar nicht hier gewesen wäre, dann könnten Sie sicherlich darum bitten, dass nicht auch die Kollegin Schwall-Düren nicht da wäre. Aber bisher haben Sie noch keine Plenardebatte erlebt, bei der die Ministerpräsidentin nicht anwesend war. – Danke.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin.

Herr Laschet, ich gehe davon aus, dass Sie Ihren Antrag zurückgezogen haben. Sie haben Ihr Ziel erreicht.

(Armin Laschet [CDU] nickt.)

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir jetzt keine Abstimmung durchzuführen, obgleich wir eine Debatte nach § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung geführt haben, und können mit der ganz normalen Antragsdebatte fortfahren.

(Unruhe)

Ich möchte all diejenigen bitten, die den Saal jetzt verlassen – das betrifft alle Fraktionen –, das nicht ganz so laut zu tun.

Nun hat Herr Ellerbrock, den ich schon vor geraumer Zeit aufrufen wollte, für die Fraktion der FDP das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, Sie sind jetzt hier. Daher muss ich meinen Stichwortzettel umdrehen und natürlich die Gelegenheit ergreifen, gerade auf Sie einzugehen. Sonst hätte ich eine rein sachliche Rede gehalten, nun machen wir das ein bisschen politischer.

Meine Damen und Herren, den CDU-Antrag sehe ich grundsätzlich positiv, weil er sich mit den Leitlinien der Raumordnung und Landesplanung beschäftigt. Ich glaube, uns allen ist nicht immer bewusst, was Raumordnung und Landesplanung ist: Sie ist überörtlich, sie ist fachübergreifend, sie ist zusammenfassend. Erwünschte Entwicklungen sind zu fördern, unerwünschte sind möglichst auszuschließen. In diesem Zusammenhang müssen unterschiedliche Interessen gegeneinander abgewogen werden, und es muss entschieden werden. Deswegen kann ich mit der Organisationsentscheidung dieser Landesregierung gut leben. Sie sagt: Die Landesplanung gehört in die Steuerungszentrale der Landespolitik, in die Staatskanzlei.

(Beifall von Thomas Eiskirch [SPD])

Das kann man auch anders machen. Das kommt auf das Engagement an. Aber ich kann sehr gut damit leben, dass die Staatskanzlei die oberste Landesplanungsbehörde ist.

Meine Damen und Herren, weil die jetzige Landesregierung nach knapp zwei Jahren noch immer keinen Entwurf vorgelegt hat, muss ich folgende Überlegung anstellen: Entweder hat man in der letzten Legislaturperiode den Mund zu voll genommen – als man gesagt hat: Ihr müsst alles sofort vorstellen – und dann in der Regierung gemerkt, wie schwierig die Abstimmungsfragen sind, oder aber das Spannungspotenzial innerhalb der jetzigen Minderheitsregierung wird deutlich, weil auch diese Abstimmungsschwierigkeiten nicht so ganz gering sind.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft runzelt die Stirn.)

– Sie runzeln die Stirn. – Wir kommen aber gleich zu einer, wie ich meine, überzeugenden Beweisführung. Ich muss mich also entscheiden: Entweder man hat den Mund zu voll genommen, oder die Spannungen werden deutlich.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Klimaschutzgesetz. Deswegen ist ja auch der Kollege Rimmel hier und hat sich, wenn ich das richtig gesehen habe, schon zu Wort gemeldet. Er will hier heute also etwas dazu sagen. Man kann gegen den Kollegen Rimmel sachlich viel sagen. Aber ist einer der wenigen, der Landesplanung zu instrumentalisieren und für seine ideologischen Zwecke sehr effizient einzusetzen weiß. Das muss man ganz deutlich sagen.

Das Klimaschutzgesetz von Grün zielt darauf ab, das System der Landesplanung, unterschiedliche Interessen gegeneinander abzuwägen, auszuhebeln und von der bundeseinheitlichen Regelung abzulenken. Rimmel will mit seinem Klimaschutzgesetz eindeutig eine Dominante einführen, damit die Landesplanung letztendlich nachrangig ist und keine gleichgewichtige Abwägung mehr erfolgt.

(Minister Johannes Rimmel gestikuliert.)

– Kollege, Sie halten die Arme vor. Ich weiß Ihre schauspielerischen Kenntnisse zu würdigen. Auch das bringen Sie hin. Sie wissen genau, was Sie tun. Das wird schon klar werden.

Meine Damen und Herren, Kollege Rimmel will hier als praktizierender Missionar deutlich machen, dass er die Landesentwicklung steuert und dass nicht ein im Sinne der Nachhaltigkeit – ökologische, ökonomische und soziale Aspekte – gleichgewichtiges System aufgebaut wird.

Merkt diese Regierung nicht, dass die einseitige Ausrichtung – CO₂ einsparen, koste es, was es wolle – immer mehr auf Nachdenklichkeit stößt? Merkt diese Regierung nicht, dass dies für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen problematisch ist? Merken wir nicht, dass andere Länder von Kyoto Abstand nehmen, zuletzt Kanada? Merken wir nicht, dass inzwischen auch die ehemalige Leit- und Kultfigur Vahrenholt die einseitige Ausrichtung auf die CO₂-Minimierung inzwischen selbst infrage stellt? Meine Damen und Herren, merken wir alle nicht, dass die Alarmisten und Missionare unter denjenigen, die hier täglich die Apokalypse beschwören, letztendlich ihre wissenschaftliche Grundlage verlieren?

Frau Kraft, wir beide waren letzte Woche in Duisburg bei der Verleihung des Preises für Soziale Marktwirtschaft durch die Fasel Stiftung. Sie haben da eine sehr wertschätzende Laudatio gehalten auf Herrn Dr. Engel, Vorstandssprecher von Evonik, und auf Herrn Thomas Schlenz, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von ThyssenKrupp und, ich glaube, Mitglied im SPD-Bundesvorstand.

(Zuruf: Nicht mehr!)

– Nicht mehr? Na gut, dann war er es eben. – In der Dankesrede wurde deutlich, dass Thomas Schlenz die Sorge um Arbeitsplätze umtreibt.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Zum Thema reden!)

Sie wissen, Arbeit ist für mich mehr als Geld verdienen. Arbeit heißt Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, hat etwas mit Selbstwertgefühl, mit Eigenverantwortung und auch mit Selbstbestimmung zu tun. Nur derjenige, der mit seiner Hände Arbeit – möglichst ohne staatliche Alimentation – Geld verdient und wirtschaftlich frei ist, ist letztendlich auch gedanklich frei. Deswegen engagieren wir uns so für Arbeitsplätze.

Das war auch bei Thomas Schlenz deutlich geworden. In seiner Dankesrede hat er gesagt: Der Verkauf der Edelstahlsparte Nirosta in Krefeld muss Gründe haben. – Und die Gründe hat er selbst benannt: dass wir hier in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähige, selbstverschuldet hohe Energiepreise haben.

Wenn wir – und da ist die Verknüpfung mit dem Klimaschutzgesetz gegeben – in Europa ein Emissionshandelsgesetz haben, das zeitlich begrenzt und degressiv gestaltet ist, dann ist es doch ein Wahnsinn, in Nordrhein-Westfalen einen Sonderweg zu beschreiten und zu sagen: Jawohl, wir wollen hier in Nordrhein-Westfalen – koste es, was es wolle – CO₂ einsparen. – Denn das wird dann andernorts in Europa billig aufgesattelt. Durch dieses Klimaschutzgesetz sparen wir in Europa nicht eine einzige Tonne CO₂ ein, nicht eine einzige Tonne.

(Beifall von der FDP)

Wir befriedigen Ideologien – aber zulasten unserer Arbeitsplätze und unserer Wettbewerbsfähigkeit.

(Beifall von der FDP – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wir reden doch über Landesplanung!)

– Ja, wir reden über Landesplanung. Das ist Landesplanung. Mit diesem Klimaschutzgesetz will der Kollege Rimmel nämlich einen dominierenden Faktor einführen: dass wir zuerst dieses Gesetz haben, damit Eckpfeiler setzen und die Vorstellungen zur Landesplanung auf seine Zielrichtung hin konkretisieren. Und das kann nicht richtig sein.

Sie haben bei der Dankesrede von Herrn Schlenz meiner Ansicht nach zu Recht geklatscht. Aber das muss doch auch Konsequenzen haben. Sie können doch nicht vor Gewerkschaftlern und Unternehmern in Essen eine vernünftige Rede beklatschen, rechts blinken und tatsächlich links nach Grün abbiegen, dem Kollegen Rimmel mit seinem Klimaschutzgesetz freien Lauf lassen und Ihre eigene Zuständigkeit unterminieren lassen.

Liebe Freunde, das lassen wir Ihnen so nicht durchgehen. Das ist eine politische Aussage.

Deshalb: Leute, gebietet graswurzelsuchenden ideologischen Missionaren wie dem Kollegen Rimmel,

(Lachen von Minister Johannes Rimmel)

der dieses Instrument zu nutzen weiß – das ist ja ein hohes Lob – Einhalt! Lassen Sie uns eine vernünftige Landesplanung machen,

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

die ökologischen und ökonomischen Interessen gleichgewichtig Platz gibt

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Auf die Landesplanung bin ich gespannt!)

und nicht diesen grün-ideologischen Vorstellungen.

Ich fand es schön, dass ich Ihnen das direkt sagen konnte, Frau Ministerpräsidentin. Ich hätte es sonst ein bisschen anders gesagt. Aber schön, dass Sie da waren.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Herr Aggelidis. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Novellierung des Landesplanungsrechts für Nordrhein-Westfalen steht an. Es ist durchaus angebracht, SPD und Grüne an ihre Ankündigung zu erinnern und darauf hinzuweisen, dass die Zuordnung der Zuständigkeit für dieses Vorhaben zur Staatskanzlei zeigt, wie viel Gewicht die Regierung Hannelore Kraft dieser Novelle beimisst.

Ebenso in Ordnung finde ich, dass die Oppositionsparteien ihre Vorstellungen einbringen, diese Novelle zu gestalten. Aber da unterscheiden sich die Vorstellungen der Linken natürlich ganz erheblich von denen der CDU, Werte Kolleginnen und Kollegen.

Ein besonderes sinnfälliges Beispiel dafür finden Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Beschlusstext des CDU-Antrags unter Punkt 8, in dem die Landesregierung aufgefördert wird, die Novelle so zu gestalten – ich zitiere das mit Erlaubnis des Präsidenten –, dass der „Abbau der Braunkohle, als einziger wettbewerbsfähiger heimischer Energieträger, im Rahmen der bestehenden Genehmigungen im jetzigen Umfang möglich bleibt“.

Daran, meine Damen und Herren, sehen wir wieder die ganze Doppelbödigkeit dieses CDU-Antrags: Vorher wird in epischer Breite auf die erneuerbaren Energien und die dafür notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen Bezug genommen, dann wird die Katze aus dem Sack gelassen.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, was wollen Sie denn nun? Wollen Sie die erneuerbaren Energien, wollen Sie die Energiewende? Oder wollen Sie das Festhalten an einer überkommenen

Energiepolitik, die unser Klima weiter in die Katastrophe treibt? Das ist die entscheidende Frage, die Sie werden beantworten müssen.

(Beifall von Bärbel Beuermann [LINKE])

Wir Linken sehen das ganz anders. Wir sind strikt gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke und ganz besonders gegen den Bau neuer Braunkohlekraftwerke. Wir wollen nicht, dass der Braunkohletagebau und die Kohleverstromung auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden.

Wir Linken fordern den raschen Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien und das radikale Einsparen von Energie. Da geht es nicht, wie die Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der Kollege Ellerbrock es eben dargestellt haben, um die Wettbewerbsfähigkeit, sondern ausschließlich um die ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit unserer Energieproduktion und auch unserer Lebensweise.

(Beifall von der LINKEN)

Es geht nicht darum, ob wir andere niederkonkurrieren können, sondern darum, ob wir es schaffen, in Solidarität und ökologischer Verantwortlichkeit die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern. Und da haben – mit Verlaub – CO₂-Drecksschleudern keinen Platz.

(Beifall von Bärbel Beuermann [LINKE])

Die fossile Energieerzeugung muss überwunden werden, und das so schnell wie möglich.

Unter Punkt 4 im Beschlussteil ihres Antrags fordert die CDU, den Netzausbau auf Landesebene sicherzustellen. – Wunderbar! Sehr schön! Nur, mit welchen Instrumenten wollen Sie das sichergestellt haben, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU?

Als wir Linken noch vor Kurzem an dieser Stelle gesagt haben, dass die – inzwischen damalige – RWE-Netztochter Amprion in Landeseigentum gehöre, waren Sie dagegen. Da hätten Sie ein Instrument der öffentlichen Hand für den Netzausbau in die Hand bekommen können. Aber Sie und leider auch die Fraktionen von SPD und Grünen haben billigend in Kauf genommen, dass ein privater Investor Amprion kauft – ein Investor, dem es naturgemäß nicht um die Zukunftsfähigkeit, sondern ausschließlich um den Profit geht.

Auch E.ON wird nicht vergesellschaftet. Damit nimmt man Exportorientierung und Arbeitsplatzabbau in Kauf. So kann eine lebenswerte Zukunft nicht gestaltet werden.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben andere Kriterien als Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Das Problem ist nicht, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen zu wenig Industrie- und Gewerbeflächen haben. Vielmehr stellt sich die Frage, welche Art von Industrie, welche Art von Gewerbe zur Zukunftsfähigkeit beitra-

gen. Darüber muss politisch entschieden werden und nicht kommerziell. Dafür muss die öffentliche Hand, dafür muss das Land eine aktive und lenkende Rolle spielen.

(Beifall von Bärbel Beuermann [LINKE])

Ein ganz wichtiges Ziel ist die Gleichheit der Lebensverhältnisse. Wir müssen der Tendenz entgegenwirken, dass die Unterschiede in der Lebensqualität zunehmen und nicht abnehmen.

(Beifall von Bärbel Beuermann [LINKE])

Ich möchte auch anmerken, dass nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland dieses Verfassungsziel mit Blick auf die Abwicklung der DDR-Industrie und deren absehbare Folgen absichtlich und erheblich abgeschwächt wurde. Deshalb ist im Grundgesetz heute nur noch von gleichwertigen und nicht mehr von einheitlichen Lebensverhältnissen die Rede. Das ist juristisch ein großer Unterschied.

Wir brauchen eine Zukunftsplanung, die auf die Verkürzung der täglich aufgezwungenen Wege abzielt. In dieser Hinsicht müsste unser Planungsrecht novelliert werden. Das erfordert einen radikalen Umbau unserer Industriegesellschaft. Leben, Arbeiten, Versorgung, Freizeit und Kultur müssen allen Menschen zugänglich sein. Sie dürfen nicht gezwungen sein, jeden Tag Dutzende oder sogar Hunderte von Kilometern zurückzulegen – am schlimmsten noch mit dem Pkw. Nur das ist ökologisch und sozial zukunftsfähig. Und das erfordert ein umfangreiches Zukunftsinvestitionsprogramm.

(Beifall von der LINKEN)

Aber davon sind Sie alle, meine Damen und Herren von CDU und FDP, von SPD und Grünen, leider meilenweit entfernt. Sie stecken das Geld der Steuermehreinnahmen lieber in die Haushaltskonsolidierung. Ich finde das fatal. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme gerne den Antrag der CDU-Fraktion zum Anlass, den Landtag über den aktuellen Sachstand der Novellierung des Landesplanungsrechts zu informieren. Dies, Herr Ellerbrock, umfasst zum einen den Landesentwicklungsplan und zum anderen das Landesplanungsgesetz und seine Durchführungsverordnung. Wir haben den Mund da nicht zu voll genommen, sondern handeln nach der Leitlinie, aus Betroffenen Beteiligte zu machen

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

und eine möglichst breit angelegte, dialogorientierte Vorgehensweise an den Tag zu legen, um letztendlich einen rechtssicheren Landesentwicklungsplan zu haben. Darauf werde ich gleich noch im Detail eingehen, Herr Ellerbrock.

Mir ist wichtig, dass wir uns das Verfahren noch einmal vor Augen führen. Der Landesentwicklungsplan – kurz: LEP – befindet sich zurzeit in der Schlussphase der Ressortabstimmung. Diejenigen Abgeordneten, die gleichzeitig auch Verantwortung in Regionalräten oder beim RVR tragen, wissen, dass zurzeit ein intensiver Austausch zwischen der Landesplanungsbehörde und der Regionalplanung besteht.

Zum wichtigen Thema „Einzelhandel“ hatte der Chef der Staatskanzlei auch die hier im Landtag vertretenen Fraktionen für den 23. November 2011 ins Stadttor eingeladen, um über den erreichten Stand und die Anforderungen an Einzelhandelsziele mit Experten aus der Wissenschaft – und das ist mir wichtig –, aus den Kommunen und aus den IHKs zu diskutieren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Nein, ich würde gerne im Zusammenhang vortragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ein vorrangiges Ziel ist es, mit dem neuen LEP insbesondere eine stabile und tragfähige Grundlage für die Regionalplanung überall im Land zu schaffen. Die praktische Umsetzung durch die Regionalplanung ist unverzichtbar für den Erfolg eines LEP.

Deshalb hat der Chef der Staatskanzlei dieses Thema sehr frühzeitig mit den Vorsitzenden der Regionalräte diskutiert. Eine weitere Runde unter Beteiligung der Regierungspräsidenten und der Regionalratsfraktionen ist zeitnah vorgesehen.

Die Arbeiten der Landesregierung stehen kurz vor dem Abschluss, Herr Ellerbrock. Ein Kabinettsbeschluss wird im ersten Quartal dieses Jahres angestrebt. Daran schließt sich – das wissen Sie – ein sehr aufwendiges Beteiligungsverfahren an. Der Landtag wird selbstverständlich auch zeitnah über den Kabinettsbeschluss, wenn er getroffen ist, informiert. In diesem Verfahren ist die formelle Befassung des Landtages im Anschluss an das Beteiligungsverfahren, wie es bei allen Landesentwicklungsplänen üblich ist, selbstverständlich vorgesehen.

Zum Verfahren ist also festzustellen, dass der neue LEP im Dialog – ich hatte darauf hingewiesen – mit den wichtigsten Akteuren entwickelt wurde.

Der Verfahrensstand ist bereits jetzt deutlich weiter, als er zum Ende der letzten Legislaturperiode gewesen ist, meine Damen und Herren.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wir sind auch zwei Jahre später!)

Nun würde ich gerne einige Hinweise zu den inhaltlichen Schwerpunkten geben. Hinsichtlich des derzeit gültigen Landesentwicklungsplans – die letzte Fassung wurde 1995 veröffentlicht – strebt die Landesregierung eine grundlegende Novellierung an. Um in NRW ein einheitliches und vor allem zukunftsfestes Planungsrecht zu schaffen, ist vorgesehen, die Festlegungen des bisherigen Landesentwicklungsprogramms und des bisherigen Landesentwicklungsplans zu einem Planwerk zusammenzuführen und sie durch ein einheitliches Planwerk zu ersetzen.

Dieser neue Landesentwicklungsplan wird zukünftig Ziele und Grundsätze der Raumordnung enthalten, die den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes selbstverständlich genügen werden. Nur so schaffen wir die angestrebte größtmögliche Rechtssicherheit vor allem für Kommunen, aber selbstverständlich auch für Investoren.

Der Antrag der CDU enthält eine Vielzahl zutreffender Hinweise, die im Landesentwicklungsplan aufgegriffen werden. Auch in diesem Antrag ist zu erkennen, dass es bei vielen Punkten eine große Übereinstimmung mit den planerischen Notwendigkeiten in Nordrhein-Westfalen gibt.

Als überörtlicher und fachübergreifender Plan für die räumliche Entwicklung des gesamten Landesgebietes wird der Landesentwicklungsplan übergreifende Ziele und Grundsätze enthalten. Dies betrifft unter anderem die Raumstruktur und die Kulturlandschaftsentwicklung, den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel sowie die Kooperation und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit über Nordrhein-Westfalen hinaus.

Der neue Landesentwicklungsplan wird darüber hinaus Festlegungen zu den wichtigsten Sachbereichen der Raumordnung enthalten. Dies betrifft die Siedlungsentwicklung – das ist für die weitere Entwicklung der Kommunen natürlich ein ganz zentraler Aspekt –, die Freiraumsicherung, den Verkehr und die technische Infrastruktur, die Rohstoffversorgung und die Energieversorgung.

Die Festlegungen des Landesentwicklungsplans zum Siedlungsraum, die auf eine bedarfsgerechte, aber flächensparende Entwicklung abzielen, werden unter anderem die dringend benötigten Regelungen zum großflächigen Einzelhandel enthalten.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: In der Tat!)

– Das muss darin enthalten sein.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ja!)

Wir wollen ganz besonders bei diesem Thema eine rechtssichere Regelung erreichen, die unsere Innenstädte in ihrer zentralen Versorgungsfunktion stärkt und nicht schwächt, meine Damen und Herren.

Wir wollen erreichen, dass die weitere Entwicklung von Wohnsiedlungen und Gewerbegebieten möglichst nicht mehr im Freiraum erfolgt. Dabei sehen wir eine klare Zielhierarchie vor: Vorrang der Nutzung von Brachflächen, Flächentausch vor Neuausweisung, Rückführung nicht mehr benötigter Reserveflächen zur Siedlungsentwicklung in den Freiraum.

Dies dient gerade unter der Bedingung des demografischen Wandels einer langfristigen Stärkung der Kommunen und kann einen Beitrag dazu liefern, die Kosten der Infrastrukturerhaltung in den Kommunen zu begrenzen. Gleichzeitig dient es dazu, die Inanspruchnahme von wertvollem Freiraum in Nordrhein-Westfalen zu begrenzen.

Ich danke ganz besonders für die Aufmerksamkeit der inzwischen noch knapp zehn CDU-Abgeordneten hier im Plenarsaal. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ministerpräsidentin, es liegt natürlich in Ihrer Organisationshoheit, wie Sie die Arbeit Ihrer Landesregierung organisieren. Genauso ist es aber Aufgabe der Opposition, Sie darauf hinzuweisen, dass es möglich sein muss, im parlamentarischen Rahmen mit der zuständigen Fachministerin zu diskutieren. Und dazu bedarf es ihrer Anwesenheit. Wenn die Struktur so ist, dass dies oftmals nicht der Fall sein kann, weil sie im Rahmen ihrer Aufgabe vorrangig in Berlin tätig sein will, müssen wir das als Opposition ansprechen. Sonst hätten wir unsere Rolle in diesem Hause auch deutlich verfehlt, meine Damen und Herren.

(Beifall von Jens Kamieth [CDU])

Herr Ellerbrock hat hier eingangs seiner Rede auf den Sachverhalt hingewiesen, dass insbesondere Minister Remmel in der Lage ist, die Landesplanung zu instrumentalisieren, sie für seine Zwecke zu nutzen. Dies will ich ausdrücklich bestätigen. Der Entwurf des Klimaschutzgesetzes macht deutlich, dass die letzte Instanz der Landesplanung zukünftig der Umweltminister sein wird. Vielleicht ist das auch die Erklärung dafür, dass heute Minister Jäger zu die-

sem Sachverhalt spricht und eben nicht Sie, Frau Ministerpräsidentin, weil Sie die Schwäche ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ich bin erkältet! Glauben Sie es mir!)

– Ja. Ich nehme Ihre lädierte Stimme zur Kenntnis. Nichtsdestotrotz dürfen Sie mir nicht übel nehmen, dass ich hier einen solchen Rückschluss ziehe.

(Minister Ralf Jäger: Das tun wir eindeutig!)

– Das können Sie tun, Herr Minister. Aber Sie können mir meine Einschätzung an dieser Stelle nicht verwehren.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Gab es denn Protest, wenn Herr Rüttgers nicht zur Kultur gesprochen hat?)

Wir wollen an dieser Stelle einmal über den Flächenverbrauch reden. Er wurde hier mehrfach angesprochen, auch von Frau Brems. Sie sagte, die Union habe da nicht genug Hinweise, nicht genug Ansätze. Ich sage: Aus dem vorliegenden Antrag geht klar hervor, dass wir ein ganz deutliches Zeichen in der Landesplanung setzen wollen. Unser Antrag soll ein Beitrag dazu sein, diesen Punkt ernster zu nehmen.

Wer den Flächenverbrauch im Außenbereich verringern will, der muss allerdings den Mut haben, über die Landesbauordnung und den Abstandserlass des Landes Nordrhein-Westfalen zu reden.

Es muss dann nämlich möglich sein, auch wieder auf Altflächen Gewerbe anzusiedeln. Das ist außerhalb von Einzelhandel zu sehen. Das hat vielleicht auch störenden Charakter, aber nicht mehr den störenden Charakter, den die Gesetzgebung vor 20 oder 30 Jahren annehmen musste, denn bei den Emissionen hat sich eine Menge entwickelt. Gleiches gilt im Übrigen für die Industrie. Es gibt Bereiche mit weniger störenden Industrien. Die werden wir dann auch wieder auf Altflächen ansiedeln müssen.

Zur Wahrheit gehört auch, dass wir dann bereit sind, die Abstände zwischen Wohnen und Arbeit wieder auf ein Maß festzusetzen, das die Nutzung dieser Flächen erst ermöglicht. Denn der Abstandserlass des Landes Nordrhein-Westfalen blockiert oftmals die gewerbliche bzw. industrielle Nutzung von Altflächen im Ballungsraum, im Kernbereich. Insoweit gehört das dazu. Dann sollten wir gemeinsam den Mut haben, dieses Problem anzugehen.

Wir haben den Windkrafterlass auf den Weg gebracht. Die Union hat dies in ihren Stellungnahmen und ihren Papieren ebenfalls deutlich so gesehen, dass wir die Infrastrukturachsen oder auch Konversionsflächen für die vorrangige Nutzung für Windkraft sehen wollen und diese Flächen damit auch nutzbar machen wollen für regenerative Energien.

Wir stellen fest, dass es im Bereich der Konversionsflächen keinerlei Bewegung gibt, dass es keine

Möglichkeiten gibt, vorhandene Infrastruktur zu nutzen. Es gibt in der Landesplanung eine deutliche Blockadehaltung, und zwar insbesondere aus dem Hause Herrn Rimmels. Wir haben Hinweise darauf und Erkenntnisse darüber, dass es insbesondere bei Infrastrukturachsen in der Administration rechtlich gesehen keine klaren Hinweise an die Planungsbehörden vorliegen, wie die Nutzung von Infrastrukturachsen rechtlich untermauert werden kann.

Die Lärmsituation ist hierbei ein ganz entscheidender Gesichtspunkt. Es geht darum, den vorhandenen Lärm der Autobahnen oder Bahnstrecken zu bewerten. Hierfür gibt es keine Regeln und keine Maßstäbe. Das wiederum macht deutlich, wie sinnvoll und sinnvoll es ist, den Antrag der Union an dieser Stelle zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle feststellen: Wir brauchen im Bereich der Energiewende eine Landesplanung, die dieses gemeinsame Projekt der Politik in Deutschland zum Erfolg führt. Dazu muss man dann auch den politischen Willen haben, Rahmenbedingungen zu schaffen, um das, was man in Sonntagsreden nach außen hängt, auch im Alltagshandeln umzusetzen. Dies ist nicht ausreichend vorhanden.

Wenn Sie, Herr Minister Jäger, vorhin ausführten, Sie seien weiter als vor zwei Jahren, als Sie die Regierung übernommen haben, dann ist das doch wohl eine Selbstverständlichkeit, denn sonst hätten Sie gar nicht gearbeitet.

(Minister Ralf Jäger: Wir hatten nichts!)

– Lieber Herr Minister Jäger, ich glaube schon, dass Sie eine gute Grundlage vorgefunden haben, die Sie weiterentwickelt haben. Sie sind nur nicht wesentlich weiter gekommen, weil es offensichtlich klare Dissonanzen innerhalb der Landesregierung gibt. Diese gibt es auch innerhalb des Hauses Rimmel. Das Haus Rimmel selbst wiederum blockiert viele Möglichkeiten zur Lösung, die wir letztendlich in der Landesplanung bräuchten. Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, in der Landesregierung schnellstens Einvernehmen herzustellen, weil es im Sinne der Planungssicherheit in Nordrhein-Westfalen erforderlich ist, dass wir über ein Landesplanungsgesetz und über einen Landesentwicklungsplan letztendlich zu einer nachvollziehbaren, rechtlich abgesicherten Landesplanung kommen. Hier fehlen durch das Nichtvorhandensein zurzeit die Instrumente.

Durch die Tatsache, dass es diese nicht gibt, gibt es wiederum weitere Entscheidungen nicht. Auch der sogenannte Leitfaden zur Windkraft im Wald hat etwas mit der Landesentwicklungsplanung zu tun, sodass der nicht vorankommt. Ich habe schon im Umweltausschuss gesagt – ich wiederhole es an dieser Stelle noch einmal –: Mittlerweile wird dieser Leitfaden mit „d“ geschrieben. Alle diejenigen, die

auf ihn warten, sind irritiert, dass dort überhaupt kein Fortschritt zu erwarten ist und es offensichtlich auch nicht, wie angekündigt, in diesem Quartal zu einer Beschlussfassung oder gar zu einer Herausgabe dieses Leitfadens in abgestimmter Form kommt. Insofern noch einmal: Machen Sie Ihre Hausaufgaben!

Da, wo es notwendig ist, werden wir uns sinnhaften Lösungen nicht verweigern. Wer, wie schon ausgeführt, den Verbrauch von Flächen im Außenbereich verhindern will, muss Altflächen wieder nutzbar machen. Hierzu bedarf es einer rechtlichen Regelung, die insbesondere die Landesbauordnung und vor allen Dingen den Abstandserlass des Landes Nordrhein-Westfalen betrifft. Wir sind bereit, dabei richtige Wege mitzugehen. Nur dann werden wir dabei erfolgreich sein, im Außenbereich den Flächenverbrauch zu reduzieren.

Es gäbe noch einen weiteren Ansatz, indem man nämlich die Ausgleichsmaßnahmen so weit fassen würde, dass man zum Beispiel auch in Wohngebieten oder in Gewerbegebieten das dort entstehende Begleitgrün mit als Ausgleichsmaßnahme bewertet. Somit käme man erheblich weiter.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock?

Josef Hovenjürgen (CDU): Mit größtem Vergnügen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Darüber freut er sich bestimmt. Bitte schön, Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Hovenjürgen, sind Sie mit mir der Meinung, dass wir alle gemeinsam gerade bei der Frage Flächenverbrauch bzw. Flächenrecycling im Zusammenhang mit der Diskussion um die Finanzierung des Abfallbeseitigungs- und Altlastensanierungsverbandes sehr deutliche Worte gegenüber der Industrie finden müssen, ihren ehemals eingegangenen Verpflichtungen zu entsprechen und sich hierbei stärker zu engagieren, als sie es in der letzten Zeit getan hat?

Josef Hovenjürgen (CDU): Auch hier, Herr Ellerbrock, sind wir nicht weit auseinander. Da stimme ich Ihnen grundsätzlich zu. Es gibt auch in meinem Beritt Flächen, wo sich die Industrie zurückgezogen hat und wo jetzt definitiv die Sanierung der Altfläche halbherzig angegangen wird und sozusagen das, was sich dort auf Dauer entwickeln wird, hinterher dem Steuerzahler zufällt. Auch das halte ich nicht für akzeptabel. Diejenigen, die Flächen ge-

nutzt haben, müssen sie so wieder verlassen, dass sie nutzbar sind. Wir sollten sie heute in Anspruch nehmen und nicht hinterher, wenn Jahre über die Fläche hinweggegangen sind und der Huderalaufwuchs zugenommen hat, den Steuerzahler dafür in Anspruch nehmen. Auch da vertreten wir sicher ein gemeinsames Ansinnen.

Alles in allem gibt es Ansätze, die wir gemeinsam in der Landesplanung auf den Weg bringen können. Dazu gehört aber auch die Ernsthaftigkeit, das dann auch tun zu wollen.

Ich sage noch einmal ausdrücklich: Wer Flächenverbrauch verhindern will, wer insbesondere die Neuinanspruchnahme von Flächen im Außenbereich verhindern will, der muss den Mut haben, Altflächen wieder nutzbar zu machen. Das heißt, wir müssen zu einer gewissen Versöhnung zwischen Wohnen und Arbeit kommen und dürfen nicht die Ausschlusskriterien zwischen Wohnen und Arbeiten weiter penetrieren. Wir müssen hier prüfen, wo Arbeit und Wohnen nahe beieinander sein können, wo und wie das vertretbar ist. Dort sollten wir die Chance nutzen, um den Außenbereich zu schonen und ihn nicht länger unnötig in Anspruch nehmen.

Hierzu gehört aber auch der Blick auf die Ausgleichsflächen und die Ausgleichsflächenproblematik. Dazu habe ich gerade einige Sätze gesagt. Wir sollten uns in aller Ernsthaftigkeit mit dem befassen, was wir dort vorfinden. Das betrifft auch die faire Bewertung von Begleitgrün, was sich in Gewerbe- und Wohngebieten automatisch entwickelt und was beim ökologischen Ausgleich in die Betrachtung hineinzunehmen ist. Das würde auch Bedarf im Außenbereich verhindern.

Herr Minister, wir haben genügend Hinweise an die Landesregierung gegeben, wo wir gesprächsbereit sind. Jetzt liegt es an Ihnen, daraus einen vernünftigen Weg zu entwickeln.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Hovenjürgen. – Jetzt spricht für die grüne Fraktion Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ellerbrock, wenn Ihre Argumentation nicht so ideologiebeladen wäre, dann wäre es schon fast witzig, wie schnell Minister Rammel hier vom Klimataliban zum Missionar wird.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das habe ich nie gesagt!)

Abgesehen davon fand ich Ihre Ausführungen dazu, Herrn Vahrenholt als Leitfigur für erneuerbare Energien und Klimaschutz zu benennen, äußerst gewagt. Ich sehe dann doch die Klimawissenschaftlerinnen und Klimawissenschaftler der Welt eher als

Experten für das Klima an als einen Kunststoffchemiker.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte aber noch auf einige Aspekte eingehen, und zwar zu dem Argument, Klimaschutz und das, was wir hier zu diesem Thema machen, sei industrie-feindlich.

Ich sehe komplett andere Entwicklungen. Die Metallindustrie setzt sich zusammen und gründet „Metalle pro Klima“. Vor Kurzem habe ich die Einladung von Verbänden zum Thema „Holz pro Klima“ bekommen. Auf der E-world in Essen konnte ich vor einigen Tagen Firmen beobachten, die anderen Firmen dabei helfen, klimaneutral zu werden. Stadtwerke, Verkehrsverbünde werben damit, dass sie klimaneutral in einer bestimmten Zeit werden. Das sind alles Entwicklungen, die ich beobachte. Das ist nicht nur Greenwashing, das ist nicht industrie-feindlich, sondern genau hier bedeutet Klimaschutz eben eine deutliche Entwicklung auch im Industriebereich.

Dann möchte ich noch einen Aspekt aufgreifen, der vielleicht eben im Tumult, der zum Schluss meiner Rede begann, untergegangen ist.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Zum Glück nicht wegen meiner Rede, danke schön. – Es geht nicht nur darum, bei der Lebensgrundlage die Lebensmittel zu sichern, sondern auch um saubere Luft, sauberes Wasser, gesunde Umwelt. Deswegen brauchen wir den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel in der Landesplanung. Genau da gehört es hin, und genau das wird hier passieren.

Ansonsten sind Aspekte, die Herr Hovenjürgen gerade in der Diskussion eingebracht hat, sicherlich noch interessant für die spätere Diskussion. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Nach dem medialen CDU-Aufstand der Aufrechten zeigt sich das tatsächliche Interesse der Kolleginnen und Kollegen der CDU im weiteren Beratungsverfahren. So langsam kommen Sie wieder zur Beratung zurück, und ich hoffe, dann auch vollzählig zur Abstimmung.

Kolleginnen und Kollegen, wir stimmen mit Ihnen darin überein, dass der nordrhein-westfälische Landtag Anforderungen an die Überarbeitung der Landesplanung formulieren sollte. So weit die Über-

einstimmung. Wenn Sie aber von den Aufgaben einer zeitgemäßen Landesplanung reden, dann betonen Sie viel zu sehr die Aspekte wie den Abbau von Rohstoffen oder die Planungs- und Investitionssicherheit für industrielle Großanlagen und Infrastrukturprojekte.

Sicher, Nordrhein-Westfalen braucht seine industrielle Basis. Diese sichern und weiterentwickeln zu helfen sehen auch wir Linke als hervorragende Aufgabe der Landespolitik an. Aber darin alleine erschöpfen sich nicht die Aufgaben der Landesplanung. Das wissen Sie genauso gut.

Mit Ihnen, Herr Herter, habe ich zusammen im Regionalrat in Arnsberg gesessen. Auch dort ist es bereits ein Thema gewesen. Das Prinzip gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes ist traditionell ein zentraler Grundsatz der Raumordnungs- und Regionalpolitik und soll es auch bleiben. Dieses Prinzip ist im Grundgesetz und im Raumordnungsrecht verankert. Es steht – das wissen Sie genau – im engen Zusammenhang mit dem Verständnis der Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat.

Kolleginnen und Kollegen, in der weiteren Beratung in den Ausschüssen werden wir Linke die Gelegenheit haben, Ihnen unsere Vorschläge zu einer Novellierung der Landesplanung zu unterbreiten. Der Ausschussüberweisung stimmen wir selbstverständlich zu. Allerdings können wir im Ausschuss Ihrem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen; denn Ihre Forderungen sind teils falsch und vor allen Dingen greifen sie viel zu kurz, weil sie wichtige Themen der Landesplanung ignorieren.

Aus dem Grunde freue ich mich auf konstruktive, zielorientierte und sachlich-fachlich geprägte Diskussionen in den Ausschüssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beuermann. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fand es eigentlich schade – der Antrag der CDU enthält ja einige wichtige Fragestellungen, die wir im Rahmen der Landesplanung diskutieren müssen –, dass Sie diese so wichtige Debatte durch Klamauk und Plattitüden abwerten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist eine Erfahrung, die diejenigen, die sich mit Landesplanung in diesem Hause beschäftigen, schon seit Längerem machen: dass Landesplanung

in der aktuellen politischen Debatte eigentlich keine so große Rolle spielt bzw. instrumentalisiert wird.

Das ist der Sach- und Fachthematik eigentlich nicht angemessen. Denn hier werden die planerischen Grundlagen für die nächsten zehn bis 15 Jahre gelegt. Konkret sind die Menschen draußen im Land, die Bürgerinnen und Bürger aktuell nicht betroffen. Aber langfristig werden hier die wichtigen Weichen gestellt. Deswegen sollten wir uns mit aller Ernsthaftigkeit über diese wichtigen Zukunftsfragen Gedanken machen und auch die Aspekte einbeziehen, die Sie gerade in Ihrem Antrag unterstrichen haben. Deshalb fand ich es schade, dass Sie das so inszeniert und dadurch Ihren eigenen Antrag entwertet haben.

Denn die zwei Fragen, die Sie zentral angesprochen haben, sind für die nächsten zehn, 15 Jahre wichtig.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Sie fragen ja nach Antworten auf die zentralen Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Herr Wüst, Herr Hovenjürgen, die Frage des Flächenverbrauchs ist in der Tat eine zentrale Frage. Nach wie vor verlieren wir in Nordrhein-Westfalen zwischen 12 und 15 ha pro Tag. Was wir in der Vergangenheit verloren haben, Herr Hovenjürgen, sind zu 90 % landwirtschaftliche Flächen. Sie wissen – und deshalb müssen wir eine Antwort geben –, die Pachtpreise in Nordrhein-Westfalen sind die höchsten in der gesamten Republik. Das heißt, der Druck auf die Fläche hier ist enorm.

Wie schaffen wir das? – Indem wir die Sicherung der landwirtschaftlichen Fläche garantieren, weil wir sie einerseits für unsere Ernährungssouveränität benötigen; andererseits sind aber auch die Ansprüche, die zusätzlich durch die Energie- und Klimapolitik entstehen, und auch die Notwendigkeit, dass sich wieder Artenvielfalt in der Fläche ausbreiten kann – denn die ist unweigerlich mit landwirtschaftlicher Fläche verbunden –, zu realisieren. Da greifen mir Ihre Vorstellungen doch etwas zu kurz.

Nordrhein-Westfalen ist ein Industrieland, selbstverständlich, und wir wollen auch eines bleiben. Deshalb muss es Entwicklungsmöglichkeiten auch für Industriebetriebe geben, die sich im Innenbereich nicht mehr entwickeln können. Aber muss es wirklich noch Möglichkeiten für den 12. und 13. Baumarkt geben, für den 14. und 15. Discounter? Müssen wir hier nicht eine Verständigung erzielen, für welche Bereiche wir noch Entwicklung möglich machen wollen – auch bei demografischem Wandel im Übrigen – und was wir noch an Flächen vorhalten?

Das ist die Gestaltungsaufgabe, vor der wir stehen. Im Koalitionsvertrag haben wir formuliert: Wir wollen von 15 ha auf 5 ha runter. – Das müssen wir dann auch gestalten und operationalisieren. Langfristig

muss das Ziel sein, null Flächenverbrauch zu haben.

Ich bin Herrn Ellerbrock dankbar, dass er den Hinweis auf den AAV gegeben hat. Das ist ein wichtiges Instrument, um gerade Brach- und Altflächen zu revitalisieren.

Ich bedaure außerordentlich: Der Beitrag, den die Industrie, die Wirtschaft, versprochen hatte, 2 Millionen € pro Jahr, wird nicht realisiert. Wir bleiben unter dieser Zielmarke, die ohnehin schon viel zu gering ist. Ich würde mir die Unterstützung des ganzen Hauses wünschen für den Weg, den wir jetzt vorzeichnen: mit den entsprechenden Geldern aus dem Wasserentnahmeentgelt und der Aufforderung der Landesregierung, der gesamten Politik an die Wirtschaft, sich zu beteiligen.

Bisher hat sich nur die chemische Industrie committed. Ich bedaure das außerordentlich und finde das sehr zögerlich. Denn hier sind die Potenziale. Mit unserem entsprechenden Fonds können wir, glaube ich, auch Sicherheiten schaffen, was zusätzliche Risiken angeht. Hier sind die größten Flächenpotenziale, wenn es darum geht, Flächen zu schützen.

Ich will den zweiten Bereich erwähnen. Herr Ellerbrock, das ist mir zu kurz, was Sie hier an Gift versprüht haben und wie Sie versucht haben, Keile in die Landesregierung zu treiben. Ich verstehe ja gut, dass Sie nicht lassen können von Ihren alten Vorstellungen, die Sie hier geäußert haben. Ich erinnere an den sagenumwobenen Ausspruch: Es gibt kein Grundrecht auf ein gleichbleibendes Klima. – Dass Sie jetzt angesichts der Debatte um Herrn Vahrenholt ein bisschen wieder Oberwasser gewinnen, das sei Ihnen gegönnt. Die Debatte müssen wir führen.

Aber ich würde Sie umgekehrt gerne fragen – darum geht es in der Landesentwicklungsplanung hier ganz konkret bei der Umsetzung von Klima- und Energiepolitik –: Ihre Bundesregierung hat ehrgeizige Zielvorstellungen, was eine beschleunigte Energiewende angeht, formuliert. Die müssen wir in der Landesplanung konkret machen. Was heißt das denn für Pumpspeicherwerke und Kapazitäten? Was heißt das denn für Leitungstrassen? Was heißt das denn für die Zurverfügungstellung von Flächen für erneuerbare Energien, Biomasse? Was heißt das denn für Trassen von Kraft-Wärme-Kopplung? Das sind ganz konkrete Fragen, die mit dem Klimaschutzplan, Klimaschutzgesetz verbunden sind und die in der Landesplanung implementiert werden müssen.

Im Übrigen sind es Ihre Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene, die eine schnelle Umsetzung auch von Windenergieplanungen in Nordrhein-Westfalen behindern. Wir könnten das sehr viel schneller haben, wenn wir nicht diese unselige Vorschrift hätten, bei Neuausweisungen von Windenergiezonen eine komplette gemeindliche Überplanung

zu machen. Das bedeutet Zeitverlust. Das bedeutet, dass wir die Ziele, die wir haben, so ehrgeizig sie sind, nicht so schnell erreichen können.

Da würde ich mir wünschen, dass Sie mit uns zusammen auf Bundesebene dafür eintreten, dieses Planungshemmnis zu beseitigen, und wir hier in Nordrhein-Westfalen die landesplanerischen Voraussetzungen gemeinsam schaffen, damit die beschleunigte Energiewende tatsächlich auch umgesetzt werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Jetzt habe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Es ist **Überweisung des Antrags Drucksache 15/3901** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend –, an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr**, an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** vereinbart. Der Ältestenrat empfiehlt auch so. Wer stimmt der Überweisung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu:

3 Schlecker Insolvenz nicht auf die Beschäftigten abwälzen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3896

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Zimmermann das Wort.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Danke schön. Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Am 8. März – das ist in ungefähr vier Wochen – ist wieder Internationaler Frauentag. Dann werden wieder einmal Statistiken veröffentlicht, dass Frauen durchschnittlich ein Viertel weniger verdienen als Männer, dass Frauen häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind und arbeiten müssen. Das wird dann von fast allen in diesem Lande wieder bedauert, und dann wird zur Tagesordnung übergegangen und es passiert wie immer so gut wie nichts.

Aber bei Schlecker, in der Situation, in der sich die Beschäftigten von Schlecker – in einer übergroßen Anzahl Frauen – jetzt befinden, können wir uns für Frauenrechte und Arbeitnehmerrechte einsetzen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Schlecker-Arbeitsplätze sind, wie gesagt, fast ausschließlich Frauenarbeitsplätze. In diesem Unternehmen sind jetzt Tarifverträge und Arbeitsplätze gefährdet.

Werte Kolleginnen und Kollegen, viele dieser Schlecker-beschäftigten Frauen haben ein unglaubliches Können, haben große Fähigkeiten. Denn das Schlecker-Prinzip sah ja vor: so wenig Beschäftigte wie möglich, so wenig Personal wie möglich in möglichst vielen Filialen.

Die Konsequenz war, dass Frauen vielfach alleine, als Einzige, in diesen Filialen gearbeitet haben. Sie waren und sind nicht nur Verkäuferinnen, sondern auch Dekorateurinnen, Einkäuferinnen, Managerinnen und quasi Buchhalterinnen. Sie haben also vor Ort eine unwahrscheinlich hohe Verantwortung übernommen und dafür allerdings wenig soziale Anerkennung und – wie so häufig damit einhergehend – wenig finanzielle Anerkennung erhalten.

Das offensichtlich falsche Geschäftskonzept dieses Unternehmens Schlecker war bestimmt nicht die Schuld der abhängig Beschäftigten in diesem Bereich. Deshalb ist es nicht nur eine soziale Frage, sondern vor allen Dingen eine moralische Frage, dass sich die Landesregierung und der Landtag für den Erhalt dieses Know-hows, für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen.

(Beifall von der LINKEN)

Es ist unsere Aufgabe hier und heute, politisch Druck auszuüben auf alle Beteiligten.

Gerade die Frauen bei Schlecker haben in den letzten Jahren ja deutlich gezeigt, was es heißt, unter schwierigsten Bedingungen für ihre Rechte zu kämpfen. Sie haben im Juni 2010 einen Tarifvertrag durchgesetzt, durch den die Arbeitsbedingungen von Konkurrenzfirmen wie Rossmann und dm deutlich in den Schatten gestellt wurden. Sie haben für Frauenrechte gekämpft, und sie haben, wie gesagt, auch einiges erreicht. Jetzt aber sind sie auf Hilfe angewiesen, auch auf die Hilfe von uns, von den Abgeordneten in diesem Hause, und von der Landesregierung. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, um vor allen Dingen von hier aus ein politisches Zeichen zu setzen.

(Beifall von der LINKEN)

Es geht darum, dass wir uns dafür einsetzen und sie nicht im Regen stehen lassen. Sie brauchen Informationen. Die Frauen können sich hauptsächlich nur darauf verlassen, was in den Zeitungen steht. Das nur lesen sie. Es ist doch ein Unding, dass die Familie Schlecker, der Unternehmer Schlecker sich jetzt zum ersten Mal überhaupt mit dem Betriebsrat dort in Verbindung setzt. Die Frauen haben ein Recht auf Transparenz. Das gilt auch für die Transparenz in Bezug auf die offensichtlich ganz undurchsichtigen Finanzen der Familie Schlecker.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Drücken Sie Ihre Solidarität mit den abhängig Beschäftigten in diesem Unternehmen aus, auch wenn Sie hier und da, wie mir signalisiert wurde, vielleicht in Bezug auf die eine oder andere Formulierung einige Bedenken haben. Es kann doch nicht sein, dass wir von hier aus kein Zeichen der Solidarität setzen, nur weil bei dem einen oder anderen Punkt unserer Forderungen vielleicht nicht so ganz mitgegangen werden kann. Es geht hier um die Sache, es geht um die Frauen bei Schlecker. Deshalb bitte ich darum: Stimmen Sie diesem Antrag zu, damit die Arbeitsplätze dort gerettet werden können! – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Zimmermann. – Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Preuß das Wort.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man muss sich in der Tat, wenn man sich mit dem Thema „Schlecker“ auseinandersetzen will, mental einmal in die Lage versetzen, in der sich die Beschäftigten – insbesondere die Frauen – tatsächlich befinden. Es ist für die Beschäftigten des Schlecker-Konzerns tragisch, dass ihr Unternehmen in die Insolvenz geht. Diese Menschen machen sich Sorgen um ihre weitere berufliche Zukunft und ihre persönliche Existenz. Sie befinden sich in einem unbeschreiblichen Zustand der persönlichen Verunsicherung. Unserer Solidarität können sie sich da sicher sein.

Herr Zimmermann hat eben von Moral gesprochen. Seine Rede hier hatte allerdings mehr klassenkämpferische Ziele.

(Demonstrativer Beifall von der LINKEN)

Die Linke schürt hier die Verunsicherung noch, indem sie suggeriert, Politik könnte Einfluss nehmen, ja Druck auf das Insolvenzverfahren bzw. auf die Beteiligten aufbauen und damit die persönliche Lebenssituation der Betroffenen verbessern.

Meine Damen und Herren, umgekehrt wird ein Schuh daraus. Ich frage einmal: Können wir nach den ganzen Vorgeschichten mit und um Schlecker nicht froh sein, dass sich nunmehr der Insolvenzverwalter unter staatlicher Aufsicht um das Unternehmen kümmert? Sollte Politik nicht um mehr Vertrauen werben und klar und transparent machen, dass das Insolvenzverfahren gerade für die Beschäftigten auch Chancen bietet? Ziel eines Insolvenzverfahrens ist es nämlich, das Unternehmen eben mit seinen Arbeitsplätzen, mit seinen Tarifverträgen und seinen Lieferbindungen zu erhalten und möglichst fortzuführen. Das ist Sinn und Zweck des Insolvenzverfahrens und Aufgabe des Insolvenzverwalters.

Es ist Aufgabe der Politik, nicht Verunsicherung zu streuen, sondern in der nun eingetretenen Situation Sicherheit zu vermitteln und bei der ordnungsgemäßen Planinsolvenz Vertrauen in den Insolvenzverwalter aufzubauen. Ich weiß nicht, wie die Linken darauf kommen, Druck auf den Insolvenzverwalter ausüben zu müssen, der nicht auf Druck irgendeiner Regierung, sondern im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften seinen Auftrag zu erfüllen hat.

(Beifall von der CDU)

Wenn das Unternehmen fortbestehen soll, wenn die Lieferanten weiter liefern sollen, wenn es Investoren geben soll, die das Unternehmen wieder auf eine solide Finanzbasis stellen, und wenn – das füge ich hinzu – das Unternehmen wieder an Image gewinnen soll, ist ein Restrukturierungskonzept notwendig.

Wie die „Wirtschaftswoche“ – bezugnehmend auf eine Analyse der Gesellschaft für Konsumforschung – berichtet, hat Schlecker in fünf Jahren sechs Millionen Kunden verloren, allein 2011 rund zwei Millionen. Tiefgreifende Umstrukturierungen gab es trotzdem nicht. Es ist also letztlich der Kunde, der mit seinem Geldschein und seinem Kaufverhalten abstimmt, ob er bei Schlecker oder anderswo einkauft. Die negativen Schlagzeilen der Vergangenheit, die Personalpolitik, die Standortentscheidungen und das fehlende Qualitätsmanagement, haben leider nicht zu einem guten Image des Unternehmens beigetragen.

Meine Damen und Herren, Schlecker ist ein eingetragener Kaufmann und haftet persönlich. Im Rahmen des Insolvenzverfahrens wird der Insolvenzverwalter prüfen müssen, ob und wie viel privates Vermögen vorhanden ist. Er hat die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen auch die Vermögenswerte, die in den letzten zehn Jahren – so sage ich mal – verschoben worden sind, wieder zurückzuführen, damit sie in die Insolvenzmasse fließen. Da vertraue ich mehr dem Insolvenzverwalter, dass er das richtig prüft und macht, als den Linken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Linken fordern mit ihrem Antrag die Landesregierung auf, politisch Druck auszuüben. Ich frage: Auf wen soll denn der Druck ausgeübt werden? Ihr Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten und Tarifverträge nicht zu kündigen, wird natürlich auch im Sinne des Insolvenzverwalters liegen. Je mehr erhalten werden kann, desto mehr werden auch die Gläubiger zu erwarten haben. Doch darüber zu diskutieren, ist hier weder der richtige Ort, noch wissen alle Beteiligten derzeit genug, um Entscheidungen vorzugreifen.

Wir lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Preuß. – Die SPD-Fraktion hat Herrn Bell ans Pult gebeten. Bitte schön, Herr Bell.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir länger überlegt, wie ich zu diesem Antrag Stellung nehme. Als ich ihn das erste Mal gelesen habe, musste ich sagen: Das ist in der Qualität ein Antrag, der aus meiner Sicht dem durchaus auch von uns in jedem Fall mitgetragenen Begehren, hier Solidarität mit den Beschäftigten zum Ausdruck zu bringen, inhaltlich nicht wirklich gerecht wird.

Deswegen will ich zunächst einmal deutlich machen, worum es eigentlich, auch aus der Vergangenheit heraus, geht, wenn man hier über Solidarität mit den Beschäftigten spricht. Denn das Unternehmen Schlecker war über lange Jahre – das wissen auch alle hier im Haus – letztlich auch ein Synonym für prekäre Arbeitsverhältnisse, Missachtung von Arbeitnehmerrechten und auch für Sozialversicherungsbetrug.

Das, was unter dem Oberbegriff „System Schlecker“ benannt wurde, ist im Grunde zu einem Symbol für ein Unternehmen geworden, das über lange Jahre die Rechte der Beschäftigten grob missachtet hat und dass unter anderem auch deshalb solche Imageprobleme hat, weil es nicht darauf gesetzt hat, gemeinsam mit den Beschäftigten das Unternehmen weiterzuentwickeln.

Anders als der Antrag intendiert – ich weiß es sehr genau – ging es um die Frage: Wie kommt man denn in diesem „System Schlecker“ zu einem Tarifvertrag? Wie kommt man eigentlich auch zu adäquaten Arbeitsbedingungen? – Das war ja nur möglich, weil es eine gesellschaftliche Bewegung gab, die die Beschäftigten unterstützt und gesagt hat: Wir gehen gegen dieses System vor.

Es waren Kirchenvertreter, NGOs, Gewerkschafter nicht nur der zuständigen Fachgewerkschaft ver.di, viele Mitglieder von Parteien. Ich bin mir relativ sicher, dass sich aus nahezu allen Fraktionen – mit Ausnahme der FDP, die im Moment auch nicht im Saal vertreten ist – Vertreter an der Kampagne für die Schlecker-Beschäftigten beteiligt haben, um zu einer Veränderung zu kommen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Insoweit trifft das Begehren, das aus dem Antrag spricht, nämlich Solidarität für die Beschäftigten von Schlecker in dieser schwierigen Situation zum Ausdruck zu bringen, die Intention von vielen Mitgliedern dieses Hauses.

Aber der Antrag selber – da kann ich bei Herrn Preuß anschließen – bietet aus unserer Sicht auch nicht die Möglichkeit der Zustimmung, weil er in der Zielrichtung an diesem Begehren vorbeigeht. Wenn man sich nämlich die Forderung anschaut, politischen Druck auf alle Beteiligten auszuüben, muss man sich fragen, auf wen dieser Druck ausgeübt werden soll, um die bestehenden Tarifverträge zu erhalten.

Sie, Herr Preuß, haben das zu Recht ausgeführt: Ein Druck auf den Insolvenzverwalter muss doch ausscheiden, weil er zurzeit natürlich vor der Aufgabe steht, diesem Unternehmen eine Perspektive zu geben, um die Arbeitsplätze abzusichern.

Ich will auch sehr deutlich sagen, dass die Frage, was wir als Land tun können, eher eine Frage ist, die sich in Teilen auch an die baden-württembergische Landesregierung richtet, weil diese bereits beschlossen hat, mit Landesbürgschaften eine Weiterführung des Unternehmens zu ermöglichen, und weil sich alle Beteiligten in Baden-Württemberg letztlich der Notwendigkeit bewusst sind, dieses Unternehmen weiterzuführen, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

Ich persönlich glaube auch, dass die Familie Schlecker eine Verantwortung hat, mit ihrem Vermögen für die Weiterführung dieses Unternehmens einzutreten. Aber das wird vor dem Hintergrund, dass Schlecker eingetragener Kaufmann ist, der Insolvenzverwalter im Insolvenzverfahren seriös zu prüfen haben.

Wir stehen dem Begehren des Antrags politisch sehr nahe. Als Mitglied der Koalition der Einladung hätte ich es mir aber gewünscht, von Ihnen zur Mitwirkung an der Formulierung des Antrages eingeladen zu werden. Dann hätten wir wohl einen vernünftigen Antrag hinbekommen, der wahrscheinlich auch eine breite Zustimmung im Plenum gefunden hätte.

Insoweit bleibt uns leider heute nichts anderes übrig, als den Antrag abzulehnen, allerdings mit einer klaren Solidaritätsadresse an die Beschäftigten von Schlecker. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Kollegin Maaßen das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Martina Maaßen (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine Insolvenz der Firma Schlecker, verbunden mit dem Verlust von mehreren 10.000 Arbeitsplätzen gilt es abzuwenden, und zwar rein deshalb, weil es unsere Pflicht ist, Arbeitsplätze zu erhalten.

Arbeit zu haben, bedeutet jedoch nicht, gute Arbeit zu haben. Und dies wird bei der Firma Schlecker sehr deutlich. Die Firma Schlecker machte in der Vergangenheit allzu oft von sich reden, wenn es um schlechte Arbeitsbedingungen, Umwandlung von regulärer Beschäftigung in Leiharbeit, Umgehung von Tariflöhnen oder Verhinderung von Betriebsräten ging.

Hier sei nur daran erinnert, dass durch die Schließung kleinerer Märkte den Mitarbeiterinnen gekün-

digt wurde und zeitnah sogenannte XL-Märkte gegründet und Neueinstellungen mit 40 % unter dem Tariflohn vorgenommen wurden. Dies trifft – wie so oft am Arbeitsmarkt; Herr Zimmermann führte es schon aus – die Frauen. So auch bei Schlecker, deren Mitarbeiter fast ausschließlich Frauen sind.

Leiharbeit und Niedriglohn – Themen, über die wir mehr als einmal in den letzten Monaten hier debattiert haben und bei denen wir Grünen eindeutige und unmissverständliche Positionen hinsichtlich Eindämmung und Regulierung haben.

In diesen Feldern des prekären Arbeitsmarktes spielt Schlecker eine hervorgehobene Rolle. Allzu oft stand Schlecker wegen der schlechten Arbeitsbedingungen in der öffentlichen Kritik. Dies alles kann auch zu dem Schluss führen, dass eine Firma mit einem solchen Image nicht erhaltenswert ist. Nur: Das hilft den vielen Tausend Frauen, die nun Angst um ihren Arbeitsplatz haben, nicht weiter. Darum ist es wichtig, sich für den Erhalt der Firma Schlecker und möglichst vieler Arbeitsplätze einzusetzen.

Jedoch ist es gleichzeitig zwingend geboten und unerlässlich, zu betonen, dass eine Neuaufstellung des Unternehmens nur Sinn macht und unterstützenswert ist, wenn sich bei der Familie Schlecker der Umgang mit ihren Mitarbeiterinnen ändert. Die Mitarbeiterinnen brauchen ordentliche Rahmenbedingungen und Arbeitsverträge. Sie brauchen endlich gute Arbeit.

Hier sind wir den Einschätzungen und Forderungen der linken Fraktion und dem linken Antrag ganz nah. Herr Zimmermann, Sie haben eben die Solidarität zwischen allen Fraktionen hier im Hause eingefordert. Ich würde es da so wie Herr Bell halten bzw. ihn in seiner Wahrnehmung unterstützen, dass es schön gewesen wäre, wenn Sie im Vorfeld mit dem Ansinnen zur Solidarität in der Sache auf uns zugekommen wären.

Aber machen wir uns nichts vor! Politik hat nur einen begrenzten Einfluss. Politik kann die öffentliche Debatte befeuern. Politik kann sich empören, sich solidarisieren und kann auch appellieren. Das wollen wir Grüne gerne tun. Ebenso wollen wir unsere Landesregierung dahin gehend unterstützen, zu prüfen, inwieweit die Firma Schlecker Gesetze umgeht oder gar verletzt und tarifliche Bestimmungen nicht umsetzt.

Vor allem ist uns wichtig, darauf zu achten, dass die Mitarbeiterinnen nicht nur ihre Beschäftigung behalten können, sondern sich ihre Arbeit auch hin zu guter Arbeit entwickelt. Hier kann sich die Belegschaft der Unterstützung seitens der grünen und ich denke auch der roten Landtagsfraktion sicher sein.

Auch gilt es zu prüfen, inwieweit den Mitarbeiterinnen mit dem neuen ab dem 1. März gültigen Insolvenzrecht geholfen werden kann, ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Stichworte hierzu sind: Rettungsschirm

für eine Firma mit Zahlungsschwierigkeiten, Insolvenz in Eigenverwaltung und Umwandlung ausstehender Forderungen in Firmenanteile.

Ich komme zum Kern des Antrags der Linken. Wir können nicht bewerten, inwieweit die Familie Schlecker ihr Privatvermögen zur Rettung der Firma einsetzt oder eingesetzt hat. Dies ist einzig und allein Angelegenheit des Insolvenzverwalters und eventuell der Staatsanwaltschaft. Wir hörten es schon von anderen Kollegen. Deshalb lehnen wir den Antrag der Linken ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Maaßen. – Für die Fraktion der FDP hat nun Herr Dr. Romberg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Große Einigkeit besteht im nordrhein-westfälischen Landtag, wenn es um die Solidarität mit den Menschen geht, die bei Schlecker arbeiten und im Moment um ihre Arbeitsplätze bangen. Große Einigkeit besteht in diesem Hohen Haus aber auch darüber, dass der Antrag der Linken mit den darin enthaltenen Forderungen nicht hilfreich ist. Schon die Sprache des Antrags versucht, ein Bild des nur bösen Schlecker-Unternehmens zu instrumentalisieren.

Auch ohne die Fraktion der Linken haben wir als Landtag Nordrhein-Westfalen in der letzten Legislaturperiode gemeinschaftlich und überfraktionell deutlich die Arbeitsbedingungen bei Schlecker kritisiert. Darüber bestand Einigkeit in diesem Hause. Dazu brauchten wir keine linke Fraktion.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Und jetzt ist bei Solidarität keine Einigkeit? – Zuruf von Michael Aggelidis [LINKE])

Liebe Kollegen, auch dieses Bild hat sich in den letzten Monaten gewandelt. In den letzten Monaten wurden mit dem ausdrücklichen Willen der Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften Umstrukturierungen vorgenommen. Man wollte das Unternehmen gemeinschaftlich retten. Gleichzeitig hat man aus Fehlern der Vergangenheit gelernt.

Wenn Sie jetzt schreiben: „Bereits jetzt übernimmt die Bundesagentur für Arbeit für drei Monate die Personalkosten. Der Konzern spart dadurch mindestens 120 Millionen €.“, versuchen Sie nebenher, das Bild zu zeichnen, diese 120 Millionen € gingen jetzt bei Anton Schlecker wieder unter das Sofa.

Es ist aber anders. Die Tochter berichtete Ende Januar auf der Pressekonferenz, dass kein Geld mehr vorhanden sei.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Genauso wie Frau Schickedanz von 600 € im Monat lebt!)

Auf die Rechtssituation als eingetragener Kaufmann ist eingegangen worden. Natürlich ist es Aufgabe des Insolvenzverwalters, auch zu prüfen, inwieweit Vermögenswerte geflossen sind. Herr Kollege Preuß ist darauf eingegangen.

Liebe Kollegen, Tarifautonomie ist ein hohes Gut. Politischer Druck hilft da nicht.

Ihr Bild ist gut gemeint. Wir wollen den Erhalt aller Arbeitsplätze. Wenn man realistisch ist, ist es aber bei einem Unternehmen, was so festgefahren ist und so viele Filialen hat, die Minus verbuchen, ein nicht erfüllbarer Wunsch, alle Arbeitsplätze zu erhalten. Es geht darum, das Unternehmen mit vielen Filialen und vielen Arbeitsplätzen an sich zu retten. Da wird man ehrlicherweise wahrscheinlich nicht drum herumkommen, weitere Filialen zu schließen, wie es schon geplant war.

Gleichzeitig gibt es aber eine erfreuliche Situation auf dem Arbeitsmarkt. Das sollte man nicht vergessen. Allein im Einzelhandel sind im letzten Jahr 60.000 neue Arbeitsplätze entstanden, überwiegend sozialversicherungspflichtig. Ins Bodenlose werden die meisten Mitarbeiter nicht fallen. Die Solidarität haben sie trotzdem. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Schneider das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Romberg, trotz einer relativ stabilen Beschäftigungssituation sind die Arbeitsmarktchancen für teilzeitbeschäftigte Verkäuferinnen und Verkäufer nicht gerade rosig. Deshalb befürchte ich, dass wir durch die Insolvenz der Firma Schlecker auch in der Beschäftigungsfrage zurückfallen werden.

Die versicherungspflichtige Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen ist angestiegen. Das ist sehr erfreulich. Wir werden solche Vorgänge wie bei Schlecker aber auch in Zukunft berücksichtigen müssen, um zu einer Verstetigung des Arbeitsmarktes insbesondere für Frauen zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Art und Weise, in der der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens bei Schlecker gestellt wurde, ist für eine Unternehmenskultur bezeichnend, aus der nicht viel Gutes entstanden ist.

Einige Zeit geisterten Gerüchte über Schwierigkeiten durch die Medien. Dann gab es einzelne Berichte in den Zeitungen über leere Regale in manchen Schlecker-Filialen. Schließlich erfahren die Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmer, die eine Insolvenz unmittelbar und existenziell trifft, von ihren Kunden, dass ihr Arbeitgeber einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt hat. Das ist aus meiner Sicht der Tiefpunkt einer schon immer schwierigen Beziehung.

Der vorläufige Insolvenzverwalter muss nun den Versuch unternehmen, sich einen Überblick über die wirtschaftliche Situation des Unternehmens zu verschaffen, und die Scherben, die der Kaufmann Anton Schlecker hinterlassen hat, zusammenkehren.

Der Lebensunterhalt der betroffenen Beschäftigten wird zunächst einmal über das Insolvenzgeld gesichert. Aus dem Bereich des Unternehmens Schlecker rechnen wir bundesweit mit 26.750 Menschen, die in den nächsten drei Monaten Insolvenzgeld beziehen werden. Die Vergleichszahlen für NRW liegen leider noch nicht vor. Aber rechnen Sie damit, dass wir uns der 10.000er-Grenze nähern werden.

Um den Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion Die Linke eine Sorge zu nehmen: Das Insolvenzgeld wird zwar von der Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt, aber einzig und allein von den Arbeitgebern durch die Zahlung einer Umlage finanziert.

Die Landesregierung braucht keine Aufforderung, meine Damen und Herren, um sich für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Schlecker einzusetzen. Wir befinden uns in Gesprächen mit der vorläufigen Insolvenzverwaltung, mit den Gewerkschaften, der Arbeitsverwaltung und natürlich auch dem baden-württembergischen Wirtschafts- und Finanzministerium.

Dabei hat die Landesregierung ihr Interesse an der Fortführung des Unternehmens deutlich gemacht und den vorläufigen Insolvenzverwalter nachdrücklich gebeten, sich für den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze einzusetzen.

Nach der Insolvenzordnung muss die Weiterführung eines insolventen Unternehmens geprüft werden, und zwar die Weiterführung entweder in Gänze oder über eine übertragende Sanierung, das heißt über Teilverkäufe.

Sie wissen – auch das ist schon angesprochen worden –, dass das Unternehmen die Rechtsform eines eingetragenen Kaufmanns hat. Das ist ein Novum. Normalerweise sind damit Taxi-Unternehmen, Kioske an der Ecke oder andere ausgestattet. Herr Schlecker hat diese Rechtsform gewählt, sicher auch um einer Publizitätspflicht zu entgehen. Das ist weitgehend gelungen – mit nicht immer schönen und guten Ergebnissen. Wenn man im globalisierten Kapitalismus ein Unternehmen wie eine Blackbox führt, führt dies ins Chaos.

Meine Damen und Herren, wir gehen davon aus, dass jede Fortführung des Unternehmens mit einer Tarifbindung verbunden ist. Das ist unabdingbar.

Inwieweit diese Tarifbindung ausgestaltet wird, ist primär Sache der Tarifvertragsparteien. Hier gilt die Tarifautonomie.

Wir können nur hoffen, dass eine wirtschaftlich tragfähige Fortführung des Unternehmens möglich ist, dass es Investoren gibt, die sich an dieser Fortführung beteiligen.

Generell können wir die Lehre ziehen, dass Transparenz, Beteiligung und Mitbestimmung auch der Beschäftigten in einem Unternehmen heute unabdingbar sind, um erfolgreich wirtschaften zu können.

Sie können sicher sein: Die Landesregierung wird ihren gesamten Einfluss geltend machen, um möglichst viel von dem für die Zukunft zu retten, was jetzt in Insolvenz geht. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Das bleibt auch beim Blick in die Runde so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion Die Linke hat direkte Abstimmung beantragt. Wer dem Inhalt des **Antrags Drucksache 15/3896** seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion Die Linke. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltung. – Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

4 Tod im Gurt abwenden – Fixierungen von pflegebedürftigen Menschen vermeiden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3899

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP dem Abgeordneten Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg¹⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Gesellschaft – vor allem aber die Politik – hat die Pflicht, sich der Würde der Alten anzunehmen und für sie einen für ganz Deutschland geltenden Lebensentwurf zu formulieren. – Dieser Satz stammt vom Altbundespräsidenten Walter Scheel. In der letzten Wochenendausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ hat er sich dazu geäußert, wie es ist, sich in die Hände anderer Menschen zu begeben,

wenn man alt und pflegebedürftig ist. Er selbst ist inzwischen 92 Jahre alt.

Umso mehr gibt das erschreckende Ergebnis der Studie der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität und der Medizinischen Universität Wien Anlass zur Sorge. Forscher haben bei einer Untersuchung von rund 27.000 Obduktionen – zwischen den Jahren 1997 und 2010 am Rechtsmedizinischen Institut durchgeführt – festgestellt, dass 26 Menschen gestorben sind, während sie fixiert, das heißt: gefesselt, waren.

Das „Deutsche Ärzteblatt“ hat in seiner Ausgabe vom 20. Januar darüber ausführlich berichtet. In 22 Fällen – 85 % – war die Fixierung sogar die Ursache des Todes. In 19 Todesfällen war das Gurtsystem fehlerhaft angebracht. Bei dem Versuch, sich aus dem Gurt herauszuwinden, kann es geschehen, dass man sich stranguliert. Ein Heimbewohner suizidierte sich angegurtet. Er starb an Verbrennungen.

Das sind grausame Einzelschicksale, die uns als Parlament wachrütteln sollten. – Ich hätte Freude daran, wenn auch die Landesregierung zuhörte.

Der fürsorglich angelegte Gurt wird dabei zur Todesfalle. Grund dafür, dass Gurte zur Fixierung angelegt wurden, war in 18 der Todesfälle ein erhöhtes Sturzrisiko. Aber auch Weglauftendenzen und die Gefahr der Selbstbeschädigung waren in zwei Fällen ausschlaggebend.

Ein ganzseitiger Artikel in der Dienstagsausgabe der „FAZ“, der die große Zahl der Fixierungen von alten Menschen in Heimen ebenfalls zum Thema gemacht hat, spricht von 30 Todesfällen durch unsachgemäße Fixierung pro Jahr in Deutschland. Vermutlich ist die Dunkelziffer deutlich höher, denn welcher Arzt schaltet bei eigener Gurtanordnung schon die Staatsanwaltschaft ein, wenn es zum Todesfall kommt? Die Bilder von der Gerichtsmedizin in Wien, die die „FAZ“ veröffentlicht hat, die zeigen, wie Menschen aufgrund unsachgemäß angelegter Gurte durch Strangulation sterben, sind erschreckend.

Doch selbst wenn es nicht zum Schlimmsten kommt, sind die gesundheitlichen und seelischen Beeinträchtigungen oftmals erheblich. So kann eine regelmäßige oder dauerhafte Fixierung dazu führen, dass sich Muskulatur abbaut und dass sich das Steh- und Gehvermögen verschlechtert. Dadurch sind die Betroffenen in viel höherem Maße sturzgefährdet als vor der Fixierung. Als weitere Folgegeschäden sind Inkontinenz, Liegegeschwüre, Lungenentzündungen und ganz erhebliche psychische Leiden zu nennen; nicht selten werden Fesselungen traumatisch verarbeitet.

Besonders schwerwiegend wird ein solcher Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht von demenzkranken Menschen erlebt, weil sie den Grund für die Fixierung aufgrund der Schwere ihrer Erkrankung gar

nicht verstehen und sich ihre Unruhe weiter vergrößert. Dabei ist zu bedenken, dass gerade ein erhöhter Bewegungsdrang symptomatisch für eine Demenzerkrankung ist.

So ist es wenig verwunderlich, dass die Sinnhaftigkeit freiheitsentziehender Maßnahmen, zu denen Fixierungen wie auch Bettgitter, Vorsatztische und sedierende Medikamente gehören, sowohl von der Wissenschaft als auch von Praktikern zunehmend infrage gestellt werden. Gleichzeitig steigt aber die Anzahl der gerichtlichen Anordnungen, und sie wird voraussichtlich weiter anwachsen, wenn man das Problem nicht an der Wurzel packt.

Die Zahl der genehmigten freiheitsentziehenden Maßnahmen für die Jahre 2009 und 2010 in Nordrhein-Westfalen – das NRW-Gesundheitsministerium hat sie dem Parlament letzte Woche zur Verfügung gestellt – sprechen eine deutliche Sprache. Demnach sind die unterbringungsähnlichen Maßnahmen nach § 1906 des BGB von 20.267 im Jahr 2009 auf 23.730 im Jahr 2010 gestiegen. Das ist ein Anstieg von 17 %. Es gab in den letzten Jahren durchweg einen solchen Anstieg, was fast zu einer Verdoppelung in sechs Jahren führte.

Viele Fixierungen werden übrigens ohne richterlichen Beschluss vorgenommen. Für Fixierungen bis zu 24 Stunden lehnen Amtsgerichte Anträge meist ab. Sie seien aus ihrer Sicht nur für längere Zeiträume notwendig. Viele Menschen unterschreiben auch eine Freiwilligkeitserklärung ohne richterlichen Beschluss, verstehen aber teilweise die Folgen ihrer Einwilligung aufgrund ihrer Erkrankung gar nicht mehr.

Aus diesem Grund haben wir als Landtagsfraktion bereits im Dezember letzten Jahres bei der fehlenden Umsetzung des Wohn- und Teilhabegesetzes auf die Problematik hingewiesen, denn die Veröffentlichung von Prüfberichten und der Anzahl freiheitsentziehender Maßnahmen sorgt natürlich für Transparenz, und Transparenz vermindert die Anzahl von Fixierungen. Da sind wir uns ganz sicher.

Aufgrund der Studienergebnisse aus München sind wir zu dem Schluss gelangt, dass wir mehr Maßnahmen brauchen. Unser Ziel ist es, Todesfälle, Gesundheitsschäden und eine Beeinträchtigung der Lebensqualität von pflegebedürftigen Menschen bereits im Ansatz zu verhindern. Beispielgebend ist der Leitfaden des Bayerischen Landespflegeaussschusses, weil er sehr konkrete Hilfestellungen für die Praxis bietet und mit Checklisten arbeitet, die an unterschiedlichen Situationen orientiert sind. So kann man insbesondere Stürze unabhängig von gezielten Trainingseinheiten schon mit der Beseitigung von Stolperfallen vermeiden, durch eine bessere Beleuchtung und rutschfeste Hausschuhe. Hüftprotektoren schützen bei Stürzen vor Knochenbrüchen.

Eine weitere Initiative stammt ebenfalls aus Bayern. Da offenbar die Betreuer von nichteinwilligungsfähigen

gen Menschen seitens der Einrichtungen aus Sorge vor Haftungsgründen oft dazu gedrängt werden, bei Gericht einen entsprechenden Genehmigungsantrag zu stellen, haben bayerische Amtsrichter 2007 in Garmisch-Partenkirchen die Initiative „Werdenfelser Weg“ ins Leben gerufen. Der Grundgedanke besteht darin, die Bedeutung von Haftungsängsten in Genehmigungsverfahren zurückzudrängen und die Tendenz zu regelrechten Massenverfahren zu beenden.

Erreicht wird dies durch einen neutralen Verfahrenspfleger, der pflegerisches Fachwissen hat – also kein Rechtsanwalt ist, wie das so häufig bei uns in Nordrhein-Westfalen der Fall ist –, zu Beginn eines Verfahrens vom Gericht als Fürsprecher des Betroffenen bestellt wird, als Ansprechpartner für Angehörige und Pflegende agiert und gemeinsam mit allen Beteiligten unter Einbeziehung des Heims nach Alternativen zu freiheitsentziehenden Maßnahmen sucht.

Dieses Konzept ist in mehreren Landkreisen in Bayern übernommen worden. Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es diese Aktivität mittlerweile, beispielsweise in Witten, Hamm, Bochum und Bonn.

Um die Lebensqualität der Betroffenen zu verbessern, sind wir für eine landesweit abgestimmte Erprobung des „Werdenfelser Weges“. Wir appellieren daher an die Landesregierung, an die beiden anwesenden Minister, sich diesbezüglich ressortübergreifend zu engagieren.

Fixierungen haben übrigens mit Einstellungen und Haltungen zu tun. Das bestätigt auch Prof. Bredthauer, die das Programm ReduFix initiiert hat. Dieses umfasst Qualifizierung und Sensibilisierung des Personals, feste Bestandteile in Aus- und Fortbildung, Beseitigung von Haftungsängsten und vermittelt die Erkenntnis, dass freiheitsentziehende Maßnahmen keine Zeitersparnis für das Personal bringen, sondern meist das Gegenteil.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Auf Bundesebene müssen wir prüfen, inwieweit Sitzwachen, Kurzinterventionen und Kontrollen verbindlich in das Betreuungsrecht aufgenommen werden. Ein Antrag vom Sozialgericht Freiburg könnte dazu beitragen. Entschieden wurde, dass eine pflegebedürftige Frau, die in einem Pflegeheim lebt, anstelle einer Fixierung Anspruch auf eine nächtliche Sitzwache hat.

(Das Ende der Redezeit wird erneut angezeigt.)

Wir Freien Demokraten wollen alternative Konzepte zur Vermeidung von freiheitsentziehenden Maßnahmen und dass sie zur Regel in der Pflege werden. Unser langfristiges Ziel muss eine Pflege alter Menschen ganz ohne Fesselungen im Bett sein, denn jeder Gurt ist aus meiner Sicht ein Angriff auf die Menschenwürde. Wir wollen diese Fesseln

sprengen und erhoffen und erwarten dabei Ihre Unterstützung. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Romberg. – Zur allgemeinen Information: Ich bin zwar erkältet. Wenn ich huste, steht das aber trotzdem in Zusammenhang mit der Redezeit. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Kleff das Wort.

Hubert Kleff (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt. Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. So Art. 2 unseres Grundgesetzes.

§ 239 Strafgesetzbuch stellt Freiheitsberaubung unter Strafe. Wer einen Menschen einsperrt oder auf andere Weise der Freiheit beraubt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese gesetzlichen Regelungen machen deutlich, welches hohe Gut die Freiheit des Menschen hat.

Nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 07.02.2012 haben deutsche Gerichte im Jahre 2010 in fast 100.000 Fällen freiheitsentziehende Maßnahmen angeordnet. Neben psychiatrischen Einrichtungen waren überwiegend Menschen in Heimen betroffen.

Zu freiheitsentziehenden Maßnahmen gehört zum Beispiel das Einsperren der Betroffenen im Zimmer, auf Stationen, im Haus oder auch die Verabreichung von zielgerichteten Medikamenten. Auch die Wegnahme der Kleidung zum Beispiel oder der Seh- oder Gehhilfen sind versteckte Maßnahmen. Eine besondere Art ist die Fixierung. Das muss man deutlich sagen. Das Anbringen von Gurten ist, wenn sie gegen den Willen der Betroffenen angelegt werden – es gibt ja auch die Möglichkeit der Zustimmung – ein schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte.

Wenn das Institut – Herr Romberg hat es eben schon erwähnt – für Rechtsmedizin bei 26 Todesfällen, die sich bei Gurtfixierungen ereignet hatten, in 22 Fällen feststellt, dass der Tod durch die Fixierung eingetreten ist, so ist das, so meine ich, eine alarmierende Zahl.

Zahlen der Rechtsmedizin der Uniklinik Wien zeigen eine gleiche Tendenz. Es scheint also kein Zufall zu sein. Bei 39 Obduktionen waren in 34 Fällen die Fesselung oder das Bettgitter ursächlich für den

Tod. Fachleute sehen – ganz nebenbei – bei diesen Unglücksfällen noch eine erhebliche Dunkelziffer.

Neben den Todesfolgen können aber auch Verletzungen durch diese freiheitsentziehenden Maßnahmen ursächlich sein. Werden Fixierungen über einen längeren Zeitraum durchgeführt, so können, wie auch eben schon erwähnt, Druckgeschwüre oder aber auch eine Verschlechterung der Geh- und Stehfähigkeit eintreten oder sich traumatisierende Auswirkungen einstellen.

Eines, so meine ich, darf man nicht außen vorlassen: Auch für die ausführenden Pflegepersonen ist das Anlegen von Gurten eine große psychische Belastung und verursacht ganz nebenbei noch einen erheblichen Zeitaufwand durch eine notwendige sorgfältige und ausführliche Dokumentation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund lohnen alle Überlegungen und Aktivitäten, die dazu führen, dass Fixierungen auf ein unumgängliches Maß zurückgeführt werden oder aber dass – was der Idealfall wäre – auf sie ganz verzichtet werden könnte. Es soll Heime geben, in denen nach intensiver Schulung beispielsweise des Personals ganz auf Fixierungen verzichtet werden kann oder sogar verzichtet wird.

Dies ist auch das Ziel des in dem FDP-Antrag erwähnten „Werdenfelser Wegs“ im Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Dieses Projekt stand auch auf der Tagesordnung der Justizministerkonferenz am 09.11.2011. Ich frage deshalb die Landesregierung: Was ist in Nordrhein-Westfalen nach dieser Sitzung veranlasst worden?

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Hört, hört!)

Hat es Aktivitäten gegeben? Falls ja, möchte ich gerne wissen, welche. Wir können die Heime mit dieser Problematik, so meinen wir, nicht alleine lassen. Deshalb unterstützen wir auch den Antrag der FDP in vollem Umfang.

Einen Vorwurf, mein lieber Kollege Romberg, kann ich der FDP allerdings nicht ersparen. Wenn Sie schon die Videoüberwachung für unmenschlich halten und sie per Gesetz verbieten, dann wäre es aus meiner Sicht nicht mehr als konsequent, wenn in Ihrem Antrag deutlich gestanden hätte: Fixierungen müssen verboten werden.

(Beifall von der CDU)

Insoweit bin ich auch gespannt, wie sich die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke verhalten, die allesamt gegen die Videoüberwachung gestimmt haben. Aber auch auf die Aussage der Ministerin bin ich gespannt, die das Gesetz letztlich auch begrüßt hat.

Frau Ministerin Steffens, die heutige Diskussion schließt sich nahtlos an die Plenardebatte vom 22.12.2011 über die Veröffentlichung von Prüfberichten nach dem Wohn- und Teilhabegesetz und

die Notwendigkeit, zu aussagefähigen Daten zu kommen, an.

Die gesetzlich vorgesehene Umsetzung bekommt vor diesem Hintergrund der heutigen Debatte eine noch viel größere Bedeutung, als wir in der Dezember-Plenardebatte deutlich gemacht haben. Deshalb sind wir der Meinung, wir sollten zügig mit den Beratungen im Ausschuss beginnen. Alle Überlegungen müssen in die Zielrichtung gehen, Fixierungen möglichst nur dann zuzulassen, wenn der oder die Betroffene selbst einwilligt und auch die Möglichkeit hat, die Fixierung selbst zu lösen.

Das Urteil des Sozialgerichts Freiburg, mit dem bei einer bereits genehmigten Fixierung eine Nachtwache zugestanden wurde, aber auch – das darf man hier nicht verschweigen – der häusliche Bereich müssen in die Betrachtung mit einbezogen werden. Nicht unberücksichtigt bleiben darf auch der Druck, der bei Schadensfällen beispielsweise durch Regressansprüche der Krankenkassen auf die Heime entsteht.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass insbesondere Fixierungen der Vergangenheit angehören. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kleff. – Für die Fraktion der SPD hat nun Frau Kollegin Veldhues das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Elisabeth Veldhues (SPD): Danke schön. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, alle Fraktionen dieses Hauses sind sich einig: Freiheitsentziehende Maßnahmen sind Eingriffe in elementare Grundrechte – und zwar für alle Menschen. Da gibt es keine Altersgrenze.

Daher fordern wir hohe Anforderungen an die Prüfung, ob es nicht auch andere Möglichkeiten gibt. Wir sehen aber auch die Situation der Pflegekräfte. Die Belastung wurde gerade von meinem Kollegen angesprochen. Einerseits gilt es, die Freiheitsrechte von Pflegebedürftigen zu schützen, andererseits haben Pflegekräfte die Aufgabe, gesundheitliche Schäden, wie zum Beispiel durch Sturzereignisse, abzuwenden.

Es ist vorhin auch schon der „Werdenfelser Weg“ zitiert worden. Das ist kein Wanderweg, auch wenn es sich erst so anhört. Mit diesem sogenannten Werdenfelser Weg sollen im Rahmen des geltenden Betreuungs- und Verfahrensrechtes freiheitsentziehende Maßnahmen wie Bauchgurte oder Bettgitter weitestgehend vermieden werden. Immer mehr Gerichte entschließen sich zu diesem Weg. Entsprechend ausgebildete Verfahrenspfleger leisten einen wichtigen Beitrag. Es geht darum, dass neutral Beratende mit Grundwissen in der Pflege – die also

wissen, worüber sie reden – die Situation vor Ort kennenlernen und dann fachgerecht einschätzen, was zu tun ist. Sie können eine gemeinsame Lösungssuche moderieren und in schwierigen Fallkonstellationen die Umsetzung begleiten und evaluieren.

Wir wissen aus vielen Berichten, dass die Pflegekräfte diese Unterstützung sehr schätzen, denn im Dialog mit dem Verfahrenspfleger und den Angehörigen wird versucht, maßgeschneiderte Lösungen für jeden Einzelfall zu finden. In vielen Einrichtungen gibt es schon Niedrigbetten, es gibt Sensormatratzen und andere Hilfsmittel. Man überlegt gemeinsam mit den Kindern und Schwiegerkindern, ob es andere Schlafenszeiten geben muss oder ob ein Nachtkaffee Abhilfe leisten kann, um Unruhephasen zu begegnen.

Jetzt suggeriert der heute hier zur Beratung vorliegende Antrag, dass diese Erkenntnisse in NRW noch nicht angekommen seien. Wir haben die Situation in den Pflegeeinrichtungen in den letzten beiden Sitzungen unseres Fachausschusses doch eingehend beraten. Das war Schwerpunkt unserer Beratung, gerade auch die besondere Prüfung und mögliche Vermeidung von freiheitsentziehenden Maßnahmen. Das Ministerium hat uns sehr deutlich erläutert, dass dieses Thema in NRW unter Beteiligung aller Akteure einen hohen Stellenwert besitzt. Hier kennen wir keine Tabus in der Diskussion.

Mich hat sehr gefreut, dass das Gesundheitsministerium in der letzten Woche zu einer Tagung mit dem nicht ganz angenehmen Thema „Gewalt in der Pflege“ eingeladen hat. Ich habe mit großem Interesse gelesen, dass über 500 Personen teilgenommen haben und dass man verabredet hat, den Dialog mit den Einrichtungen zu organisieren und durch Best Practice – so heißt es auf Neudeutsch – aus der Praxis zu erfahren, wie man am besten agiert und welche Möglichkeiten es gibt.

Der „Werdenfeller Weg“ setzt auch Engagement im Justizministerium voraus. Auch da gibt es bereits Praxis. In einigen Amtsgerichten wird es so gehandhabt; mein Kollege Romberg hat sie schon genannt. Ich finde es sehr gut, dass eine universitäre Arbeitsgruppe diese Ergebnisse evaluiert. Dann können wir gucken, wie wir sie schrittweise umsetzen. Von Nichtstun kann also überhaupt nicht die Rede sein.

Flankiert werden diese Maßnahmen, die Sie gleich erläutert haben wollen, durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit. Ich empfehle Ihnen den Internetauftritt. Auf dem finden Sie unter dem Stichwort „Werdenfeller Weg“ auch unseren Internetauftritt, der dort verlinkt ist.

Wir werden uns in den nächsten Monaten engagiert mit der Überarbeitung des WTG, des Wohn- und Teilhabegesetzes, und des Landespflegegesetzes beschäftigen. Ich darf Ihnen versichern, dass wir

hierbei die in Ihrem Antrag genannten Fragen und möglichen Lösungsvorschläge intensiv prüfen werden. Aber ich kann Ihnen auch versichern: Wir werden das unter Beteiligung aller Akteure machen – ohne Skandalisierung und ohne Schuldzuweisungen. Denn in Ihrem Antrag sind einige Schuldzuweisungen an Beschäftigte enthalten, die wir so nicht teilen. Wir stellen heute nicht fest, was in Ihrem Antrag steht: Der Landtag stellt fest, dass ohne Sitzwache davon ausgegangen werden kann, dass zu viele Fixierungen erfolgen. – Das ist eine Unterstellung; dagegen verwahre ich mich hier in aller Form.

Das Jahr 2011 sollte das Jahr der Pflege werden. So war die großspurige Ankündigung. Dann hieß es: Wir werden liefern. Herausgekommen ist wenig. Da hilft es auch nichts, wenn Sie uns Anträge vorlegen, die den Eindruck vermitteln sollen, dass hiermit diese Thematik in unserem Lande erstmals aufgegriffen wird.

Ich darf Ihnen für die SPD-Fraktion versichern: Wir werden uns bei der Überarbeitung des WTG dafür einsetzen, dass Menschen, die auf Betreuung angewiesen sind – seien es behinderte Menschen, Menschen mit Handicap oder ältere Menschen in Pflegeheimen – ein hohes Maß an Selbstbestimmung behalten und sonst erhalten. Freiheitsentziehende Maßnahmen müssen auch für die SPD die absolute Ausnahme sein.

Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen bekennen sich zu dem Leitsatz: Wie eine Gesellschaft mit ihren Schwächsten umgeht, zeigt ihren Zusammenhalt. Dafür stehen wir, und das werden wir umsetzen, und zwar mit allen Beteiligten, ohne Schuldzuweisungen und ohne Skandalisierungen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, und ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Beschäftigten im Pflegedienst. Skandale müssen wir offenlegen, und ihnen müssen wir nachgehen, aber wir sollten auch ein Wort des Lobes finden, denn wir brauchen eine Akzeptanz für den Beruf. Wir sollten positive Ansätze manchmal mehr in den Vordergrund stellen, als ihnen mit Vorhaltungen zu begegnen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Veldhues. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Ünal das Wort.

Arif Ünal (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Fixierungen und andere freiheitsentziehende Maßnahmen sind zumeist Ausdruck einer Überforderung in prekären Pflegesituationen in und außerhalb der Einrichtungen. Sie sind – das müssen wir immer wieder betonen – Eingriffe in die Grundrechte der betroffenen Menschen. Daher muss es zunächst darum gehen, diese nach Möglichkeit zu vermeiden.

Keine Studie weltweit zeigt positive Effekte von Fixierungen. Alarmierend sind allerdings die Daten über die negativen Folgen. Bereits 1994 hat eine Studie der damaligen Situation festgestellt, dass in der Bundesrepublik tagtäglich 400.000 Menschen fixiert werden. Auch wenn sicherlich in vielen Einrichtungen das Bewusstsein und die Sensibilität gegenüber Fixierungen gesteigert werden konnten, sind diese Maßnahmen weiterhin weit verbreitet.

Ein Großteil der Vorschläge, die die FDP in ihrem Antrag unterbreitet, ist sinnvoll. Als Beispiel wird im FDP-Antrag der „Werdenfelser Weg“ genannt. Damit ist ein Verfahren benannt, mit dem durch eine Sensibilisierung der Ärztinnen und Ärzte und der Pflegekräfte die Fixierung auf das unumgängliche Minimum reduziert werden soll. Wir unterstützen diese Vorschläge grundsätzlich, allerdings hat die Landesregierung hierzu schon längst eine Reihe von Aktivitäten und Maßnahmen in Angriff genommen, um dieses Verfahren auch in NRW zu verankern.

Übrigens hatte wohl die Vorgängerregierung – daran muss ich Herrn Dr. Romberg erinnern – hierauf noch keinen Blick geworfen. Immerhin gibt es diese Verfahren in Bayern seit 2007.

Meine Damen und Herren, diese Vorschläge sind alle richtig und wichtig. Dennoch werden sie nicht ausreichen, um die Ursachen für Fixierungen zu beseitigen. So zeigen gerade die Empfehlungen aus der ReduFix-Studie auf, dass es nicht nur darum gehen kann, einen sensiblen Umgang mit dem Einsatz von freiheitsentziehenden Maßnahmen wie Fixierungen in den Einrichtungen zu verankern. Die hier gemachten Vorschläge gehen weit darüber hinaus und fordern Änderungen bei den Strukturen der Einrichtungen. Nur so können bessere Alternativen für Bewohnerinnen und Bewohner sowie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen geschaffen werden, und nur so kann den Ursachen für vorgenommene Fixierungen entgegengewirkt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hierzu gehört unter anderem die Schaffung von Wohngruppen und Hausgemeinschaften statt der Beibehaltung der vielerorts noch vorhandenen anonymen Großeinrichtungen. In diesen überschaubaren Versorgungsstrukturen stehen das Wohnen und der gelebte Alltag stärker im Vordergrund, als dies in üblichen Pflegestationen der Fall ist. Hierzu gehören auch bauliche Veränderungen, die gerade Menschen mit Demenz eine Orientierung geben können.

Notwendig sind darüber hinaus eine bedarfsgerechte Personaleinsatzplanung, ausreichend qualifiziertes Fachpersonal, eine Pflege und Betreuung, die auf die individuellen Bedarfe und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner eingerichtet ist.

Notwendig sind auch 24-Stunden-Angebote, zum Beispiel Weltcafés, eine Krisenintervention, die auf die individuelle Situation der Menschen eingeht, und eine Pflege, die auf die individuelle Biografie der in den Einrichtungen lebenden Menschen eingeht, um Situationen, die den Einsatz von Fixierungen scheinbar notwendig machen, zu vermeiden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, um die Ursachen für Fixierungen beseitigen zu können, werden wir uns bei der Beratung des Wohn- und Teilhabegesetz sowie des Landesdemografiesetzes und nicht zuletzt auf der Bundesebene bei der Weiterentwicklung des SGB XI für einen qualitativen Wandel bei der Infrastruktur für pflegebedürftige Menschen und die Beschäftigten einsetzen.

(Beifall von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Quartierkonzepte, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen und überschaubare Wohn- und Pflegeangebote bieten, zeigen uns den richtigen Weg auf.

Wir stimmen der Überweisung zu und freuen uns auf eine konstruktive Debatte im Fachausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ünal. – Für die Fraktion Die Linke hat der Abgeordnete Zimmermann das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Danke. – Frau Präsidentin! Kolleginnen, Kollegen! Auch die Fraktion Die Linke sieht das Thema als hochsensibel an. Deshalb sind wir dankbar, dass das Problem der Fixierungen angesprochen wird. Die Anzahl der Fixierungen nimmt zu. Es handelt sich dabei immer um einen massiven Eingriff in die Selbstbestimmungsrechte der betroffenen Patientinnen und Patienten. Diese Maßnahme sollte eigentlich immer nur als allerletzte Möglichkeit wahrgenommen werden. Lediglich in ganz wenigen Ausnahmefällen gibt es die Notwendigkeit für kurzfristige Fixierungen. Das kann und wird es immer geben. Die Frage aber ist, ob man das zum Standard macht, um das etwas überspitzt zu formulieren.

Es wurde dargestellt, dass längere Fixierungen stark gesundheitsgefährdend sein können. Nach meinen Erfahrungen – ich sage das ganz bewusst; ich komme bekanntermaßen aus dem Gesund-

heitsbereich – sind sie in den allermeisten Fällen nicht notwendig.

Ihrem Antrag zufolge, Kollege Romberg, werden jedes Jahr in Deutschland über 90.000 Menschen fixiert. Ich behaupte, dass die meisten Fixierungen mit mehr Personal in den Pflegeeinrichtungen und in den Krankenhäusern, speziell in psychiatrischen Krankenhäusern, unnötig wären.

Aber, Kollege Romberg, es ist immer das Gleiche. Sie und Ihre Fraktion sprechen im Bereich Gesundheitspolitik in den meisten Fällen die Probleme richtig an, ohne dass Konsequenzen folgen. Wenn in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen mehr Pflegekräfte beschäftigt werden könnten – aber dafür benötigt man Geld, finanzielle Ressourcen –, bräuchten wir uns nicht in dem Maße über dieses Problem zu unterhalten. Aber häufig sind eben – ich sage das gerade in Richtung Ihrer Fraktion – die Millionen an Vergünstigungen und Steuererleichterungen für Konzerne und Millionäre wichtiger als die Millionen für das Gesundheitswesen.

Das ist das Problem, das Sie nie ansprechen. Das haben Sie weder damals bei der Videoüberwachung noch jetzt bei den Fixierungen angesprochen. Sie sollten einmal darüber nachdenken – Sie kommen selbst aus diesem Bereich –: Wie können wir Fixierungen reduzieren? Das ist bei Patienten, die sich selbst oder andere gefährden, nur möglich, wenn Pflegekräfte vor Ort sind, die sich ständig bei den Patienten befinden.

Stellen Sie sich mal vor, im Kindergarten gäbe es bei Kindern, die sich prügeln oder sich selbst in Gefahr bringen, das Mittel der Fixierung – eine zu Recht völlig absurde Vorstellung. Wir müssen dazu kommen, dass dies bis auf ganz wenige Ausnahmen, wie schon gesagt, auch in der Pflege gilt. Das dürfen nur absolute Ausnahmen sein. Denn Menschenrechte – eben wurden sie zitiert – sind unteilbar. Das, was in der Kinderbetreuung gilt, sollte auch in der Betreuung alter und kranker Menschen gelten.

Der Personalschlüssel wird in vielen Einrichtungen immer schlechter. Ich sage das einmal ganz deutlich aus eigener Erfahrung – nicht als ehemals Beschäftigter im Gesundheitswesen, sondern als familiär Betroffener. Ich kenne Pflegeheime, in denen Pflegekräfte in die Situation kommen, sich ganz schnell bei den Ärzten die Genehmigung zum Fixieren zu holen, weil sie der Situation ansonsten nicht mehr Herr werden. Ich erlebe in Pflegeheimen die Situation, dass es über einige Stunden hinweg auf einer Station bzw. in einer Wohneinheit nur eine einzige Pflegekraft gibt. Das ist ein Unding, das ist ein Skandal, und dem müssen wir begegnen. Hier müssen wir Abhilfe schaffen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss, kündige aber schon einmal vorsorglich an, dass das

Thema des mangelnden Personals in Pflegeeinrichtungen und Kliniken, das ich hier soeben angesprochen habe, erneut von unserer Seite aus angesprochen wird. Ich bitte Sie herzlich, dies in der Debatte zu berücksichtigen und mit entsprechenden Initiativen auch Ihrer Fraktion mit dafür zu sorgen, den Zuständen in diesem Bereich, der für uns sehr wichtig ist, zu begegnen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zimmermann. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Steffens das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir das Thema auch hier diskutieren. Natürlich wird es an vielen Stellen behandelt. Trotzdem möchte ich vorab eine Bemerkung machen, weil ich meine, dass wir uns darauf verständigen müssen, worüber wir im Ausschuss diskutieren.

Uns muss klar sein, dass wir nicht nur über Gurtfixierungen reden können. Vielmehr müssen wir über alle Formen der Fixierung, also auch über das Bettgitter, und über das Sedieren statt Fixierens reden. Denn auch die Fälle, in denen Menschen nicht fixiert, sondern medikamentös ruhig gestellt werden, sind Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht. Insofern müssen wir uns über diese Formen unterhalten.

Ich finde wichtig, was Frau Veldhues eben gesagt hat. Sie sagte, wir müssten, ohne uns gegenseitig Vorwürfe zu machen und Beschäftigte und Strukturen anzugreifen, gemeinsam analysieren, welche Umstände zu einer so hohen Zahl von Fixierungen, Sedierungen und letztendlich auch Einschränkungen des Selbstbestimmungsrechts führen und was notwendig wäre, um zu Veränderungen in den Strukturen zu kommen, damit es nicht zu dieser hohen Zahl kommt.

Denn wir werden nicht einfach so nebenbei – und darüber werden wir reden müssen, Herr Romberg – eine Lösung finden, die beispielsweise eine Fixierung plus Sitzwache oder überhaupt keine Fixierungen mehr vorsieht. Vielmehr werden wir Antworten auf die Frage finden müssen, warum und in welchem Umfang Fixierungen stattfinden und wie diese mit den Personalressourcen zusammenhängen.

Es muss uns aber auch um die Denkweise gehen, die hinter den Fixierungen steht. Wir werden es also umfassender machen müssen. Denn mit den 6.000 € – das ist der Betrag für eine Betreuung in Form einer Sitzwache – werden wir erstens nicht weit kommen, und zweitens halte ich auch dieses nicht unbedingt für das richtige Konzept.

Wir werden uns auch mit der kleinen Zahl von Fixierungen beschäftigen, die nicht wegen eines Sturzrisikos oder Unruhe vorgenommen werden, sondern hinter denen Selbstgefährdungsabsichten oder Suizidgefahr stehen. Wir sollten an der Stelle eine intensive fachliche Debatte über die Interventionen führen, die notwendig sind, und nicht reißerisch oder plakativ auftreten. Wir müssen im Interesse der Menschen Lösungen finden, und dabei besteht darin Konsens, dass freiheitsentziehende Maßnahmen – und hier ist es egal, ob es um das Fixieren oder das Sedieren geht – auf das notwendige Minimum reduziert werden; denn wir wollen, dass die Menschen ihr Selbstbestimmungsrecht auch wirklich ausüben.

Nur: Wenn wir darüber reden, dann müssen wir auch über die finanziellen Ressourcen sprechen. Wir werden es, Herr Romberg, aufgrund der heutigen Standards nicht 1:1 umsetzen können. Schließlich sehen wir schon heute, dass wir an vielen Punkten Veränderungen bräuchten. Denn wenn wir über Strukturen reden wollen, die den Bedarfen und Bedürfnissen gerade dementer Menschen in Pflegeeinrichtungen gerecht werden sollen, dann brauchen wir mehr Personal und eine andere Ausstattung. Wir könnten schon heute mit Betten, deren Höhe bis auf Bodenhöhe absenkbar ist, und Sensorenmatte vor den Betten registrieren, wann jemand das Bedürfnis zu laufen hat. Es geht auch darum, dass er das Bett verlassen kann, ohne dass ihm etwas passiert. Denn wenn sich die Liegefläche auf Bodenhöhe befindet, dann kann er das Bett verlassen, ohne zu fallen und sich zu verletzen. Viele Einrichtungen haben solche Betten nicht, weil sie diese Betten entweder gar nicht kennen oder weil sie keine investiven Mittel haben, um diese neuen Betten anzuschaffen. Das sind alles Gründe, die man eigentlich nicht gelten lassen kann.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Insofern müssen wir die Strukturen anpacken und sagen, dass wir andere Strukturen für Menschen in der stationären Pflege brauchen.

Es geht aber nicht nur um Pflegeeinrichtungen. Denn das Sedieren und das Fixieren findet zu einem hohen Maße auch im Krankenhausbereich statt, und auch dort kommt dieses nicht immer vor dem Hintergrund der medizinischen Notwendigkeit zur Anwendung, sondern aufgrund der Angst davor, dass es zu einer Gefährdung kommen kann oder dass die Struktur den Bedarfen des Menschen nicht gerecht wird. Daher wünsche ich mir, dass wir uns nicht auf einzelne Bereiche beschränken, sondern dass wir die Diskussion in vollem Umfang führen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Denn auch im Krankenhaus gilt: Es ist ein Bett anzuschaffen, das sich bis auf Bodenhöhe absenken lässt, und eine Sensorenmatte muss vor dem Bett liegen. Darüber hinaus muss man, sobald jemand

sein Bett verlässt, im Pflegezimmer den Alarm hören, um dem Patienten bzw. der Patientin zu helfen. Dafür muss aber auch eine entsprechende Personalausstattung vorhanden sein. Denn wenn durch die Sensorenmatte der Alarm ausgelöst wird, dann muss auch jemand zu dem Menschen gehen können.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Aber wenn es nur eine Nachtpflegekraft gibt, dann funktioniert das nicht.

Daher wünsche ich mir, dass diese Appelle auch an den Bund herangetragen werden. Denn die Pflegereformen aus dem letzten Jahr und die, die jetzt auf dem Tisch liegen, werden unsere Probleme nicht lösen. Wir brauchen andere Lösungen. Wir brauchen eine Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, damit Menschen mit Demenz von diesen Finanzierungskonzepten endlich anders erfasst werden.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir sind also gemeinsam auf dem Weg, und wir wollen auch dasselbe Ziel erreichen. Was allerdings die Frage angeht, was wir dafür alles brauchen, muss ich sagen, dass mir das alles zu kurz gesprungen ist. Mir ist es auch zu kurz gesprungen, wenn ich nur über die freiheitsentziehenden Maßnahmen rede, die gerichtlich angeordnet sind.

Es geht beispielsweise auch um die Frage, die Menschen abends gestellt wird: Soll ich Ihnen nicht lieber das Bettgitter hoch machen, damit Sie nicht herausfallen? – Diese wird aus Angst vor einem Sturz natürlich schnell bejaht, aber es ist eine Frage, die eigentlich der Vergangenheit angehören müsste. Die Frage der Zukunft müsste lauten: Soll ich Ihnen das Bett herunterfahren, damit Sie, wenn Sie fallen, keine Verletzungen davontragen? Auch da müssen wir gemeinsam – nicht nur bei den gerichtlich angeordneten Verfahren – versuchen, neue Wege zu finden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Aus einem weiteren Grund verstehe ich nicht, warum das von Ihnen hier in dieser Vehemenz und Intensität vorgetragen wird, Herr Romberg. Es ist nämlich schon viel Zeit vergangen. Die bayerischen Empfehlungen stammen von 2006. Sie hätten also schon zu eigenen Regierungsverantwortungszeiten die Möglichkeit gehabt, sich auf den Weg zu machen. Das haben Sie damals nicht getan. Dann müssen Sie aber auch bei dem, was Sie jetzt auf den Weg bringen, bitte schön, anerkennen, was wir als Landesregierung seit 2010 hier schon alles gemacht und auf den Weg gebracht haben; denn da ist bereits einiges passiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein Beispiel ist eben genannt worden. Die Fachtagung „Gewalt in der Pflege“, die wir am 1. und

2. Februar 2012 gemeinsam mit dem Landespflegeausschuss durchgeführt haben, ist auch ein ganz wichtiger Schritt, den wir gegangen sind. Dort ging es nämlich darum, die Gewalt in der Pflege, die bisher ein großes und breites Tabuthema war, und zwar sowohl in der häuslichen Pflege als auch in der stationären Pflege, gemeinsam zu einem offenen Thema zu machen – aber ohne Schuldzuweisung; denn wir kommen nicht weiter, wenn wir die Schuld für Gewalt entweder denjenigen zuschreiben, die in der eigenen Häuslichkeit überfordert sind, oder denjenigen, die in Pflegestrukturen aus Hilflosigkeit und der Situation heraus, Schlimmeres verhindern zu wollen, ja nicht böswillig, sondern in gutem Glauben handeln. Wir dürfen ihnen keine Vorwürfe machen, sondern müssen gemeinsam mit ihnen den Weg gehen, Veränderungen zu erreichen.

Deswegen war diese Veranstaltung mit über 500 Teilnehmern und Teilnehmerinnen, bei der es auch um Fixierung, Sedierung und andere freiheitsentziehende Maßnahmen ging, ein wichtiger Schritt; denn wir müssen die Diskussion führen. Etwas verändern werden wir nämlich nicht allein dadurch, dass wir hier zu bestimmten Rahmenbedingungen kommen. In der Substanz etwas verändern werden wir nur dann, wenn es auch bei denjenigen ankommt, die in den entsprechenden Bereichen dafür zuständig sind. Denn sonst wird Fixierung durch Sedierung ersetzt, und damit ist den Menschen erst recht nicht geholfen, sondern damit wird der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist der eine Bereich. Der zweite ist: Natürlich haben wir auch mit dem Landespflegeausschuss diese Diskussion geführt. Aber auch mit der Arbeitsgemeinschaft nach § 17 WTG diskutieren wir genau diese Fragen. Das tun wir mit dem Ziel, möglichst weitgehende und möglichst sinnvolle Projekte, die es in Bayern und an anderen Stellen gibt, kurzfristig übertragbar zu machen – auch das von Prof. Klie mit auf den Weg gebrachte Freiburger Projekt ReduFix. An dieser Stelle gucken wir genau, was wir denn alles an sinnvollen Maßnahmen haben und wie welche Maßnahmen übertragbar sind. Dabei achten wir darauf, dass sie nicht nur theoretisch übertragbar sind, sondern auch im Alltag in der Pflege verinnerlicht und umgesetzt werden und dass die Praxis, wie gesagt, auch die notwendigen Rahmenbedingungen dazu bekommt.

Ein wesentlicher Bereich, auf den sich Ihr Antrag bezieht, ist der „Werdenfelser Weg“. Auch da kann ich nur sagen: Herzlichen Dank an Justizminister Kutschatj! In Nordrhein-Westfalen gibt es dazu nämlich schon lange einen Prozess. Im November 2010 ist das Amtsgericht Witten damit an den Start gegangen. Das Ganze wird derzeit durch eine Arbeitsgruppe an der Universität Witten/Herdecke evaluiert.

Es ist aber nicht nur das. Auf der heute schon mal zitierten Internetseite des Justizministeriums ist es heute zwar Topmeldung des Tages, aber auch sonst jederzeit zu finden. Das Justizministerium ist da also sehr aktiv.

(Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP])

– Es ist leicht zu finden, Herr Romberg. – Es ist ein wesentlicher Bereich im Justizministerium, zu sagen: Wir wollen nicht nur mit dem, was bisher in Nordrhein-Westfalen läuft, sondern auch mit einer Veranstaltung am 19. März 2012 sämtliche Betreuungsrichterinnen und Betreuungsrichter erreichen, um mit ihnen über diese alternativen Maßnahmen und Konzepte zu diskutieren.

Herr Romberg, Sie können mir glauben – Sie wissen ja auch, wie Verwaltungen funktionieren –, dass diese Veranstaltung am 19. März 2012 im Justizministerium nicht zustande gekommen ist, weil Sie Ihren Antrag gestellt haben. Man könnte genauso gut meinen, Sie hätten den Antrag geschrieben, weil es diese Veranstaltung gibt. Aber auch das will ich Ihnen nicht unterstellen.

Die Landesregierung ist also an diesem Thema dran – und nicht nur damit, sondern auch mit weiteren Punkten. Der 24. Westdeutsche Betreuungsgerichtstag 2011 hat sich mit dem „Werdenfelser Modell“ beschäftigt. Das ist ein breites Thema.

Auch wir finden, dass das ein sinnvoller Weg ist. Allerdings können wir ihn nicht von oben nach unten verordnen und erzwingen, sondern müssen qualifizieren, weiterbilden und die Betroffenen mitnehmen. Man kann das nicht als Landesregierung von oben herab entscheiden.

(Beifall von der LINKEN)

Diese Möglichkeiten und Wege haben wir nicht. Aber auch darüber können wir gerne gemeinsam diskutieren.

Wir sind also dabei – sowohl vom Justizministerium als auch von meinem Ressort aus –, hier sämtliche möglichen Wege anzugehen.

Im dritten Punkt der Beschlussempfehlungen Ihres Antrags sprechen Sie die Schulung von Ärzten und Ärztinnen sowie Pflegekräften an. Auch da ist natürlich klar, dass alle Verantwortlichen sensibilisiert werden müssen, dass über freiheitsentziehende Maßnahmen diskutiert werden muss und dass gemeinsam weitergebildet und qualifiziert werden muss.

Aber auch das ist nichts, was jetzt neu passieren müsste. Die Ärztekammern Nordrhein und Westfalen-Lippe arbeiten gerade daran, dass das eine stärkere Berücksichtigung in der ärztlichen Tätigkeit finden soll und dass Fort- und Weiterbildung in diesem Bereich stattfindet. Bekanntlich ist das allerdings die Selbstverwaltung der Ärzte und Ärztinnen. Alles, was wir aus diesem Bereich immer wieder be-

richtet bekommen – bis hin zu den Dingen, wo es in die praktische Ausbildung und die schulische Ausbildung im Pflegesektor integriert ist –, sind aber Maßnahmen, mit denen wir auf dem richtigen Weg sind.

Daher halte ich es für wichtig, dass wir diese Diskussion führen, dass wir auch gemeinsam deutlich machen, dass Fixierung wirklich nur als Ultima Ratio akzeptabel ist, und dass wir Wege und Strukturen finden, in denen dieses, was heute doch in einem hohen Maße stattfindet, perspektivisch nicht notwendig ist – aber nicht deswegen, weil es Alternativen gibt, die das Selbstbestimmungsrecht ebenfalls einschränken, sondern weil wir es wirklich schaffen, dass Menschen in diesem Land selbstbestimmt alt werden können, und zwar ohne solche Einschränkungen ihrer Lebensqualität.

Alles das, was wir bisher konzeptionell bis hin zur Quartiersentwicklung auf den Weg gebracht haben, alles das, was wir mit dem WTG in einem gemeinsamen Prozess mit sämtlichen Akteuren vorhaben, ist meines Erachtens der Weg in die richtige Richtung. Es wäre schön gewesen, wenn das auch schon früher so angegangen worden wäre.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich die Debatte schließe.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/3899** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** – federführend – sowie an den **Rechtsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisungsempfehlung stimmen oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren, und ich schließe den Tagesordnungspunkt 4.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

5 Erneuerbare Energien möglich machen – Nordrhein-Westfalen braucht neue Pumpspeicherkraftwerke

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3902

Ich eröffne die Beratung. – Herr Kollege Deppe hat für die antragstellende Fraktion der CDU das Wort.

Rainer Deppe (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zwei Überschriften sind mir am heutigen Tag aufgefallen. Über eine

Überschrift habe ich mich richtig gefreut – vielleicht haben Sie die auch gelesen –: „Franzosen wärmen sich mit deutschem Strom“. Das Atomland Nummer eins in Europa, sonst immer hingestellt als der Stromerzeuger, der scheinbar unbegrenzt und zu unschlagbar günstigen Preisen Strom erzeugen kann und nur darauf wartet, dass die Deutschen an die Tür klopfen und fragen: „Könnt ihr uns nicht was liefern?“, ist in diesen Wintertagen darauf angewiesen, Strom aus Deutschland, ökologisch erzeugten Strom, Strom aus erneuerbaren Energien zu beziehen.

Das zeigt doch, dass wir mit den beiden Sorgen – ich will jetzt keine schärferen Worte benutzen –, die uns in den letzten Monaten nach dem Abschalten der sieben Atomkraftwerke durch die Bundesregierung immer wieder begegnet sind, etwas beruhigter umgehen können. Eine Sorge ist, wir könnten in Deutschland nicht genug Strom erzeugen. Davor wird ja gewarnt. Die zweite Sorge ist – die will ich direkt mit aufgreifen –, der Strom könnte zu teuer werden.

Tatsächlich ist es so, dass durch den Einsatz der erneuerbaren Energien der Strompreis an der Strombörse nicht gestiegen, sondern seit dem Abschalten der Atomkraftwerke eher gesunken ist. Wir sind also keineswegs ständig auf Stromimporte angewiesen. Im Gegenteil: Es gibt Zeiten, in denen Deutschland Strom exportieren kann. Im Saldo exportieren wir immer noch mehr als wir importieren.

Inzwischen sind auch die ersten Investoren auf dem Rückzug, weil sie sagen, mit der Investition in bestimmte neue Kraftwerke ist nichts mehr zu verdienen.

Das zeigt: Der Weg, den die erneuerbaren Energien für uns geöffnet haben, ist ein guter Weg, ein Weg, der weiter in die Zukunft weist.

Ich will aber auch die zweite Überschrift erwähnen, über die ich mich geärgert habe. Es ging um die Berichterstattung über die gestrige Debatte im Deutschen Bundestag. Überschrift: „Unversöhnliche Gegensätze in der Energiepolitik“.

Im Bundestag wirft Herr Trittin gestern der Bundesregierung ein Scheitern auf allen Gebieten vor. Diejenigen, die hier sind, wissen, dass das so nicht ist. Wir wissen aber auch, dass wir zügiger vorankommen müssen.

Übrigens, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Wir könnten hier heute das Gleiche tun und der Landesregierung ein Scheitern in allen Bereichen vorwerfen. Denn deren Bilanz ist auf keinen Fall besser als die der Bundesregierung. Außer dem Ziel, den Anteil der Windenergie bis zum Jahr 2020 auf 15 % zu steigern, haben Sie bisher noch nicht einmal weitere Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energieträger vorgelegt: zum Beispiel Fotovoltaik, Biogaserzeugung, Geothermie, Wasserkrafterzeugung.

Abgesehen davon: Die Genehmigungen für Investitionsentscheidungen werden nicht auf der Bundesebene erteilt, sondern fallen in die Zuständigkeit der Länder.

Die derzeit von der Landesregierung genannten Zielmarken – die will ich jetzt gar nicht groß kritisieren – können doch allenfalls – darüber müssen wir uns hier einig sein – ein erster Schritt sein auf dem Weg, auf den wir uns auf Bundesebene schon alle verständigt haben, nämlich die erneuerbaren Energien auszubauen auf einen Anteil von 35 % bis 2020, von 50 % bis 2030, von 65 % bis 2040 und von 80 % bis 2050.

Wenn wir mal ehrlich sind, meine Damen und Herren, müssen wir sagen: Mit der Windkraft kommen wir Nordrhein-Westfalen auch nicht richtig voran. Wir haben zwar den Windkrafterlass, aber deshalb sind noch nicht neue Windräder gebaut worden. Auch den Leitfaden zur Windenergie im Wald, Herr Rammel, gibt es noch nicht. Ich will jetzt gar kein Fass aufmachen, weil ich finde, dass dies ein ernsthaftes Problem ist, und wir sollten uns darangeben, es zu lösen. Der Netzausbau kommt in Nordrhein-Westfalen ebenfalls nicht voran.

Wir hörten von den Energieversorgern bzw. von den Netzbetreibern, dass die Raumordnungsbehörden nicht entsprechend ausgestattet sind, Anträge schnell genug bearbeiten zu können. Auch hinsichtlich der Speicherkraftwerke hat sich zumindest aus Sicht der Landesregierung bisher noch nichts getan.

Das Klimaschutzgesetz, das Sie immer erwähnen, wird diese Probleme auch nicht lösen. Denn es ist eher ein restriktives Gesetz, das Investitionen verhindert, und kein Gesetz, das anregt, und vor allem kein Gesetz, das die Probleme löst, die ich beschrieben habe und die wohl unstreitig sind.

Wir wollen – das sage ich für die CDU-Fraktion und hoffentlich auch für die Kollegen von der FDP-Fraktion; das werden wir gleich noch hören –, dass die Energiewende gelingt, auch hier in Nordrhein-Westfalen. Wir sind das Energieland Nummer eins, und das wollen wir bleiben, auch bei regenerativen Energien.

Sie wissen, dass ich mich vor einer Auseinandersetzung in der Sache nicht scheue, wie wir heute Morgen hier erlebt haben, aber wir haben uns in Deutschland doch vorgenommen, von der ressourcenverbrauchenden Wirtschaftsweise umzusteuern zur ressourcenschonenden Wirtschaftsweise.

Das ist eine Wende. Wir haben das im allgemeinen Sprachgebrauch nicht umsonst Energiewende genannt. Wir verwenden den Begriff „Wende“ in unserem Land doch dann, wenn es tatsächlich eine Wende gibt, die das ganze Volk betrifft. Ich glaube, es ist nicht vermessen, wenn man die Energiewende mit der letzten großen Wende in unserem Land, mit dem Ende des Kommunismus und der Wiedervereinigung, vergleicht. Auch das war eine gewalti-

ge Veränderung für unser Land. Wir alle haben ein großes Interesse daran, dass diese Wende gelingt.

Wir haben heute mit unserem Antrag eine Facette der Energiewende angesprochen – wir können sie nicht alle in einer Debatte, in einem Antrag anpacken –, das Thema, das auch in der Regionalplanung aktuell ist: die Errichtung von Pumpspeicherkraftwerken. Diese Technik ist erprobt, sie steht zur Verfügung, und sie ist vor allem wichtig, um das kurzfristige Speichern von regenerativ erzeugtem Strom zu ermöglichen.

Auch bei einem Wirkungsgrad von 80 % ist diese Technik sehr gut geeignet, kurzfristige Schwankungen in der Erzeugung abzufangen. Denn wir wissen: Der Wind bläst nicht immer zu jeder Tageszeit gleich stark, die Sonne scheint auch nicht ständig und gleichmäßig. In dem Moment, wo diese Energien anfallen, brauchen wir also die Möglichkeit, den erzeugten Strom zu speichern.

Ehrlich gesagt: Es will mir nicht in den Kopf, dass wir Windräder abschalten müssen, dass wir bei Fotovoltaikanlagen in Zukunft vorsehen müssen, dass sie von den Energieunternehmen abgeschaltet werden können, weil der Strom nicht aufgenommen werden kann. Dafür müssen wir doch gemeinsam sorgen: dass der Strom, der regenerativ erzeugt wird, auch abgenommen und zwischengespeichert wird, um dann zur Verfügung zu stehen, wenn er gebraucht wird. Dafür sind die Speicherkraftwerke die bis heute einzige wirtschaftlich und im großen Maßstab zur Verfügung stehende Technologie. Ich denke, wir sollten in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen deutlich vorankommen.

Mein Kollege Hubertus Fehring wird unseren Antrag gleich in der zweiten Runde im Detail vorstellen. Ich hoffe, dass Sie sich uns in diesem Fall anschließen können. Es wäre schade, wenn Sie wieder nur nach Vorwänden suchen würden, um unseren Antrag am Schluss abzulehnen.

Die Energiewende ist meines Erachtens zu wichtig, um sie in einen parteipolitischen Streit über die Umsetzung der erneuerbaren Energien hineinzuziehen. Die CDU will, dass die Energiewende gelingt. Wir hoffen, dass Sie unser Ansinnen unterstützen und dass wir hier gemeinsam weiterkommen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die Fraktion der SPD spricht der Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nach der Einlassung von Herrn Deppe überlegt: Mensch, jetzt hast du dir eine so schöne Rede aufgeschrieben, wie fängt man da eigentlich an? – Es wird Sie überraschen, wenn ich sage: Zunächst einmal steht

hier, dass ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion bedanke.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn mit Ihrem Antrag legen Sie eine Basis

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– in dem Tenor weiter; das kann ich mir gut vorstellen –, über die wir diskutieren können. Herr Deppe hatte ja auch gut angefangen. Als jemand, der schon in der letzten Wahlperiode hier im Landtag gewesen ist, bin ich allerdings ganz erstaunt, dass Herr Deppe Texte aus seiner Fraktion vorliest, die diametral zu den Debatten stehen, die wir noch vor wenigen Monaten hier im Landtag geführt haben. Ich erinnere an die Debatte über die Restlaufzeiten, an endlose Debatten über die Fragen: Ist Windkraft eigentlich nötig oder nicht? Müssen wir in Nordrhein-Westfalen erneuerbare Energien ausbauen oder nicht?

Herr Deppe, Sie haben den Windkrafterlass angesprochen. Ich möchte noch mal daran erinnern, dass es die schwarz-gelb geführte Landesregierung war, die kurz nach ihrer Regierungsübernahme 2005 die Kommunen gerade beim Ausbau von Windkraftanlagen so behindert hat, dass jetzt viele Gemeinden nachlaufen, dass plötzlich Vorranggebiete da sind, dass sich gerade die Landwirtschaft in dem Bereich auf einmal aufmacht, Bürgerwindkraftanlagen zu errichten. Das ist ein Hemmnis. Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen zwei, drei Jahre verplempt, die wir hätten nutzen können.

Wenn Sie in dem einen oder anderen Nebensatz ausgerechnet uns vorwerfen, wir hätten mehr tun müssen, dann sage ich Ihnen: Ja, in diesen zwei Jahren hätten wir uns um das eine oder andere besser kümmern können und auch sollen. Wir mussten aber erst mal die Tatsachen schaffen, dass wir bei der Windkraft nach vorne kommen. Wir mussten die Tatsachen schaffen, dass wir bei der Energieeffizienzberatung wieder auf einen Stand kommen, der es uns ermöglicht, im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern wieder über Energieeffizienz und Erneuerbare zu reden. Wir hätten also wertvolle Zeit nutzen können.

Wenn Sie davon sprechen, dass der Klimaschutzplan, das Klimaschutzstartprogramm, das Sofortprogramm nicht helfen würden, dann erinnere ich daran, dass einige Teile von der Vorgängerregierung übernommen wurden. Bei der Gebäudesanierung sind wir aber nicht vorangekommen, weil die Bundesregierung nicht in der Lage ist, ein Gebäudesanierungsprogramm aufzulegen.

Ich betreue den Unterbezirk Borken. Wenn man in dieser Runde über Biogas spricht, dann muss man sich auch darüber unterhalten, dass Sie den Biomasseaktionsplan in der letzten Wahlperiode aufgelegt haben, ohne zu fragen: Wo kommen eigentlich die Frachten, die in diese Anlage gehen, her? Über

welche Transportwege reden wir eigentlich? Und wie müssen wir hier nachhaltig wirtschaften? – Ich wäre also an Ihrer Stelle ganz vorsichtig, das hier so darzustellen, als habe sich Rot-Grün nicht auf den Weg gemacht.

Wir haben viel erreicht im Land. Aber in zwei Jahren sind auch einige Dinge liegen geblieben, die wir jetzt abarbeiten müssen – auch wenn Sie als CDU zum Schluss bei der Windkraft den Hebel noch frühzeitig gefunden haben, zum Beispiel was die Höhenbegrenzung angeht.

Der Klimaschutzplan, den Sie hier erwähnt haben, und das Klimaschutzgesetz sind gerade deshalb notwendig, um – wie Sie es ausgeführt haben – für die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung zu sorgen. Es reicht nicht, die Energiewende, von der Sie gesprochen haben, auf Bundesebene mit Plakaten auf Bahnhöfen anzugehen, um Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wissen doch sehr wohl, Herr Deppe, dass Herr Rösler und Herr Röttgen in Fragen der Förderung von Solartechnik, in Fragen der Gebäudesanierung nicht mit einer Stimme sprechen. Wir wissen doch sehr wohl, dass sich die Bundeskanzlerin auf G7-Gipfeln gerne ablichten und als Klimaschutzkanzlerin darstellen lässt. Wenn es aber darauf ankommt zu springen, dann wird immer nur geguckt, was gerade up to date ist und was nicht.

Das ist aber eben nicht die Energiepolitik, die für ein Energieland Nummer eins wie Nordrhein-Westfalen erforderlich ist. Unternehmer und Industrie fordern berechtigterweise Planungssicherheit ein. Diese Springprozession, die Sie veranstaltet haben, trägt nicht dazu bei, dass das hier organisiert werden kann.

Das Beispiel Frankreich, das Sie hier angeführt haben, habe auch ich in meiner Rede vorgesehen, kann ich aber ausklammern. Denn das zeigt mir noch mal deutlich, welchen rückwärtigen Blick Sie noch vor wenigen Monaten hatten, als Sie mir hier erzählt haben: Wenn wir die Kraftwerke abschalten, sitzen wir im dunklen Landtag. – Aber der Landtag ist hell, die Temperaturen sind hoch, und wir verkaufen Strom nach Frankreich. Genau das Gegenteil ist also passiert. Da haben wir ohne Not viel Energie verschwendet. Da sind wir dann vielleicht auch mal wieder deutlich zusammen.

Ich gehe noch mal auf die Bundesregierung ein. Ich finde es ganz ungewöhnlich, dass die Gewerkschaft IG BCE und der BDI noch vor wenigen Tagen in der Presse von der Bundesregierung deutlich einen Masterplan eingefordert und noch mal deutlich gesagt haben: Wenn man die Energiewende gestalten will, dann muss man auch den Blick auf eine einheitliche Regelung lenken. – Und der BDI ist nun wirklich keine Vorfeldorganisation der Sozialdemokratie.

Schauen wir uns noch mal die Pumpspeicherkraftwerke an. Entgegen dem, was Sie uns in Ihrem Antrag suggerieren, arbeitet die rot-grüne Landesregierung in beiden Regierungsfractionen konkret.

Einige Ausführungen, Herr Brockes, gestatten Sie mir sicher; wir haben ja ordentlich Zeit. Energie ist auch bei Ihnen ein Thema. Aber Sie blenden relativ viel aus, tun dann so, als seien Sie auf diesen Zug noch ganz zum Schluss aufgesprungen, und stellen sich hier als große Energiewender dar. Herr Deppe hat zum Größenvergleich ja sogar die deutsche Einheit bemüht.

Wenn man die Energiewende will, dann muss man für Akzeptanz sorgen, dann muss man die Menschen mitnehmen. Wir legen im Klimaschutzplan Dialogforen mit den Menschen in dieser Frage an.

Um noch einmal auf die Pumpspeicherkraftwerke zu kommen: Ich kann Ihnen für die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sagen, dass wir beispielsweise mit Trianel seit Monaten im Gespräch sind und dafür Sorge tragen, dass die Akzeptanz in diesen Bereichen in der Gesellschaft auch deutlich da ist – weil wir schon darüber reden müssen, dass hier gewaltige Flächen umgewandelt werden, weil wir schon darüber reden müssen, wie Planungsrecht geschaffen wird. Wir haben in unserem Land vorher noch nie über solch großen Anlagen mit Speichertechnik gesprochen.

Vor diesem Hintergrund haben wir, glaube ich, wichtige Schritte gemacht. Wir haben sie nicht immer in die Öffentlichkeit getragen; das mag sein. Es ist aber wichtig, gerade im Planungsrecht sensibel vorzugehen, denn die Veränderung der Landschaft in den Regionen, die Sie angesprochen haben, ist für die Menschen eine neue Erfahrung.

Ich kenne ein Pumpspeicherkraftwerk dieser Größe in unserem Bundesland nicht; das bekenne ich. Wir haben uns das mit dem Umweltausschuss angesehen, als wir in Norwegen waren. Da muss man die Menschen mitnehmen; denn sonst wird niemals eine Akzeptanz für diese wichtige Technologie in Nordrhein-Westfalen erreicht werden können.

Ich komme zum Schluss. Ich habe Sie ja zu Beginn meiner Rede gelobt. Ich glaube, dass wir bei der Debatte um diesen Antrag noch mal gemeinsam schauen sollten, dass wir die notwendige Akzeptanz, die notwendige Planungssicherheit und die notwendige Seriosität in der Debatte nutzen, um die Energiewende hier voranzubringen. Denn es kann nur in unser aller Interesse sein: in Bezug auf Arbeitsplätze, in Bezug auf das Pilotprojekt „Nordrhein-Westfalen – Energieland Nummer eins“. Wir sollten gemeinsam zeigen, dass das gelingen kann.

Wir wissen alle – wenn wir die Tür der Fraktion schließen und uns das unter vier Augen angucken –, dass das für uns ein Zukunftsprojekt sein wird und sein muss und dass das Nordrhein-Westfalen nach vorne bringt.

Ich hätte auf jeden Fall Spaß daran, wenn wir in den nächsten Sitzungen den Blick vielleicht nicht immer zurückwerfen würden, sondern gemeinsam sagen würden, wie wir das nach vorne bringen können.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, dass Sie das nicht schaffen, ist mir klar. Das ist gar keine Frage.

(Beifall von den GRÜNEN und von Michael Aggelidis [LINKE])

Wir sollten hier aber an einem Strang ziehen. Ich glaube, dass uns das helfen wird.

Herr Brockes, Sie können mit Ihrem AKW, das Sie hier immer wollten, noch lange weitermachen. Sie werden der Letzte sein, der dort das Licht ausmacht. Das ist mir recht.

(Beifall von Ralf Michalowsky [LINKE] – Lachen von Michael Aggelidis [LINKE])

Ich beschäftige mich lieber mit Leuten, die gerne nach vorne gucken.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist für mich ganz wichtig. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich fange jetzt mal an zu loben. Ich mache das ein bisschen verhalten an der einen oder anderen Stelle.

Wenn man sich den Antrag durchliest, stößt man zu Beginn auf sehr viele richtige Dinge. Die Ziele begrüßen wir absolut. Sie zeigen gerade im Lichte der Entwicklung eine gewisse Lernbereitschaft. Die Forderungen zeigen dann aber, wie wenig Ahnung Sie eigentlich davon haben, was hier in Nordrhein-Westfalen passiert. Denn die Frage ist doch: Wie sieht die Realität in Nordrhein-Westfalen eigentlich aus?

Man braucht ja nur mit offenen Augen durch die Welt zu gehen, um mitzubekommen, dass beispielsweise Trianel ganz Nordrhein-Westfalen gescannt hat, um zu sehen, an welchen Stellen Pumpspeicherkraftwerke möglich sind. Sie haben erst mal zwei Standorte herausgesucht. Das ist auch wahrlich alles andere als ein Geheimnis. Denn in ihrem Prospekt stehen genau die Dinge drin.

Zu sagen, dass wir jetzt unbedingt ein solches Kataster brauchen, dass wir unbedingt genau schauen müssen, wo das noch möglich ist, obwohl Trianel und die Stadtwerke Düsseldorf im Grunde genommen schon übers Land gegangen sind, wirft wirklich

die Frage auf, ob das nicht eher Beamtenbeschäftigung ist.

Es geht auch darum, dass Gespräche geführt werden – was auch schon passiert –, inwieweit es möglich ist, Talsperren in eine Pumpspeicherhaltung einzubeziehen. In der Presse kursiert schon lange, dass die RAG zusammen mit den Unis Duisburg und Bochum unter Tage prüft, inwieweit die alten Zechen für Speichermöglichkeiten genutzt werden können. Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, zu fordern, wir sollten das alles noch mal vom Land aus aufarbeiten, wenn das alles schon von Firmen und von Universitäten gemacht wird. Man sollte das sicherlich an der einen oder anderen Stelle noch bündeln.

Wenn es darum geht, was auf welchen Ebenen zu tun ist, dann muss ich auch darauf zu sprechen kommen, was die Aufgabe des Bundes an der Stelle ist. Da, finde ich, zeigt mindestens ein Beispiel, dass im Bund auf jeden Fall noch Hausaufgaben anfallen. Die Energiewende wurde im letzten Sommer durch den Bundestag gepeitscht. Es wurden in einer affenartigen Geschwindigkeit so viele Gesetze durchgebracht, dass dort Fehler geschehen mussten. So ist es eben gekommen, dass Pumpspeicherkraftwerke mit unter die EEG-Umlage fallen und dort jetzt massiv belastet werden, während viele andere Unternehmen zusätzlich von der EEG-Umlage befreit wurden. Bei der einen oder anderen Firma ist auch noch ein Fragezeichen zu machen, ob sie wirklich in einem internationalen Wettbewerb steht, wie das hier immer behauptet wird.

Kurz und gut: Wir sehen hier einen guten Ansatz. An der einen oder anderen Stelle ergibt sich die Frage: Beschäftigen wir nicht einige Leute in der Verwaltung zu viel damit?

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss – vor allem vor dem Hintergrund, dass Sie sich seit der letzten Legislatur deutlich bewegt haben. Aus den Erzählungen von Herrn Priggen weiß ich, dass Welten zwischen diesem Antrag und vorherigen Positionen liegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Jetzt hat Herr Brockes für die FDP-Fraktion das Wort.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Herbst 2010 wurde mit dem Energiekonzept der Bundesregierung erstmals ein konkreter und vernünftiger Weg aufgezeigt, wie die Industrienation Deutschland in das Zeitalter der erneuerbaren Energien kommen kann. Die dabei verfolgten Ziele sind überaus ambitioniert.

Während heute mehr als 80 % des Stroms aus fossilen Energieträgern und Kernenergie stammen, soll der Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung

in 40 Jahren auf 80 % steigen. Damit steht Deutschland – und eben auch Nordrhein-Westfalen als Energieland Nummer eins – vor gewaltigen Herausforderungen. Klar ist, mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien allein ist es nicht getan.

Erstens. Parallel dazu müssen milliardenschwere Investitionen in den Infrastrukturausbau getätigt werden. Um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, wenn der Wind mal nicht weht und die Sonne mal nicht scheint, brauchen wir in der Grundlast weiterhin konventionelle Kraftwerke. Dies erfordert Investitionen in Gas- und neue, hochmoderne Kohlekraftwerke wie zum Beispiel Datteln 4.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Hören Sie gut zu, Herr Kollege!

Zweitens. In den nächsten zehn bis 15 Jahren muss das deutsche Hochspannungsnetz um über 4.000 Kilometer neue Stromtrassen erweitert werden. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass der Strom etwa aus den Offshore-Windparks im Norden in die Verbraucherzentren im Süden und Westen gebracht werden kann.

Drittens. Eine weitere unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist die Weiterentwicklung und der Bau von Stromspeichern; denn die Stromerzeugung aus Wind und Sonne schwankt naturgemäß in erheblichem Maße.

Meine Damen und Herren, wenn die Energiewende gelingen soll, brauchen wir die Akzeptanz und Unterstützung aller Beteiligten. Frau Kollegin Brems, wer für den Ausstieg aus der Kernenergie ist, der kann nicht die Notwendigkeit neuer Kraftwerke, Stromnetze und Pumpspeicherkraftwerke bestreiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, hier darf sich niemand von Ihnen, Herr Markert, hinter die Büsche schlagen. Auf der politischen Bühne die schnelle Energiewende fordern und vor Ort die notwendigen Maßnahmen blockieren, das passt nämlich nicht zusammen.

(Beifall von der FDP)

Das ist keine verantwortungsvolle Politik mit Rückgrat, Herr Kollege, sondern Politik mit den Stimungen und Ängsten der Menschen.

Schauen wir uns mal an, wie insbesondere die Grünen mit Pumpspeicherkraftwerken umgehen. Wir können uns das beim Pumpspeicherwerk Riedl in Bayern oder beim Pumpspeicherwerk Atdorf in Baden-Württemberg anschauen, Frau Kollegin Brems. Es heißt dazu in einem Beschluss der Grünen aus dem Kreis Waldshut: Wir begrüßen den Ausstieg aus der Atomkraft und den damit verbundenen Umstieg auf regenerative Energien ausdrücklich, doch nicht zum Preis eines aufwendigen Pumpspeicherwerks. – Meine Damen und Herren, man höre und

staune! Mit dieser Einstellung wird die Energiewende, ehrlich gesagt, nicht gelingen, Frau Kollegin.

In Nordrhein-Westfalen gibt es derzeit lediglich zwei Pumpspeicherkraftwerke: das Koepchenwerk in Herdecke und das Pumpspeicherwerk in Finnen-trop-Rönkhausen. Die beiden haben zusammen eine Leistung von gerade einmal weniger als 300 Megawatt. Das ist äußerst bescheiden und reicht nicht. Deshalb brauchen wir die zusätzlichen Projekte, von denen die Kollegin Brems eben einige aufgeführt hat. Ich bin aber sehr gespannt, wie Sie hier im Hause und Ihre Kollegen von der grünen Fraktion vor Ort sich zu diesen Projekten verhalten werden.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, die FDP begrüßt, dass die Unternehmen die Herausforderungen der Energiewende aktiv annehmen und mehrere hundert Millionen € in den Bau neuer Stromspeicherkraftwerke investieren wollen. Ich bin sehr gespannt, wie sich die Grünen zu diesen Projekten – insbesondere vor Ort – verhalten werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Die Linke hat Herr Kollege Aggelidis das Wort.

Michael Aggelidis^{*)} (LINKE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wer auf der Homepage unseres Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz nachsieht, stößt auf eine Aussage des Umwelt-schutzministers Rammel von der Landesregierung, die ich – mit Ihrer Erlaubnis – gerne zitieren möchte: Die beschleunigte Energiewende braucht neue Speicherkapazitäten, und Pumpspeicherkraftwerke bieten Lösungen.

Diese Aussage des Ministers Rammel auf seiner Klimaschutztour scheint darauf hinzudeuten, dass die CDU-Fraktion zumindest bei ihm und der Landesregierung in dieser Frage offene Türen einrennt. In der Stellungnahme des Ministeriums wird zum Beispiel Stefan Prott vom Büro für Wasserkraft der EnergieAgentur NRW mit den Worten zitiert:

Pumpspeicherkraftwerke sind, verglichen mit anderen Speicherlösungen, etablierte Technik, verfügen über einen hohen Wirkungsgrad und eine perspektivische Wirtschaftlichkeit. Darüber hinaus sind sie technisch ausgereift und seit Jahrzehnten in der Praxis bewährt.

Nein wirklich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mir scheint, dass Sie dem Ministerium hier nichts Neues erzählen. Rege und muntere Opposition sieht anders aus, und da sind wohl eher mal wieder die Linken gefragt.

Ich muss sagen: Ich teile nicht die Vision, die aus dem CDU-Antrag sichtbar wird. Nein, es ist nicht das wirkliche Problem, dass es angeblich gewaltige Genehmigungshürden abzubauen gelte. Wenn ich so etwas höre, bekomme ich eher schon wieder Angst und Sorge; denn Pumpspeicherkraftwerke sind selbstverständlich auch immer höchst problematische Eingriffe in die Natur. Da würde ich eher dreimal als nur einmal prüfen und die Folgen abschätzen lassen, bevor ich so etwas bauen lasse – besonders, wenn es sich um ein großes Pumpspeicherkraftwerk handelt.

Ich möchte überhaupt nicht, dass es so läuft, wie es immer laufen soll, wenn es nach Ihnen ginge, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den kapitalfreundlichen Parteien. Gegenüber Investoren lassen Sie ökologisch fünf gerade sein, und „nach uns die Sintflut“. Das machen wir Linken nicht mit.

(Beifall von der LINKEN)

Wohlgemerkt: Pumpspeicherkraftwerke zur Aufnahme zeitweiser Überangebote an elektrischer Leistung sind ein Baustein, aber eben nur ein kleiner Baustein für die notwendige Energiewende. Das hat verschiedene Gründe. Wir haben in NRW weder die norwegischen Fjorde noch die Alpen. Die Nutzung der Höhenunterschiede ist möglich, aber in Grenzen, vor allem dann, wenn der Naturschutz nicht auf der Strecke bleiben soll.

Vor allem aber kommt es darauf an – das wird leider immer wieder vernachlässigt –, Energie einzusparen und unsere Industriegesellschaft so umzubauen, dass sehr viel dezentraler produziert und konsumiert wird. Energie eingespart wird vor allem auch – das habe ich Ihnen heute Morgen schon gesagt – durch die massive Verkürzung der täglich notwendigen Wege.

Aber auch bei der Produktion von Energie ist es völlig falsch, auf gigantische, zentrale Kraftwerke und Anlagen zu setzen. Vielmehr müssen wir auf eine möglichst dezentrale Energieproduktion und -verteilung auf Grundlage erneuerbarer Energien setzen. Das bedeutet, dass auch keine riesigen Speichieranlagen notwendig sind. Zugleich sind dezentrale Kraftwerke und Anlagen zum Beispiel auf kommunaler Ebene sehr viel leichter demokratisch zu kontrollieren und zu verwalten. So kann die Energiewirtschaft dem Zugriff der Oligopolisten entzogen werden, ohne sie im Gegenzug staatlich-bürokratischen Monsterapparaten auszuliefern, wie wir das aus der Geschichte kennen.

(Beifall von der LINKEN)

Unser Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger – leider ist er heute nicht anwesend, um sich dieses wichtige Thema anzuhören – hatte unlängst zu einem Vortrag zum Thema „Energiewende“ eingeladen. Besonders beeindruckend fand ich dort den Vortrag von Ernst Ulrich von Weizsäcker. Sie können das, meine sehr verehrten Damen und Herren,

nachvollziehen, wenn Sie möchten; denn die Vortragsfolien des Herrn von Weizsäcker finden sich im Internet unter seinem Namen.

Zukunft haben seiner Meinung nach intelligente Formen der energetischen Vernetzung. Zukunft hat eine Gesellschaft, die 65 % weniger Energie verbraucht als heute, 30 % weniger CO₂ ausstößt und nur auf 5 % des heutigen Wohlstands verzichtet – wobei ich persönlich allerdings vorschlagen würde, dass wir uns die fehlenden 5 % von den oberen 100.000 in diesem Land holen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Lassen Sie mich mit einer versöhnlichen Note schließen. Zu loben ist, dass die CDU mit ihrem Antrag nun doch Verständnis für eine aktive und innovative Industriepolitik demonstriert. Die RAG Montan Immobilien prüft bereits Flächen – Kollegin Brems hat eben darauf zu Recht hingewiesen – auf ihre Eignung für solche Anlagen wie Pumpspeicherwerke. Vielleicht wäre es gar nicht verkehrt, wenn die CDU in Zukunft anders als in der Vergangenheit darauf verzichten würde, eine perspektivische Ausrichtung der RAG auf zukunftssträchtige Industriepolitik, so wie wir Linken es auch unterstützen, im Sinne der notwendigen Energiewende zu verteufeln. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Rammel.

Johannes Rammel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, ich glaube, es gibt zwei Lesarten Ihres Antrages:

Wenn man wohlwollend ist – das haben die Kollegin von Bündnis 90/Die Grünen und der Kollege der SPD deutlich gemacht, dann kann man ihn so lesen, dass Sie sich aufmachen, auch Ihren Beitrag zu der Frage zu liefern, wie wir möglichst schnell die Anforderungen einer beschleunigten Energiewende in Nordrhein-Westfalen organisieren.

Wenn man ihn etwas kritischer liest, kann man auch zu der Einschätzung kommen, dass es darum geht: „Mein Förmchen, dein Förmchen“. Hier wird mit dem Finger auf andere gezeigt und gesagt, was wer unterlassen hat, was wie anders gemacht werden müsste. „Hallo, ich bin schon da“ – so ein bisschen atmet das aus dem Antrag heraus.

Ich habe die herzliche Bitte, dass wir an dieser Stelle, wo es darum geht, eine beschleunigte Energiewende in Nordrhein-Westfalen umzusetzen, auch einig werden. Ich betone, es geht in erster Linie da-

rum, dass wir in die Umsetzung kommen, dass Investitionen stattfinden, dass Unternehmen erklären, sie wollen hier investieren, dass Entscheidungen fallen. Wir brauchen nicht mehr riesige Planungsprozesse, sondern Investitionsentscheidungen. Wenn wir uns da einig wären, jenseits der Fraktionen und Parteien gemeinsam daran zu arbeiten, dass die Investitionen hier stattfinden, dass sie möglichst schnell stattfinden, dass diese Entscheidungen getroffen werden, dann wären wir ein großes Stück weiter. Wir haben nämlich eine gewisse zeitliche Notwendigkeit, gerade bei diesem Thema.

(Zurufe von der CDU)

Speicher, Pumpspeicherkraftwerke und Netze sind entscheidende Bausteine einer neuen Energieversorgungsstruktur, die die Anforderungen der beschleunigten Energiewende und des Klimaschutzes erfüllen. Wir haben in der Perspektive zwischen 2016 und 2018 enge zeitliche Fristen. Dann müssen diese Speicherkapazitäten zur Verfügung stehen. Deshalb müssen die Entscheidungen möglichst zeitnah fallen, weil Planungsprozesse und entsprechende Bauphasen mit eingerechnet werden müssen. Es wird vier bis fünf Jahre dauern, bis es dann tatsächlich läuft.

Deshalb werde ich dafür, das nicht zu zerreden, sondern gemeinsam daran zu arbeiten, Investoren und Unternehmen davon zu überzeugen, hier zu investieren. Da gibt es einige Hindernisse, beispielsweise dass nicht ausreichend Kapital zur Verfügung steht. Pumpspeicherwerke, die in Nordrhein-Westfalen hoffentlich entstehen – in der Eifel bzw. in Ostwestfalen – kosten jeweils eine halbe Milliarde. Das ist kein Pappenstiel. Da muss schon eine konkrete Planung als Grundlage, eine Planungssicherheit und auch eine Investitionssicherheit vorhanden sein.

Das ist genau der Punkt: Wie können wir Unternehmen davon überzeugen, dass ihre Investitionen an dem Standort sicher sind und dass sie sich auch rentieren? Letztlich müssen sie sich rentieren. Da ist es allerdings mit den Pumpspeicherwerken schwieriger als zu früherer Zeit, weil da folgende Erfahrungen zu berücksichtigen sind: Ich weiß nicht, ob Sie einmal in Rönkhausen waren. Dort wird man Ihnen erklären, dass man früher die Uhr danach stellen konnte, wenn mittags bei Bedarf das Wasser heruntergefahren wurde. Das war die ganze Arbeit am Tag. Heute sieht es anders aus. Es ist nicht mehr planbar, sondern sehr eng mit dem Wetterverlauf abzustimmen. Manchmal besteht sogar die Möglichkeit, zweimal am Tag die Anlage zu fahren, manchmal gar nicht. Es ist also sehr viel volatil geworden, und in diese Situation hinein muss es eine Antwort geben, wie Investitions- und Planungssicherheit hergestellt wird.

Deshalb wäre ich sehr daran interessiert, mit Ihnen zusammen gemeinsam auf Bundesebene darum zu streiten, was zukünftig Teil von Netzen ist: Ist es nur

das Übertragungsnetz? Oder müssen wir nicht viel mehr darüber nachdenken, auch Speicherkapazitäten, Pumpspeicherwerke und bestimmte Kraftwerke zum Netz dazugehörig zu definieren, um Investitionssicherheit auch über das Netzentgelt für die Betreiberinnen und Betreiber zu erreichen?

Die entscheidende Frage ist: Bekommen wir möglichst schnell diese Investitionen? Wir sind in Nordrhein-Westfalen unterwegs – selbstverständlich. Sie wissen, ein Unternehmen plant an zwei Standorten. Wir befinden uns in Konkurrenz mit anderen Bundesländern. Auch deshalb ist es notwendig, dass wir hier zusammenstehen und um eine Investition in Nordrhein-Westfalen ringen.

Wir haben ein gemeinsames Projekt, eine gemeinsame Untersuchung mit den vier Wasserverbänden: dem Aggerverband, dem Ruhrverband, dem Wasserverband Eifel-Rur und dem Wupperverband. Die Ergebnisse werden Anfang März vorgestellt. Es geht darum, ob wir Talsperren nutzen können. Vier Standorte sind in der Diskussion, die näher untersucht werden müssen, und zwar an der Aggertalsperre, an der Biggertalsperre, an der Wuppertalsperre und an der Rurtalsperre. Können wir Wasserwirtschaft, Wasserbände und deren Potenzial mit der Frage der Pumpspeicherwerke verknüpfen? Die Gespräche dazu haben stattgefunden. Es wird jetzt ganz konkret. Dann müssen wir auch dort in die Umsetzung gehen.

Ich will Ihnen ein weiteres Projekt der Landesregierung vorstellen. Auch das wurde bereits erwähnt. Zusammen mit der Hochschule Duisburg und der RAG wird die Frage der Unterflur-Speicherkraftwerke geklärt. Auch dort gibt es Zeitverzug. Wir müssten schon in der Investitions- und Planungsphase sein.

Ich will einen letzten Aspekt zum gesamten Gemälde nennen, was wir in Nordrhein-Westfalen verfolgen müssen, in dem Antrag aber etwas zu kurz kommt: Bei den neuen technischen und innovativen Möglichkeiten stehen wir am Anfang. Wir haben aber bereits heute gute Netzwerke. Wir haben bei der EnergieAgentur das Netzwerk Elektromobilität, das Netzwerk, welches sich mit Batterietechnik beschäftigt, und das Netzwerk, in dem Überlegungen angestellt werden, wie wir mit der Brennstofftechnik möglichst breit in den Markt kommen. Alle drei – sowohl Batterietechnik als auch Brennstoffzelle und Elektromobilität – sind hervorragende Speichermedien, um erneuerbare Energien im Bereich der Mobilität, der Wohnungen in die Speicherung zu bringen.

Ich bin sehr daran interessiert, gemeinsam mit Ihnen beispielweise bei den großen Gasunternehmen in Nordrhein-Westfalen dafür zu werben, Modellprojekte unter der Überschrift „Power to Gas“ bekommen. Da stehen wir auch in Konkurrenz zu anderen Bundesländern. Insofern habe ich die herzliche Bitte, die für die Umsetzung der beschleunig-

ten Energiewende zentrale Frage der Netze und Speicher nicht zu zerreden, sondern sich gemeinsam hinzusetzen. Hier gibt es keine Parteiinteressen; hier gibt es nur die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Fraktion der CDU spricht Herr Kollege Fehring.

Hubertus Fehring (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben deutlich gesagt, was ich unter anderem in meinem Antrag formuliert habe. Es freut mich, dass Sie sagen, es soll schneller gehen und dass wir endlich handeln. Wir reden ja schon Jahre darüber; Sie haben es bereits gesagt. Das ist auch unser Anspruch mit dem Antrag. Deshalb freue ich mich, dass der Antrag auch beim Kollegen Stinka und bei Frau Brems Zuspruch findet. Selbst Herr Aggelidis hat am Ende noch einen Satz gefunden, der passt. Über die anderen Dinge müssten wir noch diskutieren; da bin ich gänzlicher anderer Meinung als Sie. – Dass wir gemeinsam unterwegs sind, ist gut so.

Auch die CDU-geführte Landesregierung unter Jürgen Rüttgers hat im Jahr 2008 in dem Papier „Zukunft in NRW“ unter dem Titel „Sicher, sauber und bezahlbar“ Veränderungsziele formuliert. Diese richtigen Ansätze haben wir im vergangenen Jahr weiterentwickelt, um die Chancen des Energieumstiegs für unser Land nutzbar zu machen. Alle Handelnden kennen jetzt die politischen Leitlinien, unabhängig von den Fährnissen der Tagespolitik. Ein jahrzehntelanger erbitterter Streit ist beendet. Gleichzeitig ist eine Jahrzehnte dauernde gesamtgesellschaftliche Aufgabe geboren. Wir müssen den Umstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren in den vielen noch vor uns liegenden Einzelentscheidungen so intelligent gestalten, dass der Klimaschutz effektiv gewährleistet wird und gleichzeitig Versorgungssicherheit, Preisgünstigkeit und Umweltverträglichkeit Markenkern unserer Energiepolitik bleiben werden.

(Beifall von der CDU)

Im Energieumstieg liegen nicht nur riesige Chancen für Deutschland und NRW, sondern auch riesige Chancen für Europa. Es gilt, sie vielfältig zu nutzen. Eine effiziente Nutzung der volatilen Wind- und Sonnenkraftwerke – sprich: Fotovoltaikanlagen – erfordert allerdings zentrale und dezentrale Speicher. Darauf haben meine Vorredner schon hingewiesen. Ich erinnere daran, dass wir in Deutschland immer mal wieder Tage erleben, an denen Sonne und Wind nur einen geringen Strombeitrag liefern. In Deutschland gibt es 33 Speicher, davon zwei in NRW. Diese Speicher können maximal für 50 Minuten Strom liefern.

Bei weiterer Reduzierung der sicheren Grundlast aus Kernkraft, wie wir sie gemeinsam beschlossen haben, kann sich jeder vorstellen, welche Probleme auf die Stromwirtschaft und somit auf uns Verbraucher zurollen. Es reicht bei weitem nicht aus und ist unrealistisch, wenn die selbsternannten Experten uns empfehlen, hierzulande könne man auf Großspeicher verzichten und stattdessen die natürlichen Seen in Norwegen nutzen.

Das kann man nämlich nicht, Herr Aggelidis. Wer sich dort umschaute – die Mitglieder des Ausschusses haben das im September getan –, erfährt, dass die Norweger zwar gern unseren demnächst vielleicht sehr billigen Windstrom aufnehmen und damit ihre Naturspeicher entlasten möchten, sich aber nicht dazu in der Lage sehen, entsprechende Leitungen und die notwendigen zusätzlichen Speicher zu bauen. Wir müssen wissen, dass die norwegischen Speicher am natürlichen Wasser, sprich Quell- oder Regenwasser, angeschlossen sind. Wer sich mit Norwegern unterhält, erfährt: Wenn sie trockene Jahre haben, ist die entsprechende Energienutzung wesentlich kleiner. Eine verantwortungsvolle Politik kann also nicht darauf verzichten, bei uns Speicher einzurichten.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich möchte den zuständigen Minister dazu auffordern. Herr Voigtsberger ist nicht da; Herr Rimmel ist aber bei uns. Frau Brems, ich weiß, verschiedene Akteure im Land planen, Machbarkeitsstudien über Bergwerke etc. durchführen zulassen. Das bekomme ich mit. Ich weiß aber, diese kleinen Maßnahmen sind zu gering. Wir brauchen auch einige große Speicher.

Es wurde genannt, dass die Firma Trianel unter anderem im Kreis Höxter unterwegs ist. Das ist alles gut und schön, aber jetzt kommt die Akzeptanz. Herr Stinka hat darauf hingewiesen. Das müssen wir in besonderem Maße hinbekommen. Wie gelingt uns das? Vor Ort haben wir es mit vielen Flächeneigentümern zu tun. Dort beginnt es schon. Die Firma Trianel macht es in unserem Bereich recht gut. Sie informiert, und die Menschen haben keine Angst davor. Trotzdem sollten wir uns dazu durchringen, hierbei auf zusätzliche Flächenmaßnahmen als Ausgleichsmaßnahmen zu verzichten, sprich: keine 1:1-Regelung. Diese klimafreundlichen Energien sollten wir so ausgestalten, dass keine zusätzlichen Flächen verbraucht werden.

(Beifall von der CDU)

Sie alle kennen das Problem. Für eine solche Maßnahme werden bei mir im Landkreis ca. 80 ha gebraucht. Die Grundeigentümer wollen in der Regel kein Geld, sondern Fläche wiederhaben. Der Druck auf den Markt beginnt. Wir könnten dort deutlich entlasten, wenn wir zu gemeinsamen Überlegungen kommen, wie vorhandene Gebiete aufgewertet und

verbessert werden können, ohne zusätzliche Ausgleichsflächen zu schaffen.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte noch etwas anfügen: Große Pumpspeicherkraftwerke sollten zudem auch dem Hochwasserschutz dienen. Es lässt sich mitunter hervorragend einbauen, dass wir auch die Wasserregulierung hinbekommen. Das Pumpspeicherkraftwerk wird dann größer ausfallen müssen, damit es zusätzliche Wassermengen speichern kann.

Das macht aber durchaus Sinn. Aufgrund der Wetterextreme der letzten Jahre erleben wir immer wieder Niedrigwasserzeiten und Hochwasserzeiten. Wir könnten zum einen der Schifffahrt helfen, wenn wir eine Verstärkung hinbekommen, und zum anderen der Ökologie des Flusses entgegenkommen. Ich kenne als Weser-Anlieger das Problem im Besonderen: Wenn zu viel Wasser da ist, haben wir davon nichts. Im Sommer ist zu wenig da, sodass noch nicht einmal ein Ausflugsdampfer fahren kann. Durch solche Maßnahmen könnten wir für eine Verbesserung sorgen.

Packen wir das Problem schnellstens an, Herr Minister. Das haben Sie gesagt. Wir nehmen Sie beim Wort, darüber gemeinsam diskutieren zu können. Vielleicht gelingt es bei diesem Thema ohne Streit und mit viel Einigkeit, das gemeinsame Ziel zu befördern, eine in der Tat sichere Energieversorgung hinzubekommen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Fehring. – Für die Fraktion der FDP hat der Kollege Abruszat das Wort.

Kai Abruszat (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte als ostwestfälischer Abgeordneter gerade zum Kreis Höxter und dem Vorhaben von Trianel noch etwas sagen und ein paar Verfahrensfragen in die Debatte einbringen. Herr Minister Rimmel hat zu Recht gesagt: Es kommt jetzt darauf an, dass wir – wie wir in OWL sagen – zu Pötte kommen. Dazu ist es erforderlich, den Spagat zwischen umfassender Bürgerbeteiligung einerseits und im Interesse der Sache noch handelbaren Verfahren andererseits zu schaffen.

Investoren müssen Raumordnungsverfahren durchlaufen. Investoren müssen Regionalplanverfahren durchlaufen. Diejenigen von uns, die auch im Regionalrat tätig sind, wissen, wovon ich rede. Sie müssen bodenordnungsrechtliche Verfahren, UVP-Verfahren, aber auch wasserrechtliche Planfeststellungsverfahren durchlaufen. Naturschutzfachliche Belange sind zu prüfen. Außerdem haben wir das neue Energiewirtschaftsgesetz anzuwenden.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass für etwaige Leitungstrassen auch Planfeststellungsverfahren notwendig sind. Das führe ich deshalb aus, weil im CDU-Antrag davon gesprochen wird, Genehmigungshürden abzubauen. Sie haben zu Recht gesagt, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen müssen. Dann müssen wir uns aber auch darüber verständigen, diese unterschiedlichen Verfahrensarten entweder zu straffen oder besser aufeinander abzustimmen, in jedem Fall aber auf der Zeitschiene so auszugestalten, dass Investoren in Nordrhein-Westfalen von ihrem Vorhaben keinen Abstand nehmen. Das ist für den Standort Nordrhein-Westfalen in der Tat ganz wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich muss die Energie dann auch ins Netz eingespeist werden. Insofern müssen wir auch den Blick auf das Leitungsnetz richten. Ich darf daran erinnern, dass nach den Regelungen des Energiewirtschaftsgesetzes bestimmte Hochspannungsleitungen auf neuen Trassen im Wege der Erdverkabelung auszuführen sind. Wenn also Erdverkabelung bei neuen Trassen die Regel und nicht die Ausnahme ist, hat das auch erhebliche Auswirkungen auf die Gesamtkosten solcher Investitionsvorhaben und bedarf eines abgestimmten Vorgehens.

Ich glaube, dass neben der großen Gemeinsamkeit, Pumpspeicherkraftwerke in Nordrhein-Westfalen zu nutzen, diese Verfahrensaspekte auch vor dem Hintergrund der Investitionssicherheit und -klarheit stärker in den Blick genommen werden müssen.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein Wort zur kommunalen und regionalen Bedeutung eines solchen Vorhabens: Das von Trianel geplante Pumpspeicherkraftwerk im Kreis Höxter ist für die Region – so wird es vor Ort einhellig gesehen – eine riesengroße Chance. Wir reden über Stromerzeugung für 600.000 Haushalte, wenn wir das Projekt realisieren können. Wir reden volkswirtschaftlich immerhin über 100 neue Arbeitsplätze, die vor Ort entstehen, und wir reden für die Kommunen vor Ort über Gewerbesteuererinnahmen und entsprechende Renditen. Ich glaube, das ist gerade für einen ländlich strukturierten, wirtschaftlich etwas schwächer strukturierten Kreis wie den Kreis Höxter ein ganz wichtiger Punkt. Insofern müssen wir auch diese Dimension noch stärker in den Blick nehmen.

Ich freue mich auf die weitere Debatte zu diesem Thema. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucher-

schutz: Nicht mehr lange – ich will nur gerne noch einmal die Gelegenheit nutzen, weil Herr Kollege Abrusatz auf vielfältige mögliche Genehmigungsprobleme hingewiesen hat.

Anhand zweier anderer Beispiele will ich unterstreichen, dass sich die Landesregierung dort, wo sie es kann, mit allem Nachdruck bemüht, Projekte gängig zu machen, auch mit den entsprechenden Hinweisen an die Behörden. Das gilt zum Beispiel für die Investition in Düsseldorf mit den Stadtwerken. Ich begrüße außerordentlich, dass sich Trianel entschieden hat, in Krefeld ein Gaskraftwerk auf den Weg zu bringen. Auch dort sind wir unterstützend und begleitend tätig. Das gilt selbstverständlich auch für die Investitionen, die in die Pumpspeicherkraftwerke in Ostwestfalen und in der Eifel geplant sind.

Ich werbe an dieser Stelle ausdrücklich dafür, nicht immer über die halb leeren Gläser zu reden, sondern vielleicht auch über die halb vollen Gläser. So wie die Planungsprozesse derzeit in Ostwestfalen und in der Eifel laufen, muss man ausdrücklich sagen: Das läuft prima! Trianel ist gut unterwegs. Die Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen, alle machen mit; die Bezirksregierungen sind dabei. Das ist ein guter Prozess. Warum sollen wir nicht positiv verstärken und unterstreichen, dass es gut läuft? Wir müssen auch einmal das positiv betonen, was gut läuft, statt immer nur über das zu reden, was nicht so gut läuft.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zum Thema „Leitungstrassen“ möchte ich an dieser Stelle sagen: Wir haben – auch darüber redet niemand öffentlich – eine Leitungstrasse, die ab 2016 den Niederrhein mit Süddeutschland verbinden wird. Das ist eine große neue Hochspannungsleitung. Der Planungsprozess läuft gut. Dann lassen Sie uns doch auch darüber reden und nicht immer nur über das, was nicht geht!

Meine herzliche Bitte ist, das, was positiv ist, gemeinsam noch weiter zu verstärken, denn wir brauchen diese Stimmung, um den Aufbruch auch tatsächlich in der Breite hinzubekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, sodass ich die Debatte schließe.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 15/3902 an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend –, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**, an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Ver-**

kehr sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Stimmt jemand gegen die Überweisung? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen gibt es auch nicht. Dann haben wir so beschlossen.

Ich rufe auf:

6 Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3906

erste Lesung

Für die antragstellenden Fraktionen erteile ich zuerst Frau Kollegin Ruhkemper das Wort.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Cornelia Ruhkemper (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Weihnachtszeit liegt lange hinter uns und wir befinden uns bereits mitten in der fünften Jahreszeit. Ich denke, das ist gut so, denn so können wir uns mit dem Thema „Weihnachtsbäume im Wald“ rationaler und unbefangener beschäftigen, als es vor oder während der Weihnachtszeit möglich ist.

Wir hier im Hause wissen alle, dass der Anbau von Weihnachtsbäumen in Nordrhein-Westfalen inzwischen eine echte Wirtschaftsgröße darstellt. Mit etwa 18.000 ha Anbaufläche ist das Sauerland im europäischen Vergleich das wichtigste Produktionsgebiet für Weihnachtsbäume und sogenanntes Schmuckreisig. Jeder dritte Weihnachtsbaum in Deutschland stammt aus dem Sauerland. Darauf können wir einerseits stolz sein. Andererseits erwächst daraus aber gleichzeitig eine besondere Verantwortung, und wir sollten die Bedingungen, unter denen die Bäume gepflanzt und gezüchtet werden, im Auge behalten.

Viele Menschen haben noch immer die Vorstellung, der eigene Weihnachtsbaum stamme aus dem schönen natürlichen Wald im Sauerland. Aber das hat sich gewandelt. Es sind nicht mehr die kleinen Betriebe, die Weihnachtsbaumproduktion im Nebenerwerb betreiben. Unsere Weihnachtsbäume stammen überwiegend aus großen Plantagen. Es sind große Unternehmen, die sich komplett auf Weihnachtsbaumproduktion spezialisiert haben.

Solche Weihnachtsbaumkulturen unterscheiden sich erheblich von natürlichen Waldflächen. Sie sind heute in der Regel reine Monokulturen, die intensiv bewirtschaftet werden. Der Boden wird tiefgreifend bearbeitet. Es wird intensiv gedüngt, und der Einsatz von Pestiziden und Insektiziden ist normal.

Das hat drastische Folgen. Es führt zu ökologischer Verarmung auf den Flächen und zu Bodenverlusten. Der Waldboden wird unfruchtbar, und für viele Arten geht der Lebensraum verloren. Das Landschaftsbild verändert sich erheblich, und das Grundwasser wird negativ beeinflusst. Spätestens damit ist das romantische Bild vom Weihnachtsbaum doch etwas gestört.

Dennoch gelten solche Weihnachtsbaumkulturen auf Waldflächen derzeit rein rechtlich als Wald. Lediglich außerhalb des Waldes angelegte Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen wurden bereits 1987 vom Waldbegriff ausgenommen und unterliegen einer landschaftsbehördlichen Genehmigungspflicht. Das hatte in den vergangenen Jahren zur Folge, dass immer mehr Weihnachtsbaumkulturen in den Wald verlagert wurden. Insbesondere die durch den Orkan Kyrill im Jahre 2007 entstandenen freien Flächen im Wald wurden zunehmend so genutzt. Seit dem Orkan sind über 2.200 ha ehemaliger Waldflächen in Weihnachtsbaumplantagen umgewandelt worden. Die Tendenz ist weiterhin steigend.

Wir können feststellen, dass sich die Stimmung vor Ort derzeit gegen weitere Weihnachtsbaumkulturen richtet. Ich kann das gut verstehen, denn das Sauerland hat eigentlich mehr zu bieten als nur Weihnachtsbaumkulturen.

(Beifall von Dagmar Hanses [GRÜNE])

Aus unserer Sicht besteht daher dringender Handlungsbedarf. Nicht weil wir den Anbau von Weihnachtsbäumen verbieten wollen, sondern weil es bisher keinerlei Instrumente gibt, das unkontrollierte Wachstum von Monokulturen auf früheren natürlichen Waldflächen in irgendeiner Form zu steuern.

Der Gesetzentwurf von SPD und Grünen zieht die einzig richtige Konsequenz: Weihnachtsbaumkulturen sind kein Wald und dürfen daher in Zukunft auch nicht als solcher behandelt werden. Das Landesforstgesetz muss dem Rechnung tragen und Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen ausdrücklich von dem Waldbegriff ausnehmen. Nur so können wir die notwendige Kontrolle zurückerlangen und den Forstbehörden die Möglichkeit geben, Neuanlagen zu untersagen oder regulierend einzugreifen.

Um Rechts- und Investitionssicherheit zu gewährleisten, soll dies ausdrücklich nur die Kulturen betreffen, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes angelegt werden. Bestehende Weihnachtsbaumkulturen greifen wir nicht an und verhindern damit wirtschaftliche Nachteile der Unternehmen.

Ich denke, dass wir so eine kluge und angemessene Lösung gefunden haben, die den Behörden vor Ort die Möglichkeit gibt, das Problem mit Augenmaß und Fachkompetenz zu lösen. – Ich danke für Ihre

Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Diskussion.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Ruhkemper. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Rüße.

Norwich Rüße¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Jahr werden in Deutschland etwa 26 Millionen Weihnachtsbäume verkauft. Von diesen Weihnachtsbäumen, die von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen in den Wohnzimmern stehen, kommt ein Drittel, also etwa 8 Millionen, aus dem Sauerland.

Wenn man genauer hinschaut – das Sauerland ist ja noch vergleichsweise groß –, sieht man, dass es auch im Sauerland eine Konzentration gibt. Wenn man dann ganz genau hinschaut, wird man feststellen, dass die Gemeinde Bestwig im Sauerland deutschlandweit wohl der absolute Hotspot für Weihnachtsbaumanbau ist. Und diese extreme regionale Konzentration der Weihnachtsbaumproduktion ist das Problem, und sie ist das Ergebnis davon, dass wir mittlerweile eine völlig veränderte Art der Weihnachtsbaumerzeugung haben.

Früher – in unserer Vorstellung ist es immer noch so – kam der Weihnachtsbaum als Nebenprodukt der Waldbewirtschaftung aus dem Forst heraus. Die Bäume wurden, wenn der Bestand wuchs, entnommen. Das wurden dann die Weihnachtsbäume. Das ist gegenüber früher komplett anders geworden, als man in normaler Waldbewirtschaftung den Weihnachtsbaum erzeugt hat. Heute ist es eine Intensivproduktion geworden. Das, was dort passiert, ist eher mit Landwirtschaft denn mit Waldwirtschaft zu vergleichen.

Diese Produktion ist abhängig vom Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Diese Produktion arbeitet mit Düngemitteln, um ein optisch optimales Produkt zu erreichen.

Eins ist klar: Wenn man sich die Plantagen vor Ort angeguckt hat, dann weiß man, dass das, was dort passiert, mit dem, was wir unter Waldwirtschaft, Forstwirtschaft verstehen, nichts zu tun hat. Und das ist genau das Kernproblem. Der Weihnachtsbaumanbau hat sich als Ackerkultur großflächig nach Kyrill auf Waldflächen ausgebreitet. Mittlerweile haben wir 2.200 ha Kyrill-Flächen, auf denen Weihnachtsbäume stehen, auf denen Weihnachtsbäume unter starkem Einsatz von Chemie angebaut werden.

Wir hatten heute Morgen eine Debatte über Trinkwasserschutz. An der Stelle kann man deutlich sagen: Ja, genau hier entsteht gerade ein Problem für den Trinkwasserschutz. Hier werden Waldflächen, die sonst hoch wertvoll für die Trinkwassergewin-

nung sind, entwertet, weil wir dort so stark agrarische Produktionsmethoden einsetzen.

Attraktiv für die Weihnachtsbaumanbauer sind diese Flächen deshalb, weil es eine Gesetzeslücke gibt, weil das Gesetz davon ausgegangen ist, dass Weihnachtsbäume nicht so produziert werden, sich die Produktionsmethoden aber so wie beschrieben verändert haben. Man braucht, wenn man für Weihnachtsbäume auf Waldflächen geht, keine Genehmigung, weil es ja Wald ist, auch wenn es in Wirklichkeit keiner mehr ist.

Will man dagegen einen Acker für Weihnachtsbäume nutzen, dann muss man ein umfangreicheres Genehmigungsverfahren durchlaufen. Man muss im Zweifelsfall bestimmte Auflagen erfüllen. Von daher ist es aus Sicht der Weihnachtsbaumanbauer vielleicht verständlich, dass sie gerne in die Waldflächen gehen. Das zeigt aber, dass hier Regelungsbedarf besteht, dass wir dem Ganzen einen Riegel verschieben müssen.

Vor Ort gibt es ein ganz großes Problem mit der Akzeptanz. Immer dann, wenn Bürger, wie es gerade in Bestwig geschieht, überhaupt nicht mehr mit dem, was dort Landwirte, Forstwirte treiben, einverstanden sind, dann, glaube ich, ist es am Ende auch für die Produzenten ein Problem, denn wir wollen – das hat auch die BI, die dort aktiv ist, immer wieder gesagt – eine Produktion im Einvernehmen, nicht im Gegeneinander. Aber die Spielregeln müssen so sein, dass eine vernünftige Produktion möglich ist.

Wir schließen mit der Gesetzesänderung eine Gesetzeslücke. Wir modernisieren das Gesetz und passen es den derzeitigen Produktionsbedingungen an.

Ich sage auch klar: Das reicht nicht aus. Wir werden auch noch über die Produktionsmethoden auf den vorhandenen Weihnachtsbaumflächen, die erst einmal nicht betroffen sind, reden müssen. Vor Ort hat ein guter Dialog begonnen. Ich will diesbezüglich ausdrücklich die BI, die dort aktiv ist, loben, weil sie immer wieder klargemacht hat: Uns geht es nicht darum, Weihnachtsbaumanbau grundsätzlich zu verhindern; wir wollen nur einen ökologisch verträglichen und einen fürs Landschaftsbild verträglichen Weihnachtsbaumanbau.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich setze auch auf den Dialog, der dort vor Ort abläuft und den ich ein paar Mal selbst miterlebt habe; er ist vom Ministerium in eine gute Richtung gelenkt worden. Ich hoffe, dass es zu guten Veränderungen kommt – auch vor dem Hintergrund „Trinkwasserschutz“. Ich hoffe, dass wir dann auch eine Akzeptanz des vorhandenen Weihnachtsbaumanbaus erreichen. Denn das liegt auch im Interesse der Produzenten.

Was wir nicht gebrauchen können, ist ein Negativimage für das Produkt Weihnachtsbaum aus dem

Sauerland. Von daher ist unsere Gesetzesinitiative auch ein Schutz für die Produzenten. Das, glaube ich, muss man betonen. Wir machen mit unserem Gesetzesantrag einen ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung und freuen uns auf die weitere Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die CDU-Landtagsfraktion spricht Frau Abgeordnete Brunert-Jetter.

Monika Brunert-Jetter (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute bringt die Regierungskoalition einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesforstgesetzes in Nordrhein-Westfalen im Plenum ein. Sehr geehrte Damen und Herren von SPD und Grünen, ich will Ihnen nicht zu nahe treten; aber dieser Gesetzentwurf zeugt von großer Unkenntnis in der Sache und noch größerer Unkenntnis der Situation vor Ort im Sauerland.

(Beifall von der CDU)

Herr Rüße, richtig ist, dass sich in den vergangenen Monaten konkret in der Gemeinde Bestwig öffentlicher Protest formiert hat, der sich auch mit der Gründung einer Bürgerinitiative öffentlich Gehör verschafft hat. Richtig ist auch, dass hier in Weihnachtsbaumkulturen Pflanzenschutzmittel in größerem Umfang eingesetzt worden sind und die Anwohner zu Recht Angst vor negativen Folgen eines übermäßigen Einsatzes von Herbiziden für die Menschen und für die Umwelt haben.

Ich betone noch einmal ausdrücklich: Nicht sachgemäßer Einsatz von Herbiziden und eine damit zusammenhängende Belastung für Menschen und Umwelt wird auch von meiner Fraktion eindeutig nicht toleriert. Die große Frage ist nur: Wie reagiert diese Landesregierung, wie reagiert ein Landtag mit seiner Mehrheit auf eine solche Situation?

Vor Ort – Sie haben es gesagt – hat es zwischenzeitlich einige öffentliche Veranstaltungen gegeben. Die Weihnachtsbaumanbauer sind mittlerweile einsichtig und haben zugesichert, die Ängste der Anwohner ernst zu nehmen. Gemeinsam werden derzeit Lösungen besprochen und verabredet.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bin immer wieder erstaunt, wie Sie von Rot-Grün Antworten auf vereinzelte Probleme in unserem Land geben. Die ideologisch getriebene Gesetzeskeule soll wieder zuschlagen,

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

ohne ins Detail zu schauen, ohne Gesamtzusammenhänge zu berücksichtigen und ohne einen Blick auf die Menschen zu werfen, deren Lebensgrundlage durch solch ein Gesetz genommen wird, aber

auch nicht auf die Auswirkungen auf den Bürger, den Konsumenten.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Unabhängig davon, wie Sie die im Gesetzentwurf genannten Hektarzahlen der für Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigproduktion genutzten Flächen im Sauerland ermittelt haben – dies erschließt sich mir nicht –, nehme ich Ihre Zahlen jetzt trotzdem als Grundlage.

18.000 ha werden im Sauerland nach Ihren Angaben für die Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigproduktion genutzt, davon ca. 4.000 ha im Wald. Der weitaus größte Teil der genutzten Flächen sind demnach landwirtschaftliche Flächen. Von diesen ca. 4.000 ha genutzter Fläche im Wald, auf die Sie sich beziehen, sind zwischen 2007 und 2011 2.200 ha Kyrill-Flächen mit Weihnachtsbäumen oder Schmuckreisigkulturen bepflanzt worden.

Insofern ist doch eindeutig erkennbar, dass der Anstieg der Anbauflächen insbesondere auf die Kyrill-Katastrophe zurückzuführen ist. Kyrill hat sich keiner gewünscht – wir alle nicht –, ganz sicher am allerwenigsten die Waldbewirtschafter, die von jetzt auf gleich ihrer Lebensgrundlage und ihres Einkommens beraubt wurden.

Umso wichtiger ist, dass eine Landesregierung in so einer Situation weitsichtig reagiert. Der damalige Minister Eckhard Uhlenberg hat es in der konkreten Situation unter Beweis gestellt. Aus dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf erkennt man leider keine Weitsicht. Er ist noch nicht einmal eine Antwort auf das lokale Problem.

Der Kyrill-geschädigte Waldbesitzer braucht zwingend eine zeitnahe Einnahmequelle für eine Zwischenfinanzierung. Mit einem ideologisch geprägten „Schuss aus der Hüfte“ ist ihm überhaupt nicht geholfen. Denn leider kann eine von der Waldbewirtschaftung lebende Familie im Sauerland oder auch anderswo nicht gerade einfach einmal den eigenen Grund und Boden für den täglichen Grundbedarf anknabbern, sondern es bedarf einer konkreten Einnahmequelle.

Von den ca. 2.200 ha Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigflächen im Sauerland, die zu dem Gesetzentwurf geführt haben, sind etwa ein Drittel Nobilis-Kulturen, das heißt: Die braucht man nicht zu düngen oder gegen Ungeziefer zu spritzen. Sie können für Schmuckreisig genutzt werden und werden danach zum Hochwald.

Konkret folgt daraus: Es gibt heute einen Gesetzentwurf, der sich auf einige ganz wenige Auffällige in der Sache bezieht, sich auf 1.500 ha Fläche im Sauerland kapriziert, aber ganz Nordrhein-Westfalen betrifft.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung machen: Herr Minister Remmel, Sie haben doch hohe Ziele, was die Vermarktung von lokalen Produkten an-

geht. Ich darf Ihnen sagen: Meine Fraktion und ich sind nah bei Ihnen.

De facto konterkarieren Sie aber mit diesem Gesetzentwurf dieses Anliegen. Die Folge wird nämlich sein, dass vom Konsumenten Weihnachtsbäume aus anderen europäischen Staaten gekauft werden, weil sie einfach günstiger sind. Die gesetzlichen Einschränkungen werden zwangsläufig zu einem Rückgang der Anbaufläche von Weihnachtsbäumen und Schmuckreisig führen. Mit diesem geringeren Angebot geht dann auch automatisch eine Verteuerung von Weihnachtsbäumen und Schmuckgrün einher. Der Verbraucher wird sich – ob wir es hier wollen oder nicht – für das günstigere Produkt entscheiden. Das kommt dann aus anderen europäischen Staaten. Schon allein energiepolitisch ist diese Entscheidung absolut falsch.

Der Überweisung des Gesetzentwurfs in den Ausschuss stimmen wir heute zu. Dort wird es die Gelegenheit geben, im Detail ernsthaft zu diskutieren. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Brunert-Jetter. – Für die FDP-Landtagsfraktion spricht der Herr Kollege Abrusatz.

Kai Abrusatz (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst sei gesagt, dass aus unserer Sicht mit der geplanten Neuregelung erneut eine Einschränkung der Bewirtschaftungsfreiheit des Waldbesitzes verbunden ist. Es gehört zur Ehrlichkeit, das zu sagen.

Wenn man so etwas durchsetzen will und vertreten möchte, wäre es – glaube ich – ein Gebot der Klugheit gewesen, zunächst einmal den Forstausschuss, den es im Ministerium ja gibt, darüber beraten zu lassen, bevor man einen solchen Gesetzentwurf ins Plenum einbringt. Nach meinem Kenntnisstand tagt der Forstausschuss nächste oder übernächste Woche bei Ihnen im Ministerium. Dann hätte man vielleicht das eine oder andere hier gar nicht zu beraten gehabt.

Ich möchte darüber hinaus sagen, dass die gut gemeinten Absichten des Gesetzentwurfs zukünftig natürlich zu Einschränkungen und damit zwangsläufig zu einem Rückgang der Flächen führen werden. Reduzierte Anbauflächen wiederum führen zu einem verringerten Angebot und einer Verteuerung der Ware. Der Bedarf muss dann verstärkt von woanders gedeckt werden, etwa aus angrenzenden Ländern, eventuell sogar verbunden mit höheren Transportkosten. Ich glaube, auch energiepolitisch – wir haben uns vorhin über Klimaschutzprobleme und Klimaschutzprojekte unterhalten – kann es nicht allen Ernstes richtig sein, dass wir in Zukunft aus

dem europäischen Ausland Weihnachtsbäume importieren.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Herr Kollege Rüße, das sind keine Pirouetten, das ist eine ganzheitliche Betrachtung des Problems, die Sie offensichtlich an dieser Stelle nicht wollen,

(Beifall von der CDU und von der FDP)

oder die Sie nur dann wollen, wenn es Ihnen in den Kram passt, Herr Kollege Rüße.

(Norwich Rüße [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Ich gestatte gern eine Zwischenfrage des Kollegen Rüße.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Der Kollege Keymis hatte sich gemeldet. Jetzt ist er gerade draußen. – Herr Kollege Rüße, Sie haben das Wort.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Herr Abrusatz, weil Sie sich gerade so viele Gedanken zu der Energieproblematik beim Transport von Weihnachtsbäumen machen – da stimme ich Ihnen zu –, frage ich Sie, ob Sie mir zustimmen würden, dass es dann auch falsch ist, Weihnachtsbäume dermaßen konzentriert in einer Region innerhalb von Deutschland anzubauen, weil man sie dann aus dem Sauerland heraus wiederum nach Berlin, Kiel, ins Ruhrgebiet – das ginge ja noch – und bis nach München transportieren muss. Da müssten Sie mit mir übereinstimmen. Könnten wir uns einigen, Herr Abrusatz, indem wir sagen, wir müssten die Weihnachtsbaumproduktion deutschlandweit weiter regionalisieren, um lange Transportwege zu vermeiden?

(Zurufe von Karl-Josef Laumann [CDU] und von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Abrusatz, Sie haben das Wort.

Kai Abrusatz (FDP): Herr Kollege Rüße, ich habe gesagt, eine ganzheitliche Betrachtung ist angebracht. Aber wir wollen keine Planwirtschaft und den Leuten nicht vorschreiben, wo sie ihre Weihnachtsbaumkulturen anbauen sollen. Dennoch haben Sie nicht unrecht. Auch das, was Sie sagen, muss gesamthaft in eine entsprechende Betrachtung einbezogen werden. Das werden wir im Rahmen des Gesetzgebungsvorhabens auch tun.

Ich glaube, es muss auch bedacht werden, dass wir, insgesamt gesehen, wenn das Gesetz Gesetzeskraft erlangt, erneut eine Verstärkung der Bürokratie und einen vermehrten Verwaltungsaufwand erleben. Denn künftig haben wir weitere Waldumwandlungsgenehmigungen von Forstbehörden und

Genehmigungsverfahren bei Unteren Landschaftsbehörden. Das ist nicht nur mehr Bürokratie, das bedeutet auch erheblich höhere Kosten für die Waldbesitzer. Es kann auch nicht im Interesse des Landes sein, dass wir die Verwaltungsbürokratie an dieser Stelle entsprechend beschäftigen.

Ihr Gesetzentwurf atmet auch ein bisschen das Misstrauen gegenüber den Beteiligten dieses Berufsstandes, gegenüber den Waldbesitzern und denjenigen, die sich mit dem, was sie tun, identifizieren.

Frau Kollegin Brunert-Jetter hat völlig recht: Wir können nicht einen sehr schlimmen Fall, der auch zu Recht Zorn in der Bevölkerung hervorgerufen hat, als Auslöser für einen Gesetzentwurf nehmen. Das ist wohl kein kluges Gesetzeshandwerk.

Sie sehen, es gibt eine Vielzahl von offenen Fragen und vor allen Dingen die dringende Notwendigkeit, das mit den Akteuren zu beraten und intensiv zu diskutieren. Das wollen wir tun. Ich freue mich deswegen auf die weiteren Beratungen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (LINKE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorab möchte ich sagen, dass wir der vorliegenden Änderung des Landesforstgesetzes zustimmen. Es gibt unsererseits keine Einwände gegen diese Änderung.

(Bodo Löttgen [CDU]: Wir haben doch noch gar kein Weihnachten!)

Denn Weihnachtsbaumkulturen haben sich in Nordrhein-Westfalen – das wurde eben von den anderen Fraktionen auch vorgetragen, zumindest von den Grünen und von der SPD – so sehr breit gemacht wie nirgendwo sonst.

Die auf den Grünflächen entstandenen Weihnachtsbaumplantagen haben sich für Anwohnerinnen und Anwohner zu einer giftigen Nachbarschaft entwickelt, nämlich zu Weihnachtsbäumen, die sogar krank machen. Der Hochsauerlandkreis ist spätestens seit dem Orkan Kyrill die inoffizielle Weihnachtsbaumhauptstadt Nordrhein-Westfalens geworden. Hier wurden sturmgeschädigte Flächen zu Weihnachtsbaumplantagen umfunktioniert. Die Anbauflächen dieser Plantagen im Sauerland sind seit 2007 von 1.900 auf 3.800 ha nahezu verdoppelt worden.

Für den Anbau ist bisher keine Genehmigung erforderlich. Denn vom Gesetz her sind auch Weihnachtsbäume Bäume, und daher gilt der Anbau als Aufforstung.

Dabei handelt es sich um ein Millionengeschäft. Denn anders als Fichten oder Laubbäume können Weihnachtsbäume alle sechs bis acht Jahre geerntet werden.

Damit sie gerade und schnell wachsen, ist es meistens gängige Praxis, Pflanzenschutzmittel einzusetzen.

Das wollen viele Menschen, die vor Ort wohnen, nicht. Mittlerweile gibt es auch eine Bürgerinitiative, die sich bezeichnenderweise „giftfreies Sauerland“ nennt und den Stopp dieses Plantagenanbaus fordert. Denn die Plantagen reichen oft bis in die Wohngebiete hinein, und die Schwaden von Pestiziden wehen auch in die umliegenden Gärten. Zusätzlich gefährdet der Einsatz der auf den Plantagen versprühten Pflanzenschutzmittel auch noch das Trinkwasser. Es gibt zwar Kontrollen über den Einsatz der Pestizide, aber wie immer ist dafür zu wenig Personal vorhanden. Ein Kontrolleur für den gesamten Hochsauerlandkreis reicht nicht aus.

Dabei lässt sich die Produktion von Weihnachtsbäumen auch ohne Pflanzenschutzmittel durchführen. Statt Pflanzenschutzmittel könnten Schafe die Gräser zwischen den Bäumen wegfressen. Damit möchte ich nur sagen, dass auch hierbei Alternativen möglich sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die geplante Gesetzesänderung geht in die richtige Richtung und nimmt zum Beispiel Weihnachtsbaumkulturen vom Waldbegriff aus. Das bedeutet: In Zukunft muss eine Umwandlungsgenehmigung für Neuanlagen von Weihnachtsbaumkulturen auf Waldflächen eingeholt werden. Dadurch kann die Forstbehörde Neuanlagen auch mit Auflagen versehen, sodass es hoffentlich in Zukunft Weihnachtsbäume ohne Pestizide geben kann.

Daher stimmen wir dieser Gesetzesänderung zu, und ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Akbayir. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es kurz zu machen: Die Landesregierung begrüßt den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen. Er schließt eine Lücke, auf die wir nicht erst jetzt gestoßen worden sind, sondern diese Diskussion läuft schon seit zehn bis 15 Jahren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Insofern ist das Fenster sehr lange weit offen gewesen, sehr viele sind hindurchgegangen, und jetzt ist der Zeitpunkt, dieses Fenster zu schließen. Das wird an den Zahlen, die ich Ihnen darstellen möchte, gleich deutlich.

Das Sauerland ist mit 18.000 ha Anbaufläche das wichtigste europäische Produktionsgebiet für Weihnachtsbäume und Schmuckreisig.

Auf der einen Seite ist dies erfreulich, da die Weihnachtsbäume, die wir in Nordrhein-Westfalen kaufen, keine langen Transportwege hinter sich haben. Außerdem sind Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen seit jeher Teil der forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung der Wälder Nordrhein-Westfalens. Sie bieten als Nebennutzung einen wesentlichen Beitrag zum Einkommen aus dem Wald, insbesondere bei ertragsschwachen Standorten. Das ist die eine Seite der Medaille.

Es gibt aber auch die andere Seite, die etwas mit der Zunahme der Anbaufläche in den letzten Jahren zu tun hat. Das hängt in der Tat mit dem Sturm Kyrill zusammen. Seit 2007 sind mittlerweile auf Waldflächen gut 4.000 ha Weihnachtsbaumkulturen zusätzlich entstanden. Wenn man die Relationen sieht – 18.000 ha insgesamt, 4.000 ha zusätzlich entstanden –, wird wohl klar, was sich in den letzten Jahren dort entwickelt hat und dass dieses Fenster auch genutzt worden ist.

Wenn man andererseits bedenkt, dass wir in Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu anderen Bundesländern mit einem Waldanteil von 26 % nicht besonders reich gesegnet sind – regional ist das ganz unterschiedlich, aber insgesamt haben wir mit 26 % durchaus Nachholbedarf –, ist eine Bewirtschaftung, die den Waldboden sehr stark bearbeitet, die häufig mit Dünger und Pflanzenschutzmitteln einhergeht, die dazu führt, dass Waldboden verlorengeht, dass Bodenfruchtbarkeit verlorengeht und dass ökologische Verarmungen stattfinden, ein Problem. Deshalb ist es richtig, diese Lücke zu schließen.

Ich sage aber gleichwohl – und das ist in den Diskussionsbeiträgen auch angeklungen –: Viele aktuelle Problemlagen, die mit den Weihnachtsbaumkulturen vor Ort verbunden sind, werden dadurch nicht gelöst. Hier handelt es sich um eine Begrenzung, wenn es um den weiteren Zugang in den Wald geht, aber nicht um Problemlösungen, die beispielsweise Nachbarschaftskonflikte betreffen.

Hier begrüße ich es außerordentlich, dass sich die Verantwortlichen der Verbände, aber auch die örtlichen Waldbäuerinnen und Waldbauern genauso wie die Bürgerinitiativen zusammensetzen wollen – erste Gespräche hat es schon gegeben –, um vor allem die Abstandsfrage zu klären. In der Tat: Wenn in der Hochsaison Tag und Nacht und vor allen Dingen in den Abendstunden gespritzt wird, ist das für die Anwohnerinnen und Anwohner gerade in den

stark frequentierten Gebieten eine große Belästigung.

(Rainer Deppe [CDU]: Das findet so intensiv doch gar nicht statt!)

– Doch, das findet sehr regelmäßig zu bestimmten Tageszeiten statt und führt auch zu Belästigungen der Anwohnerinnen und Anwohner. Das muss geklärt werden. Hier gibt es die Bereitschaft, das zu tun, und die Landesregierung unterstützt das mit Nachdruck.

Im Übrigen – auch das ist eine Unterstützungsleistung, die wir anbieten – wollen wir, dass es ähnlich wie im Obstbau Muster- bzw. Leitbetriebe gibt, um diese Kulturen auf möglichst schonendem Wege anzubauen, das heißt, auf Pflanzenschutzmittel so weit wie möglich zu verzichten. Wir sind zurzeit dabei, entsprechende Leitbetriebe zu identifizieren, um damit eine neue Dynamik in der Region und bei den Waldbäuerinnen und Waldbauern auszulösen.

Insgesamt ist der vorliegende Gesetzentwurf ein Teil der Problemlösung. Wenn es darum geht, die vorhandenen lokalen Konflikte zu lösen, müssen wir uns noch weit mehr anstrengen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung angekommen.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfes Drucksache 15/3906** an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7 Eurokrise. Schuldenkrise. Vertrauenskrise. Aufklärung und Förderung des europäischen Gedankens

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3904

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Jostmeier für die CDU-Fraktion das Wort.

Werner Jostmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Mit dem letzten Tagesordnungspunkt wollen wir uns kurz diesem Thema widmen. Wir haben in den letz-

ten Wochen das Thema „Finanzmarktkrise“ dreimal behandelt, zuletzt am 25. Januar insbesondere das Thema „Finanztransaktionssteuer“. Wenn die heutigen Redner von SPD und Grünen in der Sachanalyse und in der Sachverhaltsdarstellung genauso reagieren wie ihre Kollegen, die hier am 25. Januar geredet haben, dann sind wir nicht sehr weit auseinander.

Die Kollegin der FDP hat beim vergangenen Mal auf die vier Bedenken hinsichtlich der Transaktionssteuer hingewiesen. Ich denke, die Zeit ist über diese Bedenken ein wenig hinweggegangen. Wir sind der Meinung, dass die Transaktionssteuer kommen muss und kommen soll.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

– Sie, lieber Markus Töns, liebe Kolleginnen und Kollegen, bräuchten heute nicht zu klatschen. Denn wenn Sie unseren Parteitagsbeschluss vom 15. November des vergangenen Jahres verfolgt hätten, dann wüssten Sie, dass die CDU die Transaktionssteuer fordert. Wir haben damals gesagt – ich zitiere wörtlich –:

„Wir brauchen eine Finanzmarkttransaktionssteuer, und wenn es global nicht geht und wenn es in Europa nicht geht, dann wenigstens im Euro-Raum, damit dieser Raum seine Verantwortung für die Zukunft zeigt.“

Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die dabei gewesen sind: In der letzten Sitzung unseres Ausschusses am 19. Januar dieses Jahres hat Frau Dr. Schwall-Düren unter Tagesordnungspunkt 3 fast wortgleich die Stellung der Landesregierung zu dieser Thematik dargestellt.

Meine Damen und Herren, der CDU-Antrag greift jetzt bewusst ein weitergehendes Thema auf. Wir bitten den Landtag, die Ergebnisse des letzten Gipfels mit dem Finanzmarktpaket und der Fiskalunion zu unterstützen. Die Finanzmärkte brauchen Regeln. Die Banken und die Finanzmärkte sind sicherlich nicht die Ursache für die Finanzkrise von 2007 und den Folgejahren, aber die Banken und die Finanzmärkte haben die Schwächen schonungslos dargestellt. Sie haben sich teilweise als Brandbeschleuniger geriert, und sie haben daran kräftig verdient. Diese Gier, dieser Casino-Kapitalismus, den wir auch kennengelernt haben, ist das Gegenteil von sozialer Marktwirtschaft.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es so wertvoll, dass es unter Führung der Deutschen und unter Führung der Franzosen mit dem Fiskalpakt und dem ESM-Pakt gelungen ist, der Eurozone Konturen zu geben. Es ist gelungen, dass sich sämtliche Eurostaaten zu mehr Haushaltsdisziplin zwingen, und so ist sichergestellt, dass sich einzelne Staaten der Euro-Union nicht dauerhaft zulasten der Stabilität der gesamten Eurozone verschulden können. Das, meine Damen und Herren, greift unser Antrag auf. Damit bitten wir um die Unterstützung des ge-

samten Hauses, um diesen Kurs des Gipfels und der Europäischen Union zu stärken.

Ich würde, liebe Kolleginnen und Kollegen, wegen der Diskussion der vergangenen Tage gerne ein Wort zu Griechenland sagen. Sie konnten gestern den Chef der Eurozone, Jean-Claude Juncker, in den Medien vernehmen. Er hat gesagt, eine Staatspleite Griechenlands sei durchaus noch möglich.

Ich habe im Zusammenhang mit diesem Thema zwei Sorgen – auch dann, wenn es gelingt, dass die Bankenwelt und die Finanzmärkte mehr als 50 % der griechischen Schulden übernehmen; zurzeit wird von 60 % geredet. Aber selbst wenn es mithilfe der Solidarität der Staaten der Europäischen Union möglich wäre, Griechenland auf den Stand null zu bringen, also von sämtlichen zurzeit existierenden Schulden zu befreien, verbleiben aus meiner Sicht noch zwei Sorgen.

Erstens. Das griechische Parlament hat die geforderten Gesetze auf den Weg gebracht. Es fehlt aber eine Reform der Finanzverwaltung, der Steuerverwaltung und der Staatsverwaltung in Griechenland. Solange das nicht passiert, ist das Problem der griechischen Schuldenkrise nicht gelöst, so viel Geld die Banken und die Europäische Union in ihrer Solidarität auch hineinstecken.

Zweitens. Ich weiß nicht, ob die Europäische Union nicht die bisherigen Strukturen der griechischen Staatsverwaltung und Finanzverwaltung stützen sollte, sondern mehr Wert darauf legen müsste, dass gleichzeitig auch das griechische Finanz- und Verwaltungssystem neu organisiert wird. Denn ich habe große Sorge vor dem, was passiert, wenn das so weitergeht. Griechenland ist ja nicht arm. In Griechenland gibt es sehr viele vermögende Menschen. Wir müssen wegen der Stimmung, die nicht zuletzt auch in Griechenland herrscht, dafür sorgen, dass nicht nur das Gefühl vermittelt wird, sondern es auch nachweisbar geschieht, dass nicht nur der kleine Mann in Griechenland diese Schulden durch die Politik bezahlt. Wir sollten dazu beitragen, dass die Europäische Union ein bisschen mit darauf Wert legt, dass auch die entsprechenden Strukturen geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, alle Länder bauen Schulden ab, auch Griechenland. Fast alle Länder haben sich zur Schuldenbremse verpflichtet. Zur politischen Wahrheit gehört, darauf hinzuweisen, dass Nordrhein-Westfalen das leider noch nicht getan hat. Zur politischen Wahrheit gehört auch: Rot-Grün ist neben Griechenland die einzige und letzte maßlos schuldentreibende Kraft in Europa. Nordrhein-Westfalen ist unter Rot-Grün eine der letzten staatlichen Organisationen in Europa, die die Schuldenbremse ablehnen.

(Günter Garbrecht [SPD]: Eben ging es ja noch! Aber zum Schluss Ihrer Rede!)

Ich bin gespannt – vor allen Dingen, nachdem ich Rot-Grün wegen der vergangenen Debatte so gelobt habe –, wie sich die Sprecher von Rot-Grün heute hier einlassen werden. Ich hoffe, dass sie nicht nur auf substanzlose Kritik und Herummäkeln zurückkommen, sondern die Vorschläge, die wir gemacht haben, konstruktiv unterstützen.

Es ist – das sollten wir anerkennen – eine überragende Leistung der Bundesregierung unter Leitung der Bundeskanzlerin, Frau Merkel, alle Euroländer von der Notwendigkeit einer Stabilitätsunion überzeugt zu haben. Dass diese Stabilitätsunion funktioniert, ist unsere ganz wesentliche Pflicht. Wir sollten alles, was wir dazu beitragen können, auch tun.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber in die richtige Richtung!)

Ich weiß sehr genau, dass wir das nur über den Bundesrat oder über verschiedene Institutionen der Europäischen Union tun können. Aber das Land Nordrhein-Westfalen ist in Europa nicht irgendwer. Wir sind mit 18 Millionen Menschen die bei Weitem größte Region. Dieses Gewicht sollten wir, wenn wir bei dieser Thematik gar nicht so weit auseinanderliegen, auch gemeinsam für den Stabilitätspakt in die Waagschale legen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau! Höhere Steuern!)

Ich bedanke mich herzlich.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Jostmeier. – Für die Fraktion der SPD spricht der Kollege Töns.

Markus Töns (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon etwas verwundert über diesen Redebeitrag. Dass das hier ein so substanzvoller Antrag ist, habe ich gar nicht empfunden, als ich ihn gelesen habe. Aber darauf kommen wir vielleicht gleich noch einmal zurück, lieber Werner Jostmeier. Vielleicht können wir da noch ein bisschen ins Detail gehen.

Ja, es ist richtig: Die Eurokrise ist für alle Demokraten in unserem Land und gerade für überzeugte Europäer eine schwere Bürde. Die Akzeptanz des Euro in der Bevölkerung sinkt. Er war in Deutschland nie sehr beliebt. Die Akzeptanz sinkt aber, und zwar europaweit. Wir haben gestern noch in einem Gespräch mit Dr. Timmermans erfahren, dass das auch in den Niederlanden der Fall ist und immer problematischer wird.

Wie Griechenland im Besonderen und die anderen in die Krise geratenen europäischen Staaten gerettet werden können, ist aus meiner Sicht noch völlig unklar. Diese Krise ist beileibe nicht abgewendet. Es wird sehr lange dauern, bis wir das erreicht haben werden.

An dieser Stelle muss man, wenn wir hier einmal über die politische Wahrheit reden, auch einiges zu der Rolle der Bundesregierung und der Kanzlerin sagen. Das Verhalten der Kanzlerin in dieser Frage ist mindestens als unglücklich zu bezeichnen,

(Widerspruch von der CDU)

aber wohl eher als unfähig, zu reagieren, unfähig, zu handeln. Was da seit mehr als einem Jahr stattfindet, ist ja schlichtweg eine Katastrophe.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Meine Damen und Herren, gerade von Deutschland geht seit dem Beginn der Krise eine besondere Verantwortung aus. Wir können nicht alle Vorteile der Europäischen Union für uns reklamieren und dann so tun, als hätten wir mit der Krise nichts zu tun. Das ist nämlich die Ausgangslage. Es heißt, das sei in Griechenland und in anderen Staaten alles selbst verschuldet. Ich sage an dieser Stelle: Ja, ein Großteil ist selbst verschuldet und blind in Kauf genommen worden, auch in Griechenland. Aber einen großen Teil haben wir nicht nur zugelassen, sondern wir haben auch blind in Kauf genommen, dass es so kommt.

Gerade die deutsche Wirtschaft und somit wir alle haben an unseren europäischen Nachbarn gut verdient. Deshalb haben wir auch eine besondere Verantwortung für den Erhalt der Währungsunion.

Nein – das sage ich ausdrücklich noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen der CDU gerichtet –, wir sind nicht einfach nur in einer Fiskalunion. Wir sind mittlerweile in einer Verantwortungsunion, die auch da, wo es nötig ist, helfen muss und helfen wird. Eine größere Verantwortung in Europa können wir kaum schultern. Wir müssen es aber tun. Alles andere sind Lippenbekenntnisse ohne Sinn und Verstand. Ich will das noch einmal sagen. Eine Fiskalunion ist an dieser Stelle eigentlich schon obsolet.

Im Übrigen brauchen wir – an dieser Stelle will ich Herrn Jostmeier gerne recht geben – dringend auf bundesdeutscher und auf europäischer Ebene die Finanztransaktionssteuer

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ja!)

und nicht nur eine Börsenumsatzsteuer, wie sie in letzter Zeit wieder ins Gespräch gebracht wurde. Dazu will ich deutlich sagen: Liebe CDU, wenden Sie sich dann doch einmal an die Splitterpartei, die mit in der Bundesregierung sitzt, diese kleine Blockadepartei, die sich komplett gegen eine Finanztransaktionssteuer ausspricht, und zwar wider besseres Wissen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Aber kommen wir zum Antrag zurück: Dieser Antrag wirkt für Sie wie ein Cocktail, allerdings ohne Re-

zept. Hier wurde alles zusammengekippt, was sich so im CDU-Giftschrank befand.

(Zustimmung von Rüdiger Sagel [LINKE])

Dann kommt ja meist aus meiner Sicht nichts Sinnvolles oder Genießbares heraus. Ich würde an Ihrer Stelle den Cocktailmixer – ich hatte ja Herrn Latschet in Verdacht – rausschmeißen. Aber Sie können ja noch einmal darüber nachdenken, wer dieser Mixer dieses Cocktails war. Aber gelungen ist er nicht. Das muss ich Ihnen sagen.

(Zustimmung von Ulrich Hahnen [SPD])

Kommen wir zu Ihren Forderungen: Sie fordern uns erstens auf, zur finanziellen Verlässlichkeit und Haushaltsdisziplin zurückzukehren.

(Werner Jostmeier [CDU]: Das ist ein guter Punkt!)

Was heißt hier „zurückzukehren“, Herr Jostmeier? Haben Sie und Ihr damaliger Finanzminister Linsse nicht in der vergangenen Legislaturperiode Schulden wie nie zuvor in diesem Land angehäuft? 19 Milliarden € mehr Schulden bei 19 Milliarden € mehr Steuereinnahmen. Es kommt selbst der einfachste Mensch mit einem Taschenrechner darauf, dass das fast 40 Milliarden € sind.

(Zuruf von der CDU: Können Sie das Herrn Walter-Borjans auch sagen?)

Ja, Schuldenabbau ist wichtig und richtig, aber wir arbeiten im Gegensatz zu Ihnen daran.

Zweitens fordern Sie die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung. Von politischer Wahrheit haben Sie gesprochen. Deshalb wird es eine Kommission geben, die sich mit diesem Thema beschäftigt. Allerdings sind alle Einlassungen dazu von Ihrer Seite bisher negativ.

Was wollen Sie eigentlich? Wenn man Ihren Antrag liest, kommt man auf einen interessanten Aspekt. Sie begrüßen ausdrücklich eine Schuldenbremse auf europäischer Ebene und loben dabei, 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts wären dann noch ein ausgeglichener Haushalt. Ich weiß nicht, ob das die neue Rolle oder die neue Verhandlungsposition der CDU für eine Schuldenbremse ist. Ich finde das schon sehr fragwürdig. Es wäre hochinteressant, wenn das Ihre Position wäre, nachdem Ihr eigener Vorschlag schon in der Anhörung in diesem Hause grandios gescheitert ist. Ihr Vorschlag auf eine Schuldenbremse hätte die Kommunen vollkommen im Regen stehen lassen. Es gibt keine Antwort auf die Probleme der Kommunen.

(Zustimmung von Wolfram Kuschke [SPD])

Außerdem hätte er Schattenhaushalten Tür und Tor geöffnet. Das wäre dann etwas für einen Finanzminister Linssen gewesen. Aber den muss dieses Land zum Glück ja nicht mehr ertragen.

Sie haben schon ein ganz merkwürdiges Verhältnis zu Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Machen Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben, und kommen Sie dann an den Verhandlungstisch in dieser Frage zurück. Schauanträge wie diesen braucht dieses Parlament und brauchen wir nun wirklich nicht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zum dritten Punkt habe ich vorher schon einiges gesagt. Trotzdem will noch einmal folgendes sagen: Wir sind schon längst über eine reine Fiskalunion hinaus. Wir haben in Europa eine ganz besondere Verantwortung. Wir sind in einer Verantwortungsunion. Diese Aufgabe müssen wir auch wahrnehmen. Aber vielleicht machen Sie das auch noch einmal Ihrer Bundeskanzlerin bewusst, die sich dazu doch mehr sperrt, als hilfreich ist. Die Beliebtheit Deutschlands ist gerade wegen der Politik dieser Bundesregierung in Europa nicht gerade auf dem Höchststand. Das muss man so erklären.

Die vierte Forderung ist allerdings die eigentlich – wie soll ich es nennen? – witzigste. Bei der vierten Forderung fällt mir eigentlich nur noch Cato der Ältere ein. Der eine oder andere wird das vielleicht einmal in seinem Schulunterricht gehabt haben. Ich zitiere ihn: „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss.“

Gut, Latein hat mich manchmal auch in meinem Schulunterricht verfolgt, aber an dieser Stelle muss ich Sie fragen, ob Sie eigentlich zu viel „Asterix“ gelesen haben, als Sie diesen vierten Punkt mit der Benelux-Zusammenarbeit in den Antrag geschrieben haben. Was wollen Sie an dieser Stelle mit diesem Antrag erreichen? Das ist schon lustig. Was heißt „neu ausgerichtete Zusammenarbeit im Benelux-Raum“? Was haben Sie da gemacht? Haben Sie sich nicht in der letzten Legislaturperiode gerade mit Ihrer Vorstellung und dem Versuch des Beitritts zum Benelux-Vertrag lächerlich gemacht?

(Beifall von den GRÜNEN)

In den Niederlanden und in Belgien haben die nur mit dem Kopf geschüttelt bei dieser Überlegung. In Berlin haben übrigens auch Ihre eigenen Parteikollegen mit dem Kopf geschüttelt.

Ich kann Sie aber beruhigen: Die Landesregierung arbeitet auf vielen Ebenen intensiv mit unseren direkten Nachbarn sehr erfolgreich zusammen. Wir haben ja heute das Glück, dass wir über diesen Antrag direkt abstimmen können.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Papke zu?

Markus Töns (SPD): Gerne.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege. Sie haben gerade ausgeführt, es läge an der derzeitigen Bundesregierung, dass Deutschland in Europa nicht besonders beliebt sei. Kann man diese Bemerkung von Ihnen so interpretieren, dass Sie befürworten würden, dass sich Deutschland in Europa beliebter macht durch die Einführung von Eurobonds und durch andere Maßnahmen, mit denen die Schulden etwa südeuropäischer Peripheriestaaten auf Deutschland überwältigt würden? Wäre das eine Methode, die aus Ihrer Sicht dazu beitragen sollte, Deutschland wieder, wie Sie sagen, beliebter zu machen?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Herr Abgeordneter, bitte schön.

Markus Töns (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank für die Frage, Herr Papke. Das ist schon spannend. Scheinbar ist ja Ihre Bundesregierung genauso wie CDU und FDP nicht in der Lage, zu erkennen, dass es zum Teil schon einen Transfer gibt, dass wir ihn neuerdings gestalten müssen. Darüber hinaus: Das verhaltene Reagieren der Bundeskanzlerin und das noch unverschämtere Verhalten des Außenministers in vielen Fragen der Europäischen Union in den letzten Wochen

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was denn konkret? Sagen Sie es!)

haben nicht dazu geführt, dass es mehr Vertrauen in die Europäische Union gibt, mehr Vertrauen in den Euro und mehr Vertrauen in die Kompetenz, die Probleme lösen zu können. Sie werden die Probleme so auch nicht lösen.

(Mehrzahl Mostofizadeh [GRÜNE]: Wir haben doch Eurobonds! Was soll die Frage?)

Ich komme zum Schluss: Wir haben das Glück, über diesen Antrag heute direkt abstimmen zu können. Wir müssen diesen Antrag wahrlich nicht im Ausschuss beraten. Ich kann Ihnen sagen: Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil er inhaltlich und von der Konstruktion her komplett am Thema vorbeigeht. – Glück auf!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Herr Kollege Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte direkt an das anknüpfen, wo Kollege Töns aufgehört hat, und mich an Herrn Papke wenden, und zwar zum Thema „Eurobonds“.

Ich möchte Ihnen den Beschluss des Europäischen Parlaments vom 18. Januar dieses Jahres vorlesen. Da gab es eine Bewertung zu dem Fiskalpakt. Diese gemeinsame Resolution wurde getragen von allen Fraktionen, den Christdemokraten, den Sozialdemokraten, den Liberalen und den Grünen. Da steht – mit Genehmigung des Präsidenten zitiere ich –:

Das Europäische Parlament fordert aus diesem Grund nachdrücklich, dass in dem Abkommen – sprich: dem Fiskalpakt – neben Vorschlägen zu einem Tilgungsfonds zu projektspezifischen Anleihen und zu einer im EU-Recht verankerten Finanztransaktionssteuer bei gleichzeitiger Gewährleistung der Haushaltsdisziplin ein Fahrplan für Stabilitätsanleihen – Eurobonds – die Verpflichtung der Vertragsparteien vorgesehen sein muss usw.

Ihre Fraktion, die liberale Fraktion im Europäischen Parlament, fordert schon lange die Einführung von Eurobonds. Ich weiß nicht, warum Sie hier in Nordrhein-Westfalen diese ablehnende Haltung gegenüber den Eurobonds haben; Sie sind damit hier auch ganz alleine. Ich denke, Sie haben immer noch nicht richtig verstanden, worum es geht. Das sei mir als Startbemerkung gegönnt.

Ich möchte aber zum Antrag etwas sagen: Sie haben, sehr geehrter Herr Kollege Jostmeier, auf den Fiskalpakt abgehoben. Ich möchte Ihnen gerne eine substantielle Antwort und eine Einschätzung von unserer Seite dazu geben. Wir sehen ihn kritisch.

Zur Historie: Als dieser Fiskalpakt, diese Absichtserklärung am 8./9. Dezember beim Europäischen Rat verabredet wurde, sollte dieser dafür sorgen, dass alle Staaten Schuldenbremsen in ihren nationalen Verfassungen verankern, die Europäische Kommission ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof erhält und Defizitsünder unter harte Strafen gestellt werden.

Jetzt haben wir mittlerweile noch ein zweites Treffen, Ende Januar, gehabt. Der Fiskalpakt ist ja immer noch nicht unterzeichnet. Aus all den Ankündigungen von Angela Merkel ist ja nichts geworden. Der Fiskalpakt ist ja mittlerweile zahnlos. Es ist zwischenzeitlich eine Formulierung hereingekommen, bei der nicht mehr davon die Rede ist, dass alle Staaten Schuldenbremsen in ihren nationalen Verfassungen verankern sollen. Es ist nur noch aufgenommen worden, dass vorzugsweise verfassungsrechtlich Schuldenbremsen vereinbart werden sollen. Das ist eine Aufweichung. Was nützt uns das? Insofern ist er an der Stelle zahnlos.

Das Zweite, die Europäische Kommission sollte ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof bekommen: gibt es nicht, ist europarechtlich überhaupt nicht zulässig, ist abgelehnt worden, steht überhaupt nicht mehr im Fiskalpakt, der zur Unterzeichnung im März ansteht. Insofern ist das letztlich „Popeye ohne Spinat“ – würde ich das jetzt einmal

nennen –, groß angekündigt, aber hat sich letztlich alles in Luft aufgelöst.

Ich möchte Ihnen einen weiteren Punkt sagen. Mit Genehmigung des Präsidenten möchte ich aus Ihrem Antrag zitieren:

„Beim Brüsseler Gipfel am 8./9. Dezember 2011 haben sich die europäischen Staats- und Regierungschef zur Lösung der Staatsschuldenkrise im Euroraum darauf geeinigt, die Wirtschafts- und Währungsunion auf eine neue vertragliche Grundlage zu stellen.“

Ich sage Ihnen dazu zwei Sachen. Das Erste ist: Es ist keine Staatsschuldenkrise. Das ist einfach falsch. Sie sind in der Analyse an der Stelle einfach falsch.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Herr Laumann, ich belege Ihnen das einmal. Sie wissen, es gibt ein sogenanntes Maastricht-Kriterium. Die Maastricht-Kriterien besagen unter anderem, dass der staatliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsproduktes betragen darf. Jetzt haben wir Länder, wie zum Beispiel Irland, die mittlerweile unter dem Eurorettungsschirm sind.

Jetzt schaue ich mir die Staatsverschuldungsquote von Irland in den letzten zehn Jahren an. Da lese ich: Im Jahr 2005 lag die bei 27 %, weit unter den 60 %, im Jahre 2007 bei 24 %, im Jahre 2008 bei 44 %. Da sehen wir doch am Beispiel Irlands, dass ein Staat, der dieses Kriterium bei der Staatsschuldenquote erfüllt, trotzdem unter den Eurorettungsschirm muss, weil andere Faktoren bei der Entstehung der Krise viel relevanter sind.

Zweites Beispiel: Das Gleiche gilt für Spanien. Spanien ist ein Wackelkandidat. Spanien hatte 2008 eine Staatsverschuldungsquote von 39 %. 2009 betrug sie 53 %, weitab der Maastrichter-Kriterien-Grenze. Heute stehen sie an der Wand, müssen vielleicht unter den Rettungsschirm. Daran kann man doch sehen, dass das überhaupt nichts mit der Staatsverschuldungsquote zu tun hat.

Ich gebe Ihnen ein drittes Beispiel außerhalb der Eurozone: Japan. Japan hat 2007 eine Staatsschuldenquote von 187 % gehabt. Die haben aktuell eine Staatsschuldenquote von 233 %. Müssen die unter irgendeinen Rettungsschirm? Geht es denen schlecht? – Das zeigt doch, dass es möglich ist, mit einer hohen Staatsverschuldungsquote durchaus vernünftig zu haushalten.

Was ich sagen will, ist: Wir haben keine Staatsschuldenkrise. Herr Laumann, es ist keine originäre Staatsschuldenkrise, es ist eine allgemeine Schuldenkrise. Was Sie überhaupt nicht im Blick haben – in Ihrem Antrag nicht – und was auch der Fiskalpakt nicht im Blick hat, ist die private Verschuldung und die Verschuldung im Bankensektor.

Am Beispiel Irlands kann man das doch ganz klar sehen. Erst gab es die private Überschuldung. Dadurch gab es die Überschuldung der Banken. Dann musste der Staat einspringen und retten. Dadurch kam erst irgendwann die Überschuldung des Staates. Wenn Sie jetzt versuchen, beim Fiskalpakt nur die Staatsschulden in den Griff zu bekommen, wird es nicht reichen. Das ist ökonomisch blind an der Stelle. Deswegen müssen wir woanders hinsehen. Wir müssen prüfen, wie man den Bankensektor, wie man den Finanzmarkt wieder reguliert bekommt, weil das eine Ursache hat, und wir müssen die private Verschuldung im Blick behalten.

Das Nächste ist: Ich habe aus dem Antrag „zwischenstaatlicher Vertrag“ zitiert. Das ist ja ein Ding. Sie fordern in jeder Rede mehr Europa als Antwort auf die Krise, gehen aber den Weg, der „uneuropäisch“ ist, der von der Gemeinschaftsmethode weggeht. Sie gehen vielmehr einen intergouvernementalen Weg. Sie machen zwischenstaatliche Verträge. Das ist eine Entwicklung, die beim Eurorettungsschirm angefangen hat. Der steht außerhalb der europäischen Institution und außerhalb des Gemeinschaftsrechts. Sie sind weitergegangen mit dem europäischen Stabilitätsmechanismus, mit dem ESM. Da beschreiten Sie genau den gleichen Weg, außerhalb der Institution, außerhalb des Gemeinschaftsrechts.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Jetzt treiben Sie es mit dem Fiskalpakt auf die Spitze: wieder nur die Staaten der Eurozone und dann noch ein paar Freiwillige. Das ist der falsche Weg. Das passt auch nicht zusammen: immer mehr Europa zu fordern und dann zwischenstaatliche Wege und Lösungen zu suchen.

Der ganze Tenor Ihres Antrages ist doch letztendlich, dass Frau Merkel sagt: Wenn nur alle wie die Deutschen werden, dann haben wir die Krise bald durchgestanden. – Deswegen setzt sie ja allein auf den Abbau der Staatsschulden, auf Export und Lohnzurückhaltung.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Engstfeld, verzeihen Sie die Unterbrechung. Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Jostmeier zulassen?

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Geschätzter Kollege Jostmeier: Leider nein. Ich habe nur noch eine Minute Redezeit und würde gerne zum Schluss kommen. Dann können wir das vielleicht bilateral klären.

Dieser Gestus – das ist das, was der Kollege Töns vorhin mit dem Unbeliebtmachen gemeint hat – ist es doch, dass man glaubt, Deutschland ist ein Musterländle, und wenn alle so werden wie die Deutschen, dann wird es schon irgendwie gut gehen. – Das wollen wir aber in Europa nicht. Wir wollen nicht, dass alle unserem Modell folgen. Wir leben ja

von der kulturellen Vielfalt und der Unterschiedlichkeit.

Insofern für meine Fraktion: Der Antrag ist leider nur klar abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Engstfeld. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Herr Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU stimmt in der Zielrichtung. Wir werden ihm deswegen auch zustimmen.

Man kann sicherlich darüber streiten, lieber Herr Jostmeier, ob das Stichwort „Eurokrise“ an der Stelle so gut gewählt ist, denn wir wissen ja: Der Euro ist nach draußen stark. Er stand gestern, glaube ich, 1,33 zum Dollar. Das ist ein guter Wert, auch verglichen mit der Einführung des Euro.

Wir haben – so ist es sicherlich richtig – in allererster Linie eine Staatsschuldenkrise, auch wenn uns Herr Engstfeld das Gegenteil beweisen wollte.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Daraus resultiert natürlich auch die Vertrauenskrise, meine Damen und Herren. Es kann nicht zweifelhaft sein, dass gegen die Währung Euro dort spekuliert worden ist, wo die Staaten besonders hohe Schulden hatten. Dort sind die Anleihen immer teurer geworden. Das ist natürlich abhängig davon, wie stark man verschuldet ist. Das hat nichts mit Japan zu tun. Man kann innerhalb von Europa ganz klar sehen, dass gegen die Länder im Euro spekuliert wird, die ihre Haushalte nicht im Griff haben.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Es ist auf der linken Seite immer populär, die Märkte, die Banken, die Pensions- und Hedgefonds und auch die Ratingagenturen zu beschimpfen. Die seien an allem schuld. Die Schuldzuweisung ist für Sie klar. Ich habe manchmal das Gefühl, gerade auch bei den Ratingagenturen, dass der Bote geköpft werden soll, der die schlechte Botschaft überbringt. Das ist aber der falsche Weg. Wir müssen an die Ursachen herangehen. Dort, wo die Überschuldung Platz greift, muss man ansetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

An dieser Stelle möchte ich auch gerne noch mal darauf hinweisen, dass der erste Punkt natürlich mit der Verletzung der Maastricht-Kriterien seitens der rot-grünen Regierung unter Schröder/Fischer 2000/2001 gesetzt worden ist. Das war der Ausgang allen Übels, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Da hilft auch keine Geschichtsklitterung. Wir müssen letztendlich die Trümmer wegräumen, die Sie uns hinterlassen haben. Das ist ja auch ganz deutlich geworden, als die rot-grüne Regierung in den Jahren 2002 bis 2005 selbst gegen die Maastricht-Kriterien verstoßen hat und damit natürlich Tür und Tor geöffnet hat, dass Staaten sagen: Na, wenn Deutschland das kann, dann können wir das allemal. – Da ist am Ende natürlich ein Signal gesetzt worden, das uns bitter einholt in Zeiten der Spekulationen gegen solche Länder, die sich nicht ordentlich verhalten haben.

Deswegen ist laxe Finanzpolitik der Ausgang allen Übels. Jeder kennt das auch als Privatmann: Wenn ich einen Kredit aufnehmen muss, dann werde ich nach Bonität gefragt. Brauche ich keinen Kredit, weil ich als Privatmann einen ausgeglichenen Haushalt habe, habe ich auch keine Probleme mit den Banken.

Übersetzt gilt das auch für Staaten: Wer sich ungebremst verschuldet, der darf nicht mit Nachsicht rechnen. Da wird der Finanzmarkt, da werden die Banken ganz genau schauen, nicht zuletzt weil wir ja selber gesagt haben – Stichwort Basel II –: Die Kriterien der Bonität gerade auch von Unternehmen müssen ganz klar beurteilt werden. Es kann nicht sein, dass es einfach danach geht, dass, wer einen Kredit hat, einen bestimmten Zinssatz erhält, sondern es muss geschaut werden, ob auch die Bonität gut ist.

Die Tatsache, dass Deutschland gut steht in den Daten, in den Arbeitsmarktdaten, auch was die Wirtschaftsleistung und die Steuereinnahmen anbetrifft, darf natürlich nicht den Blick dafür verstellen, dass auch bei uns nicht alles in Ordnung ist. 2 Billionen € Schulden der gesamtstaatlichen Ebenen sind ein Wort. Darüber hinaus sind noch nicht die 5 Billionen € integriert, die in den Sozialversicherungssystemen als ungedeckte Schecks stehen.

Ich sage an der Stelle nur: Wir müssen aufpassen – es gibt ja auch erste Überlegungen im Rating von Deutschland –, dass wir uns nicht zu sicher wähnen. Auch wir müssen aufpassen. Der Weg der Konsolidierung muss weiter beschritten werden. Das gilt erst recht für Nordrhein-Westfalen, das ja als eines der wenigen Bundesländer darauf verzichtet, diesen Weg zur finanzpolitischen Solidität zu gehen. Aber nur das funktioniert, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Die ganze Alibipolitik mit Finanzmarktransaktionssteuer: Sie wissen doch genau, dass Sie damit nichts retten werden. Am Ende geht es zulasten der Bausparer und Lebensversicherungsnehmer, die letztendlich geringere Zinsen bekommen. Wenn Sie nicht ein Gesamtkonstrukt über die Welt legen, wird es immer entsprechende Möglichkeiten zum Aus-

weichen geben. Also: Versprechen Sie sich davon nicht zu viel.

Für mich ist jedenfalls wichtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen einen anderen Weg einschlagen. Ich darf, Herr Töns, an dieser Stelle auch noch mal darauf hinweisen, dass in den zehn Jahren Rot-Grün 50 Milliarden € Schulden und in den letzten zwei Jahren auch schon wieder 7 Milliarden € aufgehäuft worden sind und dass wir in unserer Zeit, wenn wir mal die zwei Jahre wegnehmen, die nun wirklich 5 % Wirtschaftsleistung minus ...

(Lachen von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Herr Priggen, Sie haben in Ihren insgesamt zwölf Jahren Rot-Grün keinen 5-%-Rückgang der deutschen Wirtschaft gehabt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Deswegen sage ich nur: Wenn Sie die Neuverschuldung vergleichen, stehen wir mit unseren fünf Jahren immer noch besser da als Sie mit Ihren zwölf Jahren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Und das ist der entscheidende Maßstab, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Daran zeigt sich, dass man nicht Wasser predigen und Wein trinken darf. Sparsamkeit ist in diesem Haushalt bislang nicht zu erkennen. Ich glaube, das wissen Sie auch.

Deswegen gilt nur eines – das gilt in NRW, das gilt in Deutschland und das gilt in Europa –: Nicht mehr ausgeben als einnehmen muss das Ziel sein. Dann ist man auch nicht mehr Spielball der sogenannten anonymen Kapitalmärkte. Das ist der Weg, den die FDP seit Jahren und Jahrzehnten predigt. Ich glaube, das muss auch langsam die Politik in diesem Lande, aber auch in Europa werden. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Dr. Wolf. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Wenn ein Arzt eine falsche Diagnose stellt, kann die Therapie schnell tödlich sein. Leider erleben wir dies bei dem vorliegenden Antrag, der von erschreckender ökonomischer Ahnungslosigkeit geprägt ist. Nicht die Verschuldung einzelner Staaten droht die Währungsunion zu sprengen, sondern die stetig wachsende ökonomische Ungleichgewichtung im Währungsraum. Es grenzt an Schizophrenie, dass CDU und FDP bei jeder Gelegenheit die Exporte steigern

wollen und sich dann wundern, wenn die Handelspartner allmählich Pleite gehen.

Ein einziger Blick in die volkswirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Bundesbank zeigt den ganzen Wahnsinn. Seit 2002 erhöhen sich die Finanzierungsdefizite des Auslands gegenüber Deutschland kontinuierlich und erreichen eine Summe von insgesamt 675 Milliarden €.

Selbst die Landesregierung NRW hat in ihrer Stellungnahme zum Arbeitsprogramm der EU-Kommission endlich eingeräumt, dass die langfristig ungleiche ökonomische Entwicklung die Krise verschärft.

Wie hier bereits gesagt, haben Frau Merkel und Herr Sarkozy am 8. und 9. Dezember den sogenannten Fiskalpakt vereinbart, der jetzt – wie bereits ausgeführt worden ist – ziemlich weichgespült wurde. Sie von der CDU sprechen in Verkennung jeglicher Realität von der Lösung der Staatsschuldenkrise. Die Ratingagentur Standard & Poor's fällt ein vernichtendes Urteil, das so gar nicht in das simple Konsolidierungsweltbild der CDU passt. Zitat S&P:

„Wir glauben auch, dass die Vereinbarung die Ursache der Krise in Teilen verkennt. Sie basiert auf der Annahme, dass sich die aktuelle Finanzkrise in erster Linie durch unverantwortliche Fiskalpolitik der Peripherie ergibt. Aus unserer Sicht sind jedoch die finanziellen Probleme der Euro-Zone eine Folge steigender außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen dem Euro-Zonen-Kern und der sogenannten Peripherie.“

Bereits 1998 hat Gregor Gysi im Bundestag davor gewarnt, den Euro ohne eine politische Union einzuführen. Das waren prophetische Worte. Mittlerweile – nach dem völligen Scheitern des Projektes – spricht auch die EU-Kommission von einem Geburtsfehler des Euro. Denn ohne die Möglichkeit der Abwertung können die Peripherieländer gegen die deutsche Exportoffensive, die auf Lohndumping beruht, nichts ausrichten.

(Beifall von der LINKEN)

Was aber macht den ökonomischen Kern einer politischen Union aus? Umverteilung von Reich nach Arm! So einfach ist das.

Schauen wir uns den Länderfinanzausgleich an. Jedes Jahr erhält Berlin Milliarden von den anderen Bundesländern. Zusätzlich verteilen die Sozialversicherungssysteme regional Milliarden um. Der nun weichgespülte Fiskalpakt – gemeint ist die Übertragung der wahnwitzigen deutschen Schuldenbremse auf alle EU-Länder – wird dagegen ökonomische Ungleichgewichte verschärfen. Sozialstaat und öffentliche Zukunftsinvestitionen werden weiter reduziert werden.

Kommen wir nun nach der richtigen Diagnose zu einer hoffentlich nachhaltigen Therapie. Nötig und

auch binnenwirtschaftlich sinnvoll sind massive Lohnerhöhungen in Deutschland. Nur so kann die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Peripherieländer wiederhergestellt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Nötig ist eine Leistungsbilanzüberschussbremse statt der geplanten Schuldenbremse. Diejenigen Länder, die den Zusammenhalt Europas durch unverantwortliche Leistungsbilanzüberschüsse gefährden, werden mit hohen Strafzahlungen belegt. Das Aufkommen fließt dann in die Peripherieländer. Finanziert würden die Strafzahlungen durch eine massive Steuererhöhung für Konzerne und Vermögende.

Dass Deutschland zahlen soll, ist nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern auch gerecht. 45 Milliarden € hat Deutschland bisher an der Euroschuldenkrise verdient. – Das sind keine Zahlen, die wir Linken uns ausgedacht haben. Sorry! Das sind Zahlen Ihres Instituts, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU. Es sind die Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Ich wiederhole: Deutschland hat bisher 45 Milliarden € verdient. Warum? Weil Deutschland seine Anleihen zu wahnwitzig niedrigen Zinsen verkaufen kann – das gilt auch für NRW –, auf Kosten von Italien, Portugal oder Spanien.

Auch an den Rettungspakten für Griechenland verdient sich Deutschland eine goldene Nase. Der Zinsaufschlag bei den Hilfskrediten ist immens. Eine richtige und mögliche Therapie kann daher neben Eurobonds und einer direkten Finanzierung der Eurostaaten über die EZB nur in einem Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte liegen.

Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank, dass Sie direkte Abstimmung beantragt haben; denn diesen Antrag im Ausschuss zu behandeln wäre, glaube ich, sehr vergebene Liebesmühe. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Beuermann. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Schneider in Vertretung von Herrn Minister Dr. Walter-Borjans.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion firmiert unter „europapolitische Themen“. Vordergründig wird gefordert, die Landesregierung solle die Pläne der Bundesregierung zum Ausbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Fiskalunion unterstützen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Benelux-Union solle intensiviert werden.

Tatsächlich werden die mit der Eurokrise einhergehenden Sorgen der Bürgerinnen und Bürger über die wachsende Staatsverschuldung und die Stabilität des Euro missbraucht, um eine erneute Landtagsdebatte über die Haushaltspolitik der Landesregierung und die Einhaltung der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse in Nordrhein-Westfalen zu führen. Der Inhalt des Antrags ist, Herr Kollege Laumann, abzulehnen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Nein!)

Er enthält keine neuen Aspekte bzw. Vorschläge für eine zielorientierte finanzpolitische Diskussion. Zu haushaltspolitischen Debatten wird es bereits während der weiteren parlamentarischen Beratung des Haushalts 2012 Gelegenheit geben. Dennoch dürfen die Behauptungen des Antrags an dieser Stelle und heute nicht unkommentiert bleiben.

Der Vorwurf, der Haushaltsentwurf 2012 entbehre der notwendigen Haushaltsdisziplin und die vorgesehene Neuverschuldung sei unverantwortlich, verkennt die haushaltswirtschaftlichen Rahmenbedingungen eklatant.

Zur Richtigstellung der Zahlen: Die geplante Neuverschuldung für 2012 wird unter 4 Milliarden € liegen. Auf Basis der Erkenntnisse des Haushaltsvollzugs 2011 besteht die Möglichkeit weiterer Einsparungen. Die Nettokreditaufnahme kann für das laufende und die folgenden Jahre um etwa 400 Millionen € gesenkt werden.

Der Ausgabenanstieg des Haushaltsplanentwurfs 2012 in Höhe von 3,1 Milliarden € gegenüber 2011 beruht fast vollständig auf Zwangsläufigkeiten, die sich jedweder politischen Einflussnahme entziehen. Aufgrund der inneren Dynamik großer Teile der Landesausgaben können deshalb nicht alle Steuermehreinnahmen zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt werden. Lediglich Mehrausgaben in Höhe von 272 Millionen € oder einem halben Prozent des Gesamtbudgets sind auf den Politikwechsel zurückzuführen.

Darin enthalten sind 148 Millionen € zusätzliche Ausgaben für den Kita-Ausbau und Qualitätsverbesserungen im U3-Bereich sowie 124 Millionen € zum Ausgleich für wegfallende Studiengebühren. Diese Ausgaben steigen an, weil in 2012 die volle Jahreswirksamkeit dieser Maßnahmen eintritt.

Zu diesen Ausgabensteigerungen stehen wir natürlich auch. Wir wollen Bildung für alle. Wir investieren in die Köpfe unserer Kinder. Das ist Teil – ein sehr wichtiger Teil! – einer vorsorgenden Politik.

Die Landesregierung hat darüber hinaus einen klaren Konsolidierungsweg beschlossen. Mit der mittelfristigen Finanzplanung 2011 bis 2015 dokumentiert sie ihre Bestrebungen, bis 2020 das im Grundgesetz verankerte Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts zu erreichen.

Unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus dem Haushaltsvollzug 2011 soll die Nettoneuverschuldung am Ende des Planungszeitraums im Jahr 2015 2,5 Milliarden € betragen.

Meine Damen und Herren, die Haltung der CDU-Fraktion zur Umsetzung der Schuldenbremse ist bekannt. Die erkennbare Absicht besteht darin, Landesregierung und Regierungsfractionen im Landtag als Gegner einer Haushaltskonsolidierung darzustellen. Dabei verschweigt die CDU, dass die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse unabhängig von landesgesetzlichen Regelungen gilt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die CDU-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der Schuldenbremse in NRW eingebracht. Der Antrag wird zurzeit beraten; der Landtag wird abschließend über ihn entscheiden. Ich glaube jedoch nicht, dass der Gesetzentwurf eine verfassungsändernde Mehrheit erhalten wird – weil er zu kurz springt. Die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung ist kein Allheilmittel.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes mögliche Sorgen vor der wachsenden Staatsverschuldung zu nehmen, ist nämlich ein umfassendes Konzept notwendig. Die Diskussion um die Einhaltung der Schuldenbremse kann nicht auf die gesetzestechnische Umsetzung beschränkt bleiben.

Ziel der Landesregierung ist es, die weitere Belastung zukünftiger Generationen zu begrenzen und gleichzeitig die Investitionen in die Köpfe unserer Kinder, in ihre Bildung und Ausbildung, nicht zu vernachlässigen.

Meine Damen und Herren, zugleich ist die Einnahmehasis aller staatlichen Ebenen zu verbessern. Ein handlungsfähiger Staat, der die wichtigen und nachhaltigen Investitionen in die Zukunft vornehmen kann, braucht stabile und auskömmliche Einnahmen. Die Steuersenkungspläne der schwarz-gelben Koalition im Bund widersprechen diesem Ziel diametral und belasten so auch zukünftige Generationen. Wer die Schuldenbremse fordert, darf nicht gleichzeitig zur Erosion der Einnahmen des Staates beitragen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

In den wesentlichen Fragen der Umsetzung der Schuldenbremse ist deshalb noch keine verfassungsändernde Mehrheit ersichtlich. Die Arbeit der fraktionsübergreifenden Kommission zur Umsetzung der Schuldenbremse durch den Landtag ist deshalb folgerichtig.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung kann in Bezug auf die Vermittlung der Eurokrise nicht über Sprachlosigkeit klagen. Sie ist durchaus

gesprächsfähig und nutzt dies auch. Die Krise der Wirtschafts- und Währungsunion war 2011 ein Schwerpunktthema und ist in die europolitischen Prioritäten der Landesregierung eingeflossen. Dies wird auch 2012 der Fall sein. Am 20. Oktober letzten Jahres haben die Ministerpräsidentin und der Finanzminister im Landtag die Position der Landesregierung dargelegt.

Die Antragsteller fordern von der Landesregierung eine größere Unterstützung der Bundesregierung beim Ausbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer sogenannten Fiskalunion. Die Bundesregierung interessiert die Meinung der Länder zu diesem Prozess offensichtlich wenig.

(Zuruf von der CDU)

Da es sich beim Fiskalpakt um ein internationales Abkommen handelt, das der Bund mit den anderen Vertragspartnern aushandeln und abschließen will, beschränkt sich der Bund auf die Einbeziehung der Länder über Unterrichtung angesichts der erzielten Verhandlungsfortschritte. Die Forderung der Länder nach einer Beteiligung des Bundesrates gemäß Art. 23 des Grundgesetzes und seiner Ausführungsgesetze hat die Bundesregierung bisher strikt zurückgewiesen.

Inhaltlich ist der Umgang der Bundesregierung mit der Eurokrise zu einseitig auf die Einhaltung eines strikten Konsolidierungskurses beschränkt.

(Unruhe)

Langfristig kann die stärkere stabilitätsorientierte Ausrichtung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einen Beitrag zur Lösung der Euro- und Schuldenkrise leisten und wird von der Landesregierung insoweit durchaus unterstützt.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, verzichten Sie die Unterbrechung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, viele von Ihnen sind schon in den Saal gekommen, um später an der Abstimmung teilzunehmen. Es wäre aber ganz schön, wenn Sie dem Minister auch zuhören würden. Zurzeit ist es im Saal so laut, dass auch diejenigen, die zuhören wollen, dies kaum schaffen. Ich bitte Sie, so viel Disziplin noch aufzubringen. – Vielen Dank.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Abgeordneter Laschet muss in solchen Zusammenhängen nicht zuhören. Der geht so vor wie zuletzt im Ältestenrat. Die Ergebnisse sind ja heute bei seiner Einlassung deutlich geworden.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, der Fiskalpakt zeigt keine ausreichenden Wege zur Lösung der kurzfristig anstehenden Probleme in der Eurozone auf. Das sind zum einen die Liquiditätsprobleme des Bankensektors und die damit verbundenen Refinanzierungsprobleme eines Teils der Mitgliedstaaten. Zum anderen strangulieren die zum Teil drastischen Konsolidierungsmaßnahmen die wirtschaftliche Entwicklung und verschärfen die Probleme in den von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Mitgliedsländern. – Schauen Sie nach Griechenland. Hier werden diese Positionen im Moment eindeutig und nachdrücklich unterstrichen.

Eine Aufforderung durch die CDU-Fraktion zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Benelux-Ländern ist nicht nötig. Diese Zusammenarbeit existiert. Gute Beziehungen zur Benelux-Union haben für die Landesregierung weiterhin einen hohen Stellenwert. Die Kooperation mit der Benelux-Union ist seit 2010 vertiefend fortgeführt worden. In 2011 gab es auch eine intensive projektbezogene Zusammenarbeit. Der internationale Bericht der Landesregierung für das Jahr 2011 wird hierzu Beispiele anführen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, unter dem Strich kann man sagen, der Antrag der CDU ist Show. Er nimmt uns Zeit für wirklich ernsthafte Arbeit. Viel Substanz ist nicht erkennbar. – Vielen Dank für die etwas strapazierte Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister. – Für die Fraktion der CDU spricht jetzt Frau Birkhahn.

Astrid Birkhahn (CDU): Frau Präsidentin! Meine Herren, meine Damen! Es freut mich ungemein, dass ich mit meinem Redebeitrag – einem der letzten des heutigen Tages – mit Ihnen ein landespolitisches Arbeitsfeld in den Blick nehmen kann, das bisher keiner erwähnt hat und das auch bei flüchtigem oder genauem Lesen des Antrags bisher von niemandem zur Kenntnis genommen wurde. Es geht um die zweite Zeile „Förderung des europäischen Gedankens“.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Das wird der Schwerpunkt meines Redebeitrags sein. Ich möchte Sie bitten, sich einmal auf diesen Themenbereich einzulassen.

(Unruhe)

Am Dienstag dieser Woche jährte sich der Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht zum zwanzigsten Male. Mit großer Zufriedenheit mit dem Erreichten und mit viel Hoffnung war diese Unterzeichnung verbunden. Das war der bis

dahin größte Schritt auf dem Weg zur politischen Union seit Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957. Damit wurde der Grundstein für die Wirtschafts- und Währungsunion und für den Euro gelegt, der uns heute viel Kummer macht und in unserem Antragstext den Begriff „Krise“ letztlich dreimal auftauchen lässt, auch in Verbindung mit dem Wort „Vertrauen“.

Die Zeiten der großen Europabegeisterung sind spürbar vorbei. Meine Herren und Damen von der Landesregierung, darüber muss gesprochen werden.

(Beifall von der CDU)

Wir als bevölkerungsreichstes Bundesland sind schon aufgrund unserer Größe in einer besonderen Verantwortung. Unsere Industrie und unser Gewerbe leben von Europa. Das gilt es den Menschen zu vermitteln. Darüber müssen die Landesregierung und die zuständige Europaministerin – Herr Minister Schneider, ich gehe davon aus, dass Sie in Vertretung für Frau Schwall-Düren hier sitzen; deswegen gebe ich Ihnen das so mit auf den Weg – im Besonderen sprechen.

(Beifall von der CDU)

Wir sehen die PR-Maschine der Landesregierung auf Hochtouren laufen. Aber zum Bereich „Europapolitik“ taucht nichts auf. Wir hören nichts von Europa.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN:
Lesen!)

Meine verehrten Herren und Damen von den Bündnisgrünen und von der SPD, Europa ist eine Querschnittsaufgabe, Europa ist eine Verpflichtung, gerade für eine Regierung, sei es im Bund oder im Land.

In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie entschieden umrissen:

„Wir wollen ... die europäische Entwicklung ... positiv begleiten.“

Und:

„Der europäische Integrationsprozess lebt von der Akzeptanz und Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger.“

Jetzt darf ich Ihnen mit Deutlichkeit noch folgenden wunderbaren Satz zu Gehör bringen:

„Deswegen wollen wir, dass die Landesregierung bei ihrer Arbeit ... einen Akzent auf die europapolitische Öffentlichkeits- und Bildungspolitik legt.“

(Beifall von der CDU)

Es ist von den Vorrednern schon deutlich umrissen worden: Nordrhein-Westfalen unterhält enge partnerschaftliche Verbindungen zu den Benelux-Staaten. In diesem Staatsgebiet leben fast 40 Mil-

lionen Einwohner. Diese Region ist eigentlich „Europa im Kleinen“, Europe in a nutshell. Dr. Timmermanns hat, als er die Benelux-Parlamentarische Gesellschaft besucht hat, gesagt: Diese Region hat das Potenzial, zum Motor Europas zu werden.

Herr Minister Schneider, auch das möchte ich Ihnen mitgeben: Hier kann man Vertrauen aufbauen. Hier kann man Kräfte bei Bürgerinnen und Bürgern aktivieren. Und hier können Sie deutlich machen, dass sich der Einsatz für Europa lohnt!

Ob Sie es bemäkeln oder nicht: Sie finden einen gut vorbereiteten Boden. Die alte, schwarz-gelbe Landesregierung hat die enge grenzüberschreitende Kooperation und die regionalwirtschaftliche Orientierung zwischen Nordrhein-Westfalen und Benelux in der letzten Wahlperiode neu akzentuiert. Auch die kulturellen Möglichkeiten wurden als Bereicherung wahrgenommen, die vielfältige Entwicklungschancen eröffneten.

Meine Herren, meine Damen, Europa ist eine Erfolgsgeschichte. Vergessen Sie nicht, was für eine enorme Leistung es war, aus dem Gründungseuropa der Sechs eine Staatengemeinschaft von 27 wachsen zu lassen. Vergessen Sie nicht, dass zehn ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten heute zu den Mitgliedern der EU gehören. Dahinter steckt eine unglaublich harte Arbeit.

(Unruhe)

Der große Europäer Jean Monnet hat gesagt: „Wir einigen keine Staaten, wir bringen Menschen einander näher.“ – Das ist Kernaufgabe der Politik, Politik von Menschen für Menschen.

Bei der Gelegenheit, meine Herren und meine Damen, kann ich nur sagen: Sprachlosigkeit in einer Zeit, in der das größte Friedensprojekt der europäischen Geschichte von vielen kritisch hinterfragt wird, ist so ziemlich das Letzte, was wir gebrauchen können.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Verzeihen Sie, Frau Birkhahn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wirklich sehr, sehr laut im Saal. Ich möchte Sie bitten, Ihre Gespräche – wenn sie unbedingt notwendig sind – draußen zu führen, wenn Sie den Rednerinnen und Rednern sowieso nicht zuhören wollen. Ansonsten bitte ich Sie, etwas leiser zu sein, sodass die Rednerin nicht die ganze Zeit gegen eine Schallmauer anreden muss.

Astrid Birkhahn (CDU): Ich danke der Präsidentin. Die 30 Sekunden bekomme ich ja sicherlich dazu.

Sprachlosigkeit in Zeiten, in denen das größte Friedensprojekt der europäischen Geschichte bemäkelt und kleingeredet wird, ist ziemlich das Letzte, was wir gebrauchen können. Eine Europaministerin, die

keinerlei Leidenschaft und keinen Einsatz für Europa erkennen lässt, ist eindeutig zu schwach.

(Zurufe von der SPD: Wo ist denn Ihre Leidenschaft?)

Was wir verlangen, ist, dass die Landesregierung flankierend tätig wird. Möglichkeiten gibt es genug. Nutzen Sie sie!

(Anhaltende Unruhe)

– Vielleicht können Sie noch einmal acht Zeilen zuhören. Ich denke schon, dass es etwas betrifft, was wir alle als Aufgabe verstehen können:

Lassen Sie uns Köpfe und Herzen der jungen Menschen für Europa gewinnen! Begeistern wir sie für Europa! Werben Sie für das Erlernen der Nachbarsprachen! Lassen Sie die Landesregierung Netzwerke und Schüleraustausche unterstützen! Engagieren Sie sich für Jugendorganisationen! – Ich denke, hier liegt der Schlüssel für eine gemeinsame Zukunft. – Frau Ministerin, beleben Sie die europäische Idee! Entzünden Sie den europäischen Gedanken und die Begeisterung für Europa neu! Werden Sie initiativ! – Ihnen allen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Birkhahn. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Minister Schneider hat zum Antrag der CDU ja noch eine sehr ernsthafte Rede gehalten. – Ich kann nur sagen: Das ist gequirelter Wortmüll. Ich frage mich in der Tat, welcher Ihrer Praktikanten diesen Antrag eigentlich geschrieben hat.

(Beifall von der SPD)

Schaut man sich einmal an: Das, was dort als Antrag zum europäischen Gedanken daherkommt, ist das, was wir die ganze Zeit über schon hören. Deshalb ist es Wortmüll. Wir lesen dort von „Haushaltsdisziplin“, „Schuldenbremse“, „Sanktionen für Haushaltssünder“. Alles, was Sie hier seit Wochen immer wieder mit irgendwelchen Anträgen rüberzubringen versuchen, packen Sie jetzt noch in einen europäisch daherkommenden Antrag. Das ist wirklich ein Witz. Wer hat diesen Mist eigentlich zusammengeschrieben? Das Niveau ist noch niedriger als bei Copy & Paste.

(Beifall von der LINKEN)

Wer in fünf Jahren 23 Milliarden € Schulden gemacht hat, der sollte hier nicht mit Haushaltsdisziplin kommen, Herr Laumann.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist eine Lachnummer! Wenn Sie eine Schuldenbremse wollen, dann hätten Sie gestern eine machen können. Sie hätten einfach die Diätenerhöhung um 500 € nicht mitgemacht, und damit hätten Sie die erste Schuldenbremse im Landtag Nordrhein-Westfalen schon gehabt.

(Beifall von der LINKEN)

Aber bei so etwas sind Sie ja auch nie dabei.

So geht es nicht. Solche Anträge sind Karneval. Ihr Dreigestirn Laumann–Laschet–Röttgen hat offensichtlich nichts anderes im Kopf, als immer wieder dieselben Anträge aufzuquirlen. Der Genosse Töns hat es ja vorhin schon richtig gesagt: Das ist ein ungenießbarer Cocktail, den Sie hier zusammen gemischt haben. Da ist jedes Alt aus Düsseldorf und jedes Kölsch aus Köln wesentlich genießbarer. Ich glaube, der Praktikant in Ihrer Fraktion hatte schon einige davon drin, als er diesen Antrag zusammengeschrieben hat. Ich wünsche Ihnen einen schönen Karneval, weil dieser Antrag nichts anderes als Karneval ist. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sattel. – Für die Fraktion der CDU spricht jetzt Herr Jostmeier.

Werner Jostmeier (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es kurz. Losgelöst von der Tatsache, dass man in der Sache verschiedener Meinung sein kann: Das, was die Vertreter von Rot und Grün hier an Mäkelei und substanzloser Kritik hinsichtlich der Bundesregierung losgelassen haben, ist wirklich unglaublich.

(Beifall von der CDU und von Ralf Witzel [FDP])

Ich empfehle Ihnen einmal, in der „WirtschaftsWoche“ vom 16. Januar dieses Jahres auf Seite 29 das Interview mit dem großen alten Mann der Finanzwirtschaft, Herrn Rhodes – er war wesentlich bei der Lösung der lateinamerikanischen Schuldenkrise vor 20 Jahren beteiligt – nachzulesen. Ich darf ein paar Sätze zitieren:

„... es ist der historische Moment der deutschen Bundeskanzlerin.

Deutschland hat in der Historie in kritischen Momenten häufig starke Führungspersonlichkeiten hervorgebracht ...

Sie“

– Frau Merkel –

„hat es geschafft, dass die anderen Länder dieser Fiskal-Union zustimmen. Das ist schon mal ein guter Schritt nach vorne.“

(Beifall von der CDU)

Außerdem, Herr Töns, sollten Sie bei Ihrer Wortwahl in Bezug auf Frau Merkel bitte zur Kenntnis nehmen, dass 83 % der Deutschen hinsichtlich der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf EU-Ebene Ihre Meinung nicht teilen, sondern die Haltung und die Politik Frau Merkels gut finden.

(Beifall von der CDU)

Zum Schluss zur Haushaltsverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen von 2005 bis 2010, meine Damen und Herren: Lügen werden nicht dadurch zur Wahrheit, dass man sie ständig wiederholt. Es bleiben Lügen.

(Beifall von der CDU und von Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Jostmeier, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Werner Jostmeier^{*)} (CDU): Ja, Frau Präsidentin.

Herr Minister Schneider, wenn sich das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen mit rund 18 Millionen Einwohnern mit dieser Thematik, die die Zukunft der EU tangiert, beschäftigt, dann ist das aus unserer Sicht keine Zeitverschwendung.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Jostmeier. – Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrages Drucksache 15/3904**. Wer möchte dem Antrag seine Zustimmung geben? – Die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Linke. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 14. März 2012, 10 Uhr.

Allen Karnevalistinnen und Karnevalisten eine gelungene Zeit und allen Karnevalsflüchtlingen gute Erholung!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:42 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.